

Preussische Allgemeine



Nr. 11 · 19. März 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Nach dem Beben

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben manche Gewissheit der letzten Jahre erschüttert. Das „Superwahljahr“ 2021 wird weitaus dramatischer als bislang angenommen **Seiten 1, 3 und 8**



Geschichte 100 Jahre Volksabstimmung in Oberschlesien **Seiten 10 & 18**



Mensch & Zeit Wie gut sind „repräsentative“ Umfragen? **Seite 12**

LANDTAGSWAHLEN

Nichtwähler stellen die stärkste Gruppe

Wie in der Zeit vor der AfD wenden sich die Bürger wieder in Scharen vom gesamten Angebot an Parteien ab. Was braut sich da zusammen?

VON HANS HECKEL

Mit den zurückliegenden Landtagswahlen ist ein ernstes Problem zurückgekehrt, das über Jahre in den Hintergrund getreten war: die massenhafte Wahlenthaltung. Sowohl in Baden-Württemberg als auch in Rheinland-Pfalz ist die Wahlbeteiligung erheblich zurückgegangen, im „Ländle“ mit etwas über 60 Prozent gar auf einen der drei schlechtesten Werte seit der Gründung des Bundeslandes im Jahre 1952. Somit hat die Gruppe der Nichtwähler mehr an Masse zugelegt als jede der Parteien, die sich am Sonntag als Sieger präsentierten. Die Entwicklung erinnert an die Lage vor zehn, fünfzehn Jahren, als die Wahlbeteiligungen schon einmal auf historische Tiefstände gesackt waren. Danach füllte die AfD das entstandene Vakuum, weil sie viele derer, die sich enttäuscht abgewendet hatten, an sich binden konnte. Die neue Unzufriedenheit, welche sich zuletzt vor allem an Regierungsversagen in der Corona-Krise entzündete, vermochten die Blauen indes kaum noch aufzufangen. Es deutet vieles darauf hin, dass die neue Wahlenthaltung keinesfalls auf den Südwesten beschränkt ist. Und völlig verfehlt wäre es auch, hier auf bloße Politikmüdigkeit zu schließen, als hätten die

Zigtausenden neuen Nichtwähler plötzlich ihr Interesse am politischen Geschehen verloren. Ein Vertrauensverlust in das gesamte Parteienspektrum von links bis rechts ist es stattdessen, der sich hier widerspiegelt. So sind die der AfD verlorengegangenen Wähler eben nicht zu den Etablierten zurückgekehrt. Selbst die in Rheinland-Pfalz besonders starken Freien Wähler konnten vom AfD-Schwund kaum profitieren, wie die Wählerwanderungs-Analyse zeigt. Nein, die Ex-AfD-Anhänger gaben in ihrer Mehrheit überhaupt keine Stimme mehr ab. Da braut sich ein Potential zusammen, das derzeit kaum kalkulierbar ist. Da die gravierenden wirtschaftlichen Folgen der Lockdown-Politik im Laufe dieses und des kommenden Jahres voll durchschlagen werden, dürfte das Heer der gänzlich Unzufriedenen sogar noch weiter anschwellen. Was genau sich dort entwickelt und welche Formen es annehmen wird, lässt sich kaum prognostizieren. Einen möglichen Eindruck dieser diffusen Erschütterung vermitteln derzeit lediglich die Anti-Lockdown-Demonstrationen. Die Bürger, die dort bisweilen „mit Tränen der Verzweiflung“, wie es ein Polizist der „Bild“-Zeitung schilderte, ihre hilflose Wut kundtun, entziehen sich jedoch jeder holzschnittartigen Links-Rechts-Einordnung.

PERSPEKTIVEN

Das linke Lager hat keine Mehrheit

Jenseits des lauten Jubels am Wahlabend zeigen die Fakten, dass Grüne und Sozialdemokraten weit von einer Kanzlerschaft entfernt sind

VON RENÉ NEHRING

Der Jubel war zu erwarten: Als am Sonntag um 18 Uhr die Prognosen für den Ausgang der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gezeigt wurden, fielen sich die Protagonisten von Grünen und Sozialdemokraten jubelnd in die Arme. Derlei Rituale gehören zum festen Bestandteil unserer Mediendemokratie, in der die Inszenierung oft wichtiger ist als die Fakten. Gerade die Fakten sind es jedoch, die hinter die grün-rote Inszenierung vom Wahlabend ein großes Fragezeichen setzen. Zwar konnten die Grünen in ihrem Vorzeigeland Baden-Württemberg mit ihrem prominenten Landesvater Winfried Kretschmann um 2,3 und in Rheinland-Pfalz gar um 4,0 Prozentpunkte zulegen. Doch hatten fast alle Umfrageinstitute die Öko-Partei noch vor Kurzem bei deutlich höheren Werten als den am Sonntag erzielten 32,6 beziehungsweise 9,3 Prozent gesehen. Noch Mitte Januar dieses Jahres etwa sah Infratest dimap die Grünen in der Pfalz bei 15 Prozent. Und vor einem Jahr sah das selbe Institut die Partei Kretschmanns im „Ländle“ bei 36 Prozent (im Herbst davor gar bei 38 Prozent). Hinzu kommt, dass die SPD weiter schwächelt. Zwar sind die Sozialdemokra-

ten in Rheinland-Pfalz wieder stärkste Kraft geworden, gleichwohl mussten sie trotz der Popularität ihrer Ministerpräsidentin Malu Dreyer Verluste hinnehmen (wenn auch nur geringfügige). In Baden-Württemberg blieb die Partei mit 11 Prozent gerade noch zweistellig. Was zeigt, dass die Sozialdemokraten dort, wo sie über keinen Amtsbonus prominenter Genossen verfügen, weniger um die Spitzenpositionen als vielmehr gegen den Absturz in die Bedeutungslosigkeit kämpfen. Trotz der sowohl vor als auch nach Schließung der Wahllokale verbreiteten Euphorie zeigt sich somit wieder einmal, dass die Zuwächse und Verluste der Grünen und Sozialdemokraten weitestgehend zugunsten beziehungsweise zulasten des jeweils anderen gehen. Richtig ist, dass sich mit dem Wahlausgang im Südwesten erstmals seit langer Zeit auch im Bund wieder eine mögliche Mehrheit jenseits der Union abzeichnet. Doch braucht ein rot-grüner Kanzler Olaf Scholz oder eine grün-rote Kanzlerin Annalena Baerbock als Mehrheitsbeschaffer die Liberalen – und damit eine bürgerliche Partei, die trotz allen Pragmatismus auf zahlreichen Politikfeldern grundsätzlich andere Positionen vertritt. Das linke Lager, so die Erkenntnis vom Wochenende, hat trotz aller Inszenierungen weiter keine eigene Mehrheit.

IN DIESER AUSGABE

Politik
In Frankreich vereinen sich Islamisten und Linke gegen die Ideale der Republik **Seite 6**

Kultur
Zauberberg-Architektur. Der Einfluss von Seuchen auf die Baukultur **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt
Kurische Nehrung statt Mallorca. Ostpreußen wird zum Touristenmagneten **Seite 13**

Leben
Wie zwei böhmische Musiker die deutsche Schlagerwelt mitgeprägt haben **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 303404
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Nebenwirkungen Die Komplikationen in Verbindung mit dem Corona-Vakzin von AstraZeneca sind kein Einzelfall. Zwar verlaufen Impfungen meistens problemlos – aber nicht immer. Besonders gefährlich sind allergische Schocks

Wer zahlt wie viel im Fall der Fälle?

Rund 3000 Menschen erhalten Leistungen nach Paragraph 60 des Infektionsschutzgesetzes

VON WOLFGANG KAUFMANN

In den meisten Fällen verlaufen Impfungen problemlos – aber nicht in allen. Dabei sind drei grundsätzliche Folgen der Vakzin-Verabreichung möglich: (1) schnell wieder abklingende beziehungsweise lokale Impfreaktionen; (2) Impfkrankheiten als leichte Form der Infektionskrankheit, gegen die eigentlich immunisiert werden sollte; (3) Impfkomplicationen, also über das übliche Maß hinausgehende schwerwiegende Impfreaktionen, die für die Betroffenen mit bleibenden Impfschäden einschließlich wirtschaftlicher Einbußen verbunden sein können und im Extremfall sogar zum Tode führen.

Vor allem im dritten Fall stellt sich die Frage nach der Entschädigung. Nach dem Produkthaftungsgesetz kann der Hersteller hierzu verpflichtet werden, wenn sein Impfstoff fehlerhaft war. Darüber hinaus haften Ärzte und medizinisches Personal, sofern sie das Vakzin nicht korrekt verabreicht haben. Manchmal kommt auch der Staat für Impfschäden auf. So heißt es im Paragraphen 60 des Infektionsschutzgesetzes: „Wer durch eine Schutzimpfung ... eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat, erhält ... auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes.“ Letzteres gilt allerdings nur im Falle von staatlicherseits empfohlenen oder gesetzlich vorgeschriebenen Impfungen. Der dahinterstehende Grundgedanke ist der, dass der Staat von den Impfkandidaten eine Art Sonderopfer verlange, weil Impfungen nicht gänzlich risikofrei seien, um damit gefährliche Krankheiten im Interesse der Allgemeinheit einzudämmen. Deshalb bestehe auch eine Verpflichtung des Staates zur Minimierung des Risikos durch die Impfung und deren mögliche Folgen.

Niedrige Entschädigungssummen

Letztere können durchaus gravierend sein. Sie reichen von Diabetes über Lähmungen und Autoimmun- wie Nervenerkrankungen bis hin zu schweren Hirnschäden. Grundsätzlich sind auch Todesfälle durch Hypersensitivitätsreaktionen, Thrombosen und ähnliches möglich. Betroffene dürfen dabei auf folgende staatliche Entschädigungsleistungen hoffen:



Die meisten verlaufen problemlos, aber nicht alle: Schutzimpfung gegen COVID

Foto: Superikonoskop

(1) kostenlose Heil- und Krankenbehandlungen; (2) Beschädigtenrenten ab einem Grad der Schädigungsfolgen von 30 aufwärts; (3) Berufsschadensausgleich bei Einkommensminderungen; (4) Pflegezulagen. Im Todesfall haben Hinterbliebene Anspruch auf Bestattungs- beziehungsweise Sterbegeld und unter Umständen auch Hinterbliebenenrenten.

Die Beschädigtengrundrente beträgt 156 Euro pro Monat, wenn der Grad der Schädigung (GdS) bei 30 liegt, und steigt dann bis 811 Euro im Falle eines GdS von 100. Dazu kommen verschiedene Zulagen, zum Beispiel für Geschädigte mit einem GdS von 50 oder mehr, die älter als 65 sind, oder für Personen mit einem Schädigungsgrad von 100, die durch die Folgen der Impfung im Alltag außerordentlich schwer beeinträchtigt sind. Die ausgezahlten Summen belaufen sich hier im äußersten Falle auf 578 Euro im Mo-

nat. Der Berufsschadensausgleich, der Einkommenseinbußen ausgleichen soll, wird hingegen individuell berechnet. Impfgeschädigte ab einem GdS von 30 bekommen 42,5 Prozent des Einkommensverlustes erstattet. Zudem erhalten Schwerbeschädigte manchmal noch eine Ausgleichsrente von 811 Euro, auf die jedoch alle anderen Einkünfte angerechnet werden.

Beweislast beim Betroffenen

Abgesehen davon, dass es sich hier um keine sonderlich hohen Summen handelt, müssen die Impfschäden erst einmal anerkannt werden. Die Beweislast liegt dabei vorrangig bei den Betroffenen. Relativ gute Karten haben jene, bei denen in einem möglichst engen zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung genau die Symptome auftraten, die für die jeweilige Vakzinverabreichung typisch sind, und es

keine anderen Erklärungen für die gesundheitlichen Schäden gibt.

Wahrscheinlich sind diese Hürden der Grund dafür, dass viele Anträge auf Entschädigung ohne Erfolg blieben und deutschlandweit derzeit nur rund 3000 Menschen Leistungen nach Paragraph 60 des Infektionsschutzgesetzes beziehen. In manchen Jahren betrug die Anerkennungsquote gerade einmal um die zehn Prozent. Kritiker bezeichnen das Verfahren daher als Lotteriespiel – auch wenn gegen die Entscheidungen der Versorgungsämter bei den Sozialgerichten geklagt werden kann. Neuerdings ist die Situation der Betroffenen aber etwas besser geworden, denn der Europäische Gerichtshof urteilte im Juni 2017, für die Annahme eines Impfschadens reiche es aus, wenn konkrete Indizien dafür vorlägen, dass die Impfung diesen hervorgerufen habe.

CORONA-SCHUTZIMPfung

Fast 17 Prozent der Vorfälle waren schwerwiegend

Innerhalb zweier Monate wurden 11.915 Nebenwirkungen oder ernsthaftere Impfkomplicationen gemeldet

Wie jede andere Vakzinegabe kann auch die Corona-Schutzimpfung zu Komplikationen führen. Davon zeugt der aktuelle „Sicherheitsbericht“ des Bundesinstituts für Impfstoffe und biomedizinische Arzneimittel, besser bekannt als Paul Ehrlich-Institut (PEI), vom ersten Donnerstag dieses Monats. Darin aufgelistet sind alle Verdachtsfälle von Nebenwirkungen und Gesundheitsschäden durch die drei bisher in Deutschland eingesetzten Anti-Corona-Vakzine Comirnaty (BioNTech/Pfizer-mRNA-Impfstoff), Moderna und AstraZeneca.

Vom Beginn der Impfkampagne am 27. Dezember bis zum 26. Februar wurden dem PEI insgesamt 11.915 Nebenwirkun-

gen oder ernsthaftere Impfkomplicationen gemeldet – bei bisher 5,9 Millionen Impfungen. Das Alter der Betroffenen lag dabei zwischen 15 und 107.

67 Fälle anaphylaktischer Reaktionen

Als schwerwiegend klassifizierte das PEI 16,8 Prozent beziehungsweise 2003 der Vorfälle – mit unterschiedlicher Beteiligung der drei verwendeten Vakzine. 1705-mal war das am häufigsten verimpfte Comirnaty im Spiel, 107-mal Moderna und 69-mal AstraZeneca. In weiteren 122 Fällen fehlen konkrete Angaben zum Impfstoff.

Zuallermeist kam es dabei zu folgenden unerwünschten Reaktionen: Fieber,

Schüttelfrost und andere grippeähnliche Symptome, Kopf- und Gliederschmerzen, Ausschlag, starke Müdigkeit, Schwindelgefühl, Herzrasen, Übelkeit und Erbrechen. Darüber hinaus traten aber auch in 67 Fällen anaphylaktische Reaktionen auf, also lebensgefährliche allergische Schocks. 330 Personen sind innerhalb eines Zeitraums von einer Stunde bis zu 34 Tagen nach der Impfung verstorben. Der jüngste Tote war erst 33 und der älteste 101 Jahre alt. 269 der Gestorbenen hatten Comirnaty erhalten und ein weiterer Moderna. Bei den übrigen 60 Fällen war der verwendete Impfstoff nicht mit gemeldet worden. Es kann also auch nicht ausgeschlossen werden,

330 Geimpfte sind innerhalb eines Zeitraums von einer Stunde bis zu 34 Tagen nach der Impfung verstorben, 78 davon „im Rahmen einer COVID-19-Erkrankung“

dass die Gabe von AstraZeneca zu tödlichen Komplikationen führte. Dem PEI liegen dazu aber derzeit noch keinerlei Daten vor.

173 der Toten hatten multiple Vorerkrankungen. Bei den restlichen Gestorbenen fehlen diesbezügliche Informationen. Aufschlussreich ist, dass 78 Geimpfte „im Rahmen einer COVID-19-Erkrankung“ verstarben. Darunter befanden sich auch acht Personen, deren Impfschutz nach der zweiten Vakzin-Verabreichung eigentlich komplett gewesen sein sollte. Es bleibt abzuwarten, ob zukünftig noch mehr „vollständig immunisierte“ dem Corona-Virus erliegen und welche Erklärung das PEI dafür liefert. W.K.

IMPfungLÜCKE

Der Lübecker Totentanz war kein Einzelfall

Zu welch dramatischen negativen Folgen Impfungen führen können, zeigt beispielhaft der sogenannte Lübecker Totentanz des Jahres 1930. Damals kam es bei der Einführung der Tuberkulose-Schutzimpfung bei Neugeborenen nach dem von Albert Calmette und Camille Guérin entwickelten Verfahren zu einer folgenschweren Panne. Im Anschluss an die Impfung von 256 Säuglingen in Lübeck erkrankten 131 der Kinder. Das führte zum Teil zu schweren Folgeschäden, und 77 Erkrankte starben gar.

Verantwortlich hierfür zeichneten der Leiter des Städtischen Gesundheitsamtes Ernst Altstaedt und der Krankenhausdirektor Georg Deycke. Die beiden hatten es unterlassen, vor Beginn der Impfkampagne im Februar 1930 zu überprüfen, ob der bereits im August des Vorjahres hergestellte Impfstoff aus abgeschwächten Tuberkulose-Erregern in der Zwischenzeit vielleicht mit gefährlicheren Bakterien kontaminiert worden war. Und genau solche Verunreinigungen hatte die nicht ausreichend beaufsichtigte Krankenschwester Anna Schütze versehentlich vorgenommen. Aufgrund ihrer Unachtsamkeit erhielten Deycke und Altstaedt Haftstrafen wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung.

Ein weiteres Impfdebakel ereignete sich in den 1980er Jahren in Guinea-Bissau. Wie das dänische Research Centre for Vitamins and Vaccines 2017 herausfand, führten die damals in dem westafrikanischen Staat verabreichten Dreifachimpfungen gegen Diphtherie, Wundstarrkrampf und Keuchhusten zu einer fünf- bis zehnfach höheren Kindersterblichkeit im Vergleich zur Gruppe der Nichtgeimpften.

Später sorgte der Sechsfach-Impfstoff Hexavac für viele schwere Komplikationen, die teilweise zum Tode der Betroffenen führten. Und Pandemie, das bei der Schweinegrippe-Pandemie von 2009 zum Einsatz kam, löste laut der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) bei mehr als 1300 Menschen eine Narkolepsie (Schlafkrankheit) aus. W.K.

Glanzlos, mutlos, orientierungslos

Die Landtagswahlen im Südwesten offenbarten gleich mehrere Probleme der CDU. Eines der größten ist die inhaltliche Entkernung im Laufe des letzten Jahrzehnts. Die Zukunft der Partei am Ende der Ära Merkel ist ungewiss

VON WERNER J. PATZELT

Wie gut, dass der „Maskenskan- dal“ vor den jüngsten Landtagswahlen öffentlich wurde!

Denn nun ist klar, dass bloß Einzelne das Vertrauen in die CDU geschädigt haben. Von ihnen trennt man sich, und dann geht es mit Zuversicht in die kommenden Wahlkämpfe. Hat nicht die CDU in der Corona-Krise durch ihre beherzte Politik Zehntausende von Leben gerettet? Na also!

Verschwiegene Versagensgründe

Nein. Denn als einzig Tröstliches kann von CDU-Freunden vermerkt werden, dass nach dem Wahldebakel kein Unionspolitiker öffentlich so argumentiert hat. Selbst wenn jener Skandal in jedem der beiden Wahlländer die CDU gleich um einen ganzen Prozentpunkt gebracht hätte, blieben die anderen Stimmenverluste jämmerlich genug. Beschämend billig waren auch die meisten Erklärungsversuche für den CDU-Niedergang im Südwesten. Weder war es originell, noch ging es der Sache auf den Grund, dass auf die Unzufriedenheit mit Corona-Maßnahmen der Bundesregierung sowie auf die Popularität der beiden im Amt bestätigten Regierungschefs hingewiesen wurde. Gewiss sind beides wichtige Ursachen des CDU-Desasters. Doch die viel wichtigeren, da nicht kurz- oder mittelfristig zu behebbenden, Versagensgründe wurden am Wahlsonntag sorgsam beschwiegen. Das sind die politische Kurzsichtigkeit, die programmatische Unbelehrbarkeit sowie die inhaltlichen Fehler der CDU.

Deren Landesführungen tun immer noch so, als wäre Wählervertrauen ein gut verzinsertes Guthaben, von dem man nach Belieben abheben kann, weil es nötigenfalls „durch bundespolitischen Rückenwind“ wieder aufgefüllt wird. Doch derzeit wird für vergangenes Fehlverhalten bezahlt. „Pfadabhängigkeit“ nennt man das. In Baden-Württemberg musste nämlich 2005 der wenig beeindruckende Günther Oettinger den bodenständig-vertrauenswürdigen Erwin Teufel unbedingt in Pension schicken; und als er zum Problemfall geworden war, ließ ihm 2010 die CDU den Möchtegern-Konservativen Stefan Mappus nachfolgen. Der küsste beim Stuttgarter Bahnhofsbau das wohl situierte Wutbürgertum wach. Doch da war der Rückhalt der CDU im Land ohnehin schon ausgedünnt. Und in Rheinland-Pfalz musste 1988 das Duo Wilhelm & Wagner unbedingt den populären Ministerpräsidenten Bernhard Vogel stürzen. Seither ist dort nur noch die SPD „nah bei de Leut“ (Kurt Beck), während die CDU einen Herausforderer nach dem anderen verschleift. Verschuldet wurde der Niedergang jeweils durch eine karrieristische Vergiftung des innerparteilichen Klimas samt dauerhafter Schwächung des inneren Zusammenhalts. Bis heute hat sich keine der beiden Landesparteien davon erholt. Ob die CDU diesen Weg inzwischen auch auf Bundesebene geht?

Das fragwürdige Erbe der Ära Merkel

Nicht doch! Sie hat ja nun einen neuen, unumstrittenen Vorsitzenden. Der verwaltet nicht bloß manches Merkel-Erbe, sondern hat bislang auch davon abgesehen, sich chemotherapeutisch am vermeintlichen Krebsgeschwür der WerteUnion zu versuchen. Auch genoss er am Wahlabend gleichsam Welpenschutz. Aber er kann natürlich nicht jene großen Fehler ungeschehen machen, welche die Bundes-CDU während des letzten Jahrzehnts begangen hat. Genau für sie bezahlten zwei ihrer Landesverbände am letzten Sonntag. Zwei weiteren droht das im Herbst, und der ganzen Partei bei der kommenden Bundestagswahl. Vielleicht moti-



Stillstand statt Aufbruch: Die CDU nach den Landtagswahlen

Foto: pa

viert die absehbare Niederlage dazu, sie – wieder einmal – einen CSU-Mann einfahren zu lassen.

Der Kern des jetzigen Elends der CDU ist das Missverständnis des Großteils ihrer Anführer, ihre großen Sympathiewerte hätten je der Partei und nicht ganz persönlich der Kanzlerin gegolten. Die nämlich war schon nach einigen Jahren im Amt zum Liebling der mehrheitlich grün-roten Journalistenschaft geworden. Sie hatte sich das redlich verdient, indem sie ihre Politik stets nacheilend an dem ausrichtete, was die Meinungsmacher für richtig hielten. Höhepunkte dessen waren der Atomausstieg und die Zuwanderungspolitik. Solches Wohlverhalten bescherte Angela Merkel den Ruf, eine Mischung aus politischem Mozart, Mutter Theresa und wandelnder Weisheit zu sein. Seit aber – aufgrund ihres nahenden Abschieds – niemand mehr um ihre Gunst buhlen muss, nimmt die Zahl derer ab, welche der Kaiserin immer wieder neue politische Kleider lautstark rühmen.

Doch ohne derlei Frohbotschaft wirkt die CDU wegen der Mittelmäßigkeit ihres parlamentarischen Personals recht glanzlos. Obendrein wurde sie entkernt von einer langjährigen Vorsitzenden, die je nach Tagesform „ein bisschen“ sozial, liberal oder – igitt – konservativ sein mag, doch seit fast einem Jahrzehnt nicht mehr überzeugend zu erklären vermag, wofür Bundesdeutschlands einst prägende Partei verlässlich steht. Die Kanzlerin kennt man jetzt sehr wohl, doch die CDU nicht mehr wirklich. Und beliebt ist Angela Merkel vor allem bei den Grünen und Roten, die ihre Partei aber niemals wählen werden.

Vom Stabilitätsanker zum Spielball

Ohne Merkels Mediengunst wird die Union nun wieder zum hässlichen Entlein deutscher Politik. Übel sei ihre Moral, was nach „Don Kohleone“ unseligen Angedenkens nun die Maskenprofiteure bestätigt hätten. Schlimm sei ihre Fahrlässigkeit bei der Rettung von

Weltklima und Menschheit. Und ganz verachtenswert sei ihre Bockigkeit bei der Exkommunikation von AfD'ern. Arbeitet sie mit manchen denn nicht kommunalpolitisch zusammen, obwohl doch strenge Trennstriche mehrfach beeedet wurden? Kein Wunder, dass am Wahlabend bei Grünen und Linken stolz, zufrieden und lautstark erklart: Bewiesen ist nun, dass es die CDU zum Regieren in Deutschland nicht länger braucht. Und falls sich Grüne, SPD und FDP aufeinander einlassen, benötigt man auch gar nicht mehr die wählerabschreckende Linke, um die Union in die Opposition zu zwingen – jetzt am Neckar, bald an der Spree. Tatsächlich fehlte den Grünen und der SPD ihr zentrales Mobilisierungsthema, wenn sie im Wahlkampf nicht auf Regierungsmacht ohne die Union ausgingen, sondern nicht mehr versprächen, als im Dienst eines künftigen CDU-Kanzlers möglichst aufmüpfig zu sein.

Jedenfalls ist die CDU vom Stabilitätsanker unseres Parteiensystems zum politischen Spielball geworden. Mit dem kickt nun die FDP, die man einst politisch auszuhungern gedachte, gemeinsam mit der durch Merkels Aufstieg geschädigten SPD sowie den Grünen, welche die Affenliebe von CDU-Funktionären in etwa so erwidern wie manche jungen Frauen die Avancen reicher alter Männer. So kommt es eben, wenn eine einst auch rechts Stimmen gewinnende Partei nur noch in der Mitte stehen will: Sie verliert ihre eigenständige Mehrheits- und Koalitionsfähigkeit, weshalb sie bald schon nach der Pfeife derer zu tanzen hat, die seit Willy Brandts Zeiten sich nicht nur die „neue Mitte“ nennen, sondern diese – in Gestalt vieler Großstadt-Grüner – auch sind. Anschließend nötige CDU-Verrenkungen entfremden ihr aber viele Wähler auf Dauer. Dann droht das Verzweigungsschicksal der SPD.

Der gegenüber stellte sich die Merkel-CDU als die pragmatischste SPD auf, die es gab. Jedenfalls leistete die CDU gegen SPD-

Die viel wichtigeren, da nicht kurz- oder mittelfristig zu behebbenden, Versagensgründe wurden am Wahlsonntag sorgsam beschwiegen. Das sind die politische Kurzsichtigkeit, die programmatische Unbelehrbarkeit sowie die inhaltlichen Fehler der CDU

Wünsche nur noch inhaltlichen Widerstand. So brachte sie die Sozialdemokraten zwar um ihre plausibelsten Politikinhalt, da aus Forderungen inzwischen Tatsachen wurden, und trieb die SPD weithin in den Selbstruin einer auf Identitätspolitik fixierten Minderheitenpartei. Doch eine solche Strategie scheitert überall dort, wo ein sich traditionell gebender sozialdemokratischer Regierungschef gar noch mit dem Vorzug von Weiblichkeit auftritt.

Die fatale Übernahme grüner Themen

Und wie viel hat man sich im Konrad-Adenauer-Haus, beraten von allerlei Umfragegurus, nicht darauf zugutegehalten, dass die CDU nach dem Abwurf von Traditionsballast mit ihren neuen umwelt-, gesellschafts- und genderpolitischen Programminhalten nun auch im Wählerreservoir der Grünen wildern könne! Die Wahlen würden ja in der Mitte gewonnen, also bei der grünen Wählerschaft, die man jetzt eben an die Union binden müsse. Krachend ist das in Baden-Württemberg gescheitert – und zwar nicht nur an Winfried Kretschmann, sondern an der Richtigkeit einer alten Wahlkampfweisheit: Wenn jemand zwischen dem Original und einer Kopie wählen kann, wählt er das Original!

Doch diesen Satz verbrauchte die CDU nachgerade inflationär an der AfD. CDU-Spitzenpolitiker taten mit ihm gerade so, als würde man ihnen ernsthaft den Kurs der Höckes und Maiers empfehlen. Doch dort, wo es nicht um demagogische Selbstberauschung geht, sondern um Politikinhalt, besetzt die AfD tatsächlich etliche Originalpositionen der CDU. Die werden wirklich gewählt. Nur hat sie die Union leider hasenfüßig der AfD überlassen, sobald der Ruf erschallte, sie klänge wie die AfD. Richtige Inhalte werden aber nicht dadurch falsch, dass auch der politische Gegner sie vertritt. Falsch ist es nur, dass man sie – wie die CDU unter Journalistendruck – dem Gegner überhaupt zum Alleingebrauch überlässt.

Dieser Gegner hat zwar in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bis zu einem Drittel der vor fünf Jahren gewonnenen Stimmen verloren. Doch das geschah, weil diesmal das Migrationsthema von der politischen Tagesordnung abgesetzt wurde, die Stuttgarter AfD-Fraktion jahrelang ein schauerliches Spektakel aufführte und die verblendete Selbstradikalisierung der ostdeutschen AfD im Westen die Reihen derer immer mehr dezimierte, welche einst die AfD als Gegengewicht zur Merkel-CDU begrüßten.

Zeichen an der Wand

Unter solchen Umständen wird zum größten Horror der Union eine AfD, in der die Realos obliegen, die sich im Reden und Tun mäßig sowie sich der Union öffentlichkeitswirksam als Koalitionspartner anbietet. Wer darauf nämlich seitens der CDU in den nächsten Jahren eingehen wollte, beginge politischen Selbstmord. Doch wer mit den Grünen zusammengeht, bewirkt nun einmal eine weitere Wählerwanderung weg von der CDU – und zwar nicht hin, wie derzeit, zu den Nichtwählern, sondern hin zu einer AfD, die sich als die CDU Helmut Kohls oder Ludwig Erhards zu inszenieren versteht.

Deshalb sollte sich die CDU keinesfalls damit trösten, dass die AfD anteilmäßig noch mehr verloren hat als sie. Denn dass es die AfD als innerlich zerstrittene und allenthalben geächtete Partei überhaupt noch fast zweistellig gibt, ist jenes „Zeichen an der Wand“, das die Union in diesem Wahljahr besser nicht übersieht.

● Prof. Dr. Werner J. Patzelt lehrte bis 2019 Vergleichende Politikwissenschaft an der TU Dresden. Zuletzt erschien „CDU, AfD und die politische Torheit“ (Weltbuch Verlag 2019). <http://wjpatzelt.de>

● MELDUNGEN

Weniger Tote trotz Corona

Wiesbaden – Trotz der Corona-Pandemie sind in Deutschland im Februar 2021 drei Prozent weniger Menschen gestorben als im Durchschnitt des gleichen Monats während der Jahre von 2017 bis 2020. Das zeigen jetzt veröffentlichte Daten des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden. Die Zahl der Toten lag im Februar bei 81.746 und damit um 2632 unter dem Vierjahresmittel vor 2021. In der letzten Februarwoche betrug das Minus sogar elf Prozent. Zur Erklärung dieses Phänomens verweist die Statistikbehörde auf die Influenza-Berichte des Robert-Koch-Institutes (RKI). Aus denen gehe hervor, dass die Zahl der infektiösen Atemwegserkrankungen, die nicht vom Virus SARS-CoV-2 verursacht werden, einen extremen Tiefstand erreicht habe. Dahingegen seien die Sterbefallzahlen zum Jahresanfang 2017 und 2018 wegen der saisonalen Grippe deutlich erhöht gewesen. W.K.

Berlin 2040 bei 3,96 Millionen

Bonn – Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung erwartet, dass im Jahr 2040 in der deutschen Hauptstadt rund 3,96 Millionen Menschen leben werden. Verglichen mit dem Stand von 2017 würde die Bevölkerungszahl damit um knapp zehn Prozent wachsen. Als Gründe nennt das Bundesinstitut Zuzug und Geburtenüberschüsse. Nach Einschätzung des Instituts werden auch Potsdam und mehrere an Berlin grenzende Landkreise Einwohner hinzugewinnen. Drei Berlin-ferne Landkreise im Land Brandenburg könnten laut den Berechnungen des Bundesinstituts bis 2040 allerdings deutlich mehr als ein Fünftel ihrer Bevölkerung verlieren. Die Bonner Forscher erwarten für ganz Deutschland einen Rückgang der Bevölkerungszahl gegenüber 2020 um 1,3 Millionen auf 81,9 Millionen im Jahr 2040. Steigende Einwohnerzahlen sehen die Demographen vor allem in wirtschaftsstarken Großstädten und deren Umland. N.H.

Bund klärt über Risiken auf

Berlin – Die Bundesregierung betreibt eine Internetseite namens „Rumours about Germany“, mit der sie Asylsucher über die legale Immigration, aber auch über Regeln, Gesetze und Gepflogenheiten in der Bundesrepublik oder den Zuzug von Familienmitgliedern aufklärt. Insbesondere auf die Gefahren einer illegalen Einreise wird hingewiesen sowie vor der Inanspruchnahme von Schlepperdiensten und einer möglichen Abschiebung durch die Behörden eindringlich gewarnt. Auf eine kleine Anfrage der AfD-Fraktion nach der Anzahl der Zugriffe auf das Portal pro Quartal im Jahr 2020 gab die Bundesregierung an, dass 15.983 Zugriffe aus dem Iran kamen, gefolgt von denen aus Deutschland mit 12.121 und denen aus Syrien mit 8409 Zugriffen. Insgesamt erfolgten 70.598 Seitenzugriffe in der Browsersprache Englisch, bei 38.926 wurde Persisch, bei 19.489 Arabisch, bei 19.388 Französisch und bei 18.724 Deutsch als Zugangssprache gewählt. MRK

ANSCHLAG AUF DEM BREITSCHIEDPLATZ

Wer ist die unbekannte zweite Person?

Neues Gutachten nährt Zweifel an der Alleintäterthese von Bundesregierung und Sicherheitsbehörden

VON WOLFGANG KAUFMANN

Beim Anschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche am 19. Dezember 2016 starben zwölf Menschen und mindestens 67 weitere erlitten Verletzungen. Die offizielle Version der Bundesregierung lautet, dass das Attentat von dem Einzeltäter Anis Amri begangen worden sei. Der tunesische Terrorist mit engen Verbindungen zum Islamischen Staat (IS) habe zuerst den polnischen Lkw-Fahrer Lukasz Urban erschossen und dann dessen Sattelzug in den Weihnachtsmarkt gesteuert.

Allerdings gibt es schon seit längerem Zweifel an dieser Darstellung des Tathergangs. Selbst der im März 2018 eingesetzte Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages stieß auf immer neue Ungereimtheiten. Erschwert wird die Aufklärung, weil die Bundesregierung und die Sicherheitsbehörden augenscheinlich versuchen, jegliche Zweifel an ihrer Darstellung zu unterdrücken.

Das bewog nun einige Mitglieder des parlamentarischen Gremiums, gegen den Widerstand der Vertreter der Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD ein neues, diesmal unabhängiges Gutachten zur Spurenlage in der Fahrerkabine der Sattelzugmaschine in Auftrag zu geben. Dieses Gutachten des Instituts für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein in Kiel liegt nun vor und enthält Aussagen von erheblicher Brisanz.

Staatsorgane mauern

So schrieben die Forensiker, es gebe keinen Beweis dafür, dass die bei Amri nach dessen Erschießung durch die italienische Polizei „sichergestellte Waffe auch die Tatwaffe war, die gegen Urban eingesetzt worden war“. Denn die Projektilreste, „die bei der Obduktion Urbans aus dessen Schädel gesichert worden waren, waren zu deformiert, um eine ballistische Zuordnung zur oben genannten Waffe zu ermöglichen“. Damit hätte die Justiz ernsthafte Probleme gehabt, Amri den Mord an dem Polen nachzuweisen. Anschließend heißt es weiter: Es sei ebenfalls nicht zu klären, ob „eine bestimmte Person (zum Beispiel Amri) den Lkw gefahren ... oder sich lediglich als Beifahrer in der Fahrerkabine aufgehalten hat“. Und dann werden die Gutachter noch

deutlicher: Ganz offensichtlich habe eine unbekannte zweite Person (UP2) „in vergleichbarem Ausmaß DNA-Spuren im Lkw-Führerhaus hinterlassen wie Amri“. Es sei daher „grundsätzlich nicht auszuschließen bzw. verglichen mit Amri nicht weniger oder mehr plausibel, dass UP2 den Lkw gefahren haben kann“. Daraus zogen die Forensiker den naheliegenden Schluss, angesichts dieser Spurenlage liege auch ein ganz anderer Ablauf des Terroranschlags im Bereich des Möglichen.

Dies ist eine schallende Ohrfeige für die Bundesregierung und die ihr unterstehenden Sicherheitsbehörden. Es steht die Frage im Raum, warum Letztere entweder nicht fähig oder nicht willens waren, die Spuren so zu untersuchen, wie man dies in Kiel getan hat.

Gegen die These vom Alleintäter spricht auch die schwer beantwortbare Frage, wie Amri in der Lage gewesen sein soll, das 40 Tonnen schwere Fahrzeug

souverän durch den dichten Berliner Stadtverkehr in Richtung Breitscheidplatz zu manövrieren, während er gleichzeitig mit Glaubensbrüdern in Berlin und dem Ruhrgebiet chattete. Dieses gilt umso mehr, als Amri definitiv seit fünfeneinhalb Jahren hinter keinem Lkw-Lenkrad mehr gesessen und in seiner Heimat nur 7,5-Tonner gefahren hatte. Darüber hinaus zeigen Aufnahmen einer Überwachungskamera nach dem Anschlag den Tunesier mit Schuhen, die sich deutlich von denen unterschieden, die der Mann getragen haben soll, den Augenzeugen nach dem Anschlag aus dem Lkw springen sahen.

Ausschussmitglieder begehren auf

Das veranlasste das stellvertretende Mitglied des Untersuchungsausschusses Konstantin von Notz (Bündnis 90/Die Grünen) nun zu der Verlautbarung: „Wahrscheinlich saß Anis Amri im Lkw.

der Aber wir bezweifeln zumindest, dass er der Fahrer war.“

Das wirft die Frage auf, wer dann den Laster gefahren hat, wer die mysteriöse UP2 war, deren Existenz das Kieler Gutachten nahelegt. Zur Lösung könnte ein Blick auf die engeren Kontaktpersonen Amris führen.

Zu diesen gehörte ein Landsmann Amris mit dem Namen Bilal Ben Ammar. Der war ganz offensichtlich an der Vorbereitung des Attentats beteiligt und traf Amri nachweislich noch wenige Stunden vor dem Anschlag. Das war den deutschen Behörden auch bekannt. Dennoch schoben sie Ammar bereits kurz nach der Tat in einer mysteriösen Nacht-und-Nebel-Aktion nach Tunesien ab. Dort sitzt die mögliche UP2 seit 2017 im Gefängnis von al-Mornaguia. Eigentlich wäre die Bundesregierung nun verpflichtet, sich um die Auslieferung des IS-Anhängers zu bemühen.



Wer steuerte den schwarzen Sattelschlepper in die Menge? Der Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz nach dem Anschlag

ÖFFENTLICHER DIENST

„In zwei Jahren vielleicht 50 Prozent“

Rot-Rot-Grün arbeitet länderübergreifend an Erhöhung des Immigrantenteils an den Beschäftigten

Die oppositionelle SPD-Fraktion im Kieler Landtag will den Anteil von Immigranten in der Verwaltung Schleswig-Holsteins erhöhen. Nach Angaben der Fraktion ist dazu bei gleicher Eignung eine „vorrangige Auswahl“ bei der Besetzung von Stellen in der öffentlichen Verwaltung notwendig. Als Ziel gaben die Sozialdemokraten an, dass sich der Anteil von Personen mit Einwanderungshintergrund in der Gesamtbevölkerung auch in der Verwaltung widerspiegeln solle. Zur Umsetzung legte die Landtagsfraktion einen Änderungsantrag zum Entwurf des Integrations- und Teilhabegesetzes vor.

Dabei verwies die SPD-Fraktion auf eine ähnliche Regelung in Hamburg. Dort lag nach Angaben des rot-grünen Senats vom November der Einstellungsanteil

junger Menschen mit Immigrationshintergrund „nahe am Zielwert von 20 Prozent“.

Antrag der Kieler SPD-Fraktion

Auch Berlins rot-rot-grüne Koalition hat sich am 9. März auf einen Gesetzentwurf geeinigt, um im öffentlichen Dienst der Stadt den Anteil von Mitarbeitern mit ausländischen Wurzeln zu erhöhen. Ursprünglich hatte die Sozial- und Integrationsministerin Elke Breitenbach (Linkspartei) vorgeschlagen, eine feste Quote einzuführen. Dies war jedoch an verfassungsrechtlichen Bedenken des Berliner Innensenators Andreas Geisel (SPD) gescheitert. Geeinigt hat sich Rot-Rot-Grün nun auf die Einführung von Förderplänen und Zielvorgaben für die Verwal-

tung der deutschen Hauptstadt. Breitenbach hätte sich mehr Verbindlichkeit gewünscht, sprach aber von einem guten Kompromiss.

Zum Verzicht auf eine feste Quote sagte die Politikerin: „Wir haben keine Zahl festgeschrieben, weil wir in zwei Jahren vielleicht 50 Prozent haben, das wissen wir nicht.“ Die von Rot-Rot-Grün vereinbarten Regelungen können tatsächlich dazu führen, dass der Immigrantenteil an Berlins öffentlichem Dienst noch viel stärker steigt als bei einer Quotenregelung. So sollen betreffende Bewerber bei der Neubesetzung von Stellen oder Ausbildungsplätzen „in besonderem Maße“ berücksichtigt werden.

Die Koalition hat zudem in den Gesetzentwurf als verbindliche Regelung

hineingeschrieben, dass der Anteil der Mitarbeiter mit ausländischen Wurzeln mindestens deren Anteil an der Berliner Bevölkerung entsprechen müsse. Derzeit sind dies 35 Prozent. Da die Regelung zwar einen Mindestanteil, aber keinen Maximalanteil vorsieht, ist der Hinweis der Linke-Senatorin auf einen möglichen 50-Prozent-Anteil nicht illusorisch.

Die Grünen-Politikerin Filiz Polat forderte gesetzliche Regelungen, „damit Menschen mit Einwanderungsgeschichte in den Schaltstellen unserer Gesellschaft stärker vertreten sind“. Nach Ansicht der Bundestagsabgeordneten ist dazu ein Partizipationsgesetz auf Bundesebene nötig, das „eine chancengleiche Teilhabe und Repräsentation ermöglicht“. Norman Hanert

„BERLIN HILFT“

Steuergeld für roten Filz?

Zigtausende Euro Förderung für linkes Projekt – Linkspartei-Senatorin gerät in Bedrängnis

VON NORMAN HANERT

Nach dem Rücktritt von Senatorin Katrin Lompscher im vergangenen August wächst der Druck auf eine weitere Spitzenpolitikerin der Berliner Linkspartei. Am 4. März bestätigte die Sozial- und Integrationsministerin Elke Breitenbach im Abgeordnetenhaus, dass die Staatsanwaltschaft gegen sie ermittelte. Im Raum steht der Verdacht der Untreue bei der Förderung von „Berlin hilft“. Vom Senat hat das Projekt von 2017 bis 2019 pro Jahr 40.000 Euro erhalten. 2020 kamen noch einmal 20.000 Euro hinzu. Das Netzwerk betreibt in Kooperation mit dem Stadtteilzentrum Steglitz seit 2016 ein Internetangebot „zur Beratung, Information und Hilfe für Geflüchtete“.

Beobachtern wie dem Berliner „Tagespiegel“ fiel allerdings auf, dass Nutzer der Internetseite Ratschläge für „Flüchtlinge zur Bewältigung des Alltags in Berlin“ erst mühsam suchen mussten. Ins Auge sprangen stattdessen „Beiträge zur Flüchtlingspolitik oder anderen Themen – meist aus politisch linkem Blick“. Prüfungen von Verwaltungsmitarbeitern brachten bei dem Projekt zudem Hinweise auf Subventionsbetrug, Steuervermeidung, Verstöße gegen Dokumentationspflichten und Vergaberegeln ans Licht.

Behördenleiter hat gewarnt

Nachdem vergangenes Jahr erste Medienberichte über Unregelmäßigkeiten aufgetaucht waren, ist die Zuständigkeit für das „Flüchtlingsprojekt“ bei der Senatsverwaltung im Herbst vom Integrationsstaatssekretär Daniel Tietze (Linkspartei) an den Staatssekretär für Arbeit und Soziales, Alexander Fischer (ebenfalls Linkspartei), übergegangen. Dieser ordnete noch Ende 2020 eine Revision der finanziellen Förderung für „Berlin hilft“ an. Als Ergebnis der Prüfung widerrief die Senatsverwaltung die Zuwendungen für 2020. Nach Angaben der Sozialverwaltung wird das Projekt auch im Haushaltsjahr 2021 keine Fördermittel erhalten.

Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Förderung waren bereits vor zwei Jahren aufgekommen. 2019 hatte Alexander Straßmeier, der Leiter des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten, versucht, die



Eine nach der anderen? Breitenbach (r.) mit Lompscher (M.) und Kultursenator Klaus Lederer (l.) auf dem Parteitag 2019 Foto: pa

Auszahlung von Fördergeldern an das Projekt zu stoppen. Die Bedenken des Behördenleiters gingen sogar so weit, dass er nach Beamtenrecht remonstrierte, also ganz offiziell zu den Akten gab, dass er die Bewilligung der Gelder für rechtswidrig hält. Trotz der Bedenken beharrte Integrationsstaatssekretär Tietze offenbar darauf, 40.000 Euro für das Projekt „Berlin hilft“ an das Stadtteilzentrum Steglitz zu überweisen. Dass sich der Staatssekretär trotz Bedenken von Verwaltungsfachleuten am Ende durchsetzte, geht möglicherweise auf ein direktes Eingreifen Breitenbachs zurück. Laut einem öffentlich gewordenen Brief schrieb Anfang 2020 der Staatssekretär dem Leiter des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten, er nehme die Remonstration zur Kenntnis, beharre aber auf Auszahlung der Mittel für „Berlin hilft“. Dabei berief er sich auf eine „Abstimmung mit der Senatorin“.

Dementsprechend ermittelt die Staatsanwaltschaft nun nicht nur gegen Breitenbachs Staatssekretär, sondern

auch gegen die Politikerin der Linkspartei selbst.

Bereits im Oktober 2020 hatte der AfD-Abgeordnete Hanno Bachmann wegen des Verdachts der Haushaltsuntreue Strafanzeige gestellt. Auslöser waren erste Berichte in Hauptstadtmedien, in denen es um den Verdacht von finanziellen Unregelmäßigkeiten bei dem Projekt ging.

Nächster Skandal nach Lompscher

Bachmann, der migrationspolitische Sprecher seiner Fraktion, kommentierte die nun aufgenommenen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen: „Elke Breitenbach ist als Senatorin nicht mehr haltbar, sollte sie die Vorwürfe nicht entkräften können.“ Und weiter: „Den Steuerzahlern ist ein Schaden von hunderttausend Euro entstanden, die in diese dubiosen linken Kanäle geflossen sind.“ Der Abgeordnete forderte zudem Aufklärung darüber, „welche Verbindungen im Rahmen dieses dubiosen Projektes“ zwischen der Senatorin und

ihrem Staatssekretär und den Begünstigten bestehen.

Von der Berliner CDU-Fraktion kritisierte die integrationspolitische Sprecherin Cornelia Seibeld, der Sachverhalt mache deutlich, dass „Senatorin Breitenbach sich für das, was sie für richtig oder politisch wünschenswert hält, notfalls offenbar über geltendes Recht hinwegsetzt“.

Knapp ein halbes Jahr vor den Abgeordnetenhauswahlen kommen die Ermittlungen für die Linkspartei zu einer denkbar ungünstigen Zeit. Erst im vergangenen August war Lompscher als Stadtentwicklungssenatorin zurückgetreten. Sie hatte Einnahmen für ihre Tätigkeit in Verwaltungs- und Aufsichtsräten landeseigener Betriebe nicht an die Landeskasse abgeführt, sondern für sich behalten. Obendrein hatte die Politikerin diese Einnahmen auch nicht beim Finanzamt angegeben. Der Abrechnungsskandal war durch eine schriftliche Anfrage der AfD-Finanzexpertin Kristin Brinker ans Licht gekommen.

BERLIN-MITTE

Grünen-Politiker nach Skandal-Rede in der Kritik

Ausschreitungen in den USA verteidigt: Doch Partei und Migrationsrat stellen sich hinter ihn

Berlins Grüne und der Migrationsrat Berlin haben zu Vorwürfen gegen den Politiker Jeffrey Kwasi Klein Stellung bezogen. Klein ist in Köln aufgewachsen, seine Eltern stammen aus Ghana. In der Berliner Lokalpolitik war das Vorstandsmitglied des Grünen-Kreisverbandes Berlin-Mitte vor allem durch Forderungen wie nach einer Umbenennung der Mohrenstraße aufgefallen. Die Internetseite der Grünen gibt an, Klein sei Diversity-Beauftragter, „Mitglied des Sprecher*innen-Teams der Arbeitsgemeinschaft Bunt-Grün auf Landesebene“ und Co-Sprecher der „AG Anti-Rassismus & Vielfalt auf Bezirksebene“.

Die „Welt“ hatte am 1. März auf eine Rede des Politikers aufmerksam gemacht, die dieser im vergangenen Jahr gehalten hatte. Wie aus einer Videoaufnahme hervorgeht, hatte er dabei zur Bildung eigener „Communities“ aufgeru-

fen: „Starke Communities brauchen keine Polizei, denn die Polizei ist nicht für uns da, sie ist für die Gewalt in unserem Leben verantwortlich“, so Klein im Mai 2020.

Gewalt als „Widerstand“

Auch andere Aussagen der Rede haben zu Vorwürfen geführt, der Grünen-Politiker habe zu Gewalt aufgerufen oder zumindest die Anwendung von Gewalt gerechtfertigt. Mit Blick auf Ausschreitungen in den USA sagte Klein: „Ihr beschwert euch über die Riots (gewalttätige Tumulte) und über die Plünderungen und versteht nicht, dass dies organisierter Widerstand ist gegen ein rassistisches System, das nur dann zuhört, wenn es sich physisch oder finanziell bedroht fühlt.“ Seine Rede hatte der Politiker vor einer Wand vorgetragen, auf der in sehr gro-

ßen Buchstaben die Parole „Free Palestine“ zu lesen war, eine oft gegen Israel verwendete Parole.

Der Berliner Migrationsrat bezeichnet den „Welt“-Bericht, in dem auf die Skandal-Rede hingewiesen wurde, als „Hetzartikel“ und spricht von einem „Angriff gegen unser Vorstandsmitglied“. Es sei „weder politisch noch moralisch legitimierbar, den Wert zerstörter Sachen gegen das Leben eines ermordeten Menschen aufzuwiegen. Ein Mord, der als weiteres Glied in der Kette jahrhundertelanger Ausbeutung, Gewalt und Ermordung Schwarzer Menschen durch ein strukturell und institutionell rassistisches System stattfand.“

Die Presse soll laut Migrationsrat „ihrer Verantwortung gerecht werden, Rassismus und strukturelle Gewalt zu benennen, statt sie zu schüren“. Direkt an die

„Welt“ gerichtet erging die Aufforderung, „den Hetzartikel aus ihrem Internetangebot zu entfernen“.

Auch Kleins Grünen-Kreisverband hat eine Stellungnahme veröffentlicht. Darin heißt es, Kleins Aussagen „anlässlich der rassistischen Ermordung von George Floyd im Mai 2020 wurden von der ‚Welt‘ komplett aus dem Kontext gerissen und verkürzt dargestellt“. Klein fügte dem noch seine Sichtweise an: „Selbst wenn es zu Ausschreitungen kam, delegitimiert das nicht den gesamten Protest gegen Polizeigewalt.“

Mit Bezug auf seine Forderung zur Bildung „robuster Communities“ erklärte der Grünen-Politiker, er habe damit keine Banden gemeint, „sondern, dass wir eigene Unternehmen, schwarze Geschäfte, soziale Beratungsstellen und Vereine aufbauen“. N.H.

● KOLUMNE

Es geht in Richtung DDR

VON THEO MAASS

Die Berliner Kampagne „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ sammelt seit dem 26. Februar Unterschriften. Rund 170.000 müssen es werden, damit es zu einem Volksentscheid kommt. Die Initiative hofft, bis Juni die Unterschriften zusammenzubekommen, damit am 26. September zeitgleich mit der Bundestagswahl die Abstimmung stattfinden kann.

Nach dem Willen der Initiative sollten alle Immobilienunternehmen, die mehr als 3000 Wohnungen in Berlin besitzen, enteignet werden. Die Initiatoren melden, dass in Kreuzberg, Prenzlauer Berg und Neukölln die Bereitschaft zur Unterstützung besonders groß sei. Sie beklagen allerdings, dass nur wahlberechtigte deutsche Staatsbürger und solche die eine Meldeanschrift in Berlin nachweisen können, zeichnungsbefugt sind.

Unter den Parteien unterstützt nur die Linkspartei die Initiative vorbehaltlos. Die SPD wendet sich strikt dagegen, die Grünen schwanken – sie sind mal dafür, dann wieder nicht, schließlich vielleicht. Man will sich nicht festlegen, um es sich mit niemandem zu verderben.

Die Linkspartei wirbt dagegen offensiv mit ihrer Unterstützung der Kampagne. Damit begibt sie sich in die Tradition des SED-Staates. Wie dessen Wohnungspolitik endete, konnte 1989 überall in Augenschein genommen werden. Altbauten verfielen, die Plattenbauten konnten den Wohnungsbedarf nie decken. Der Linkspartei-Abgeordnete Sebastian Schlüsselburg ist sich trotz allem sicher, dass ein erfolgreiches Volksbegehren „die Republik verändern“ werde. Ja, aber dazu müssen er und die Seinen tatsächlich eine Mehrheit hinter sich bringen. Vielleicht erinnert sich eine Mehrheit der Berliner doch noch an die verheerende Bilanz der sozialistischen Wohnungspolitik der DDR – und durchschaut zudem die weitergehenden Pläne für eine „veränderte Republik“.

● MELDUNG

Konzept für Garnisonkirche

Potsdam – Die Bürgerinitiative „Mitteschön“ hat Anfang März ein Nutzungskonzept für die Potsdamer Garnisonkirche vorgestellt. Nach derzeitigen Planungen soll der Turm bis Ende 2023 wieder aufgebaut sein. Das Konzept sieht im Anschluss auch einen Wiederaufbau des Kirchenschiffs in weitgehend historischer Gestalt vor. Nach den Vorstellungen der Initiative soll das Schiff künftig als Kirchenraum, aber auch als Kulturstätte in zentraler Lage, etwa für Musikveranstaltungen, genutzt werden. Laut „Mitteschön“ bot der Originalbau weit mehr als 2000 Menschen Platz und verfügte über eine ausgezeichnete Akustik. Zudem schlägt „Mitteschön“ vor, den Ort unter dem neuen Namen „Europakirche“ als Ort für Diskussionen und als internationale Begegnungsstätte mit dem Schwerpunkt östliche Nachbarländer zu nutzen. Als Projekt mit nationaler Bedeutung soll der Wiederaufbau nach Ansicht der Initiative hauptsächlich durch die deutsche öffentliche Hand, aber auch mit Spenden und EU-Geldern finanziert werden. N.H.

● MELDUNGEN

Königreich ist Schotten lieber

In Schottland hat sich der Wind gedreht. Offenbar will eine Mehrheit nun nicht aus dem Vereinigten Königreich austreten. Nach einer repräsentativen Umfrage von „Scotland on Sunday“ wollen nun 46 Prozent keine Unabhängigkeit mehr, während 43 Prozent diese weiter anstreben. Der Hintergrund scheinen politische Intrigen und Vorwürfe von sexueller Belästigung zu sein. Alex Salmond, der Vorgänger von Nicola Sturgeon als Vorsitzender der Scottish National Party, wurde wegen sexueller Belästigung angeklagt und freigesprochen. Seither verdichten sich die Gerüchte, Sturgeon könnte hinter den Anschuldigungen gegen Salmond gestanden haben. Eine Befragung Sturgeons durch das schottische Parlament verlief „durchwachsen“, was ihrem Ansehen schadete. Die Konservativen wollen im schottischen Parlament einen Misstrauensantrag gegen Sturgeon einbringen. Der dürfte zwar keine Mehrheit finden, aber die Regierungschefin weiter beschädigen. F. B.

Israels Erfolg gegen Corona

Tel Aviv – Das Ichilov-Krankenhaus in Tel Aviv hat vergangenen Montag die letzte seiner zeitweise sechs Corona-Stationen schließen können. Die 18 verbliebenen Corona-Patienten sollen nun abgesondert in den regulären Intensivstationen versorgt werden. Im unweit von Tel Aviv gelegenen Schiba-Krankenhaus sind nach dessen eigenen Angaben vier Corona-Stationen geschlossen worden. Die Schließungen sind das Ergebnis einer erfreulichen Entwicklung. In den vergangenen Wochen gingen die Zahlen der Schwerkranken und der Neuinfektionen deutlich zurück. Am Montag lag die Zahl der Schwerkranken bei 627. Bei der letzten Corona-Welle war sie noch etwa doppelt so hoch gewesen. Zurückgeführt wird diese Entwicklung auf die israelische Impfkampagne. Bisher haben in dem Land etwa 5,2 Millionen Menschen eine Erstimpfung erhalten, 4,2 Millionen auch schon die zweite Dosis bekommen. Hinzu kommen mehr als 786.000 Corona-Genesene. PAZ

Italien stellt Sputnik V her

Caponago – Italien wird das erste EU-Land sein, in dem der russische Impfstoff Sputnik V hergestellt wird. Ein Sprecher der italienisch-russischen Handelskammer teilte mit, dass das italienisch-schweizerische Pharma-Unternehmen Adienne ab Juli das Vakzin in der lombardischen 5000-Seelen-Gemeinde herstellen werde. Von Juli bis zum Januar des kommenden Jahres sollen zehn Millionen Impfdosen in dem Werk in Caponago produziert werden. Sollte bis dahin noch immer keine Zulassung der EU-Zulassungsbehörde EMA für die Union vorliegen, werde der russische Staat die Dosen aufkaufen und an Länder verteilen, in denen der Impfstoff verabreicht werden kann. Das russische Vakzin ist bereits in 46 Ländern zugelassen. Unterdessen wächst das Interesse an Sputnik V in EU-Ländern ebenso wie die Kritik an Brüssel. MRK

KULTURKAMPF

Frankreichs islamo-linke Front

Ministerin löste Debatte über Allianz von Linksextremen und Dschihadisten in den Universitäten aus

VON BODO BOST

In Frankreich ist nach der Entthaltung des Lehrers Samuel Paty eine Debatte über Linksislamismus in den Universitäten entbrannt. Dabei warnte die französische Wissenschaftsministerin Frédérique Vidal vor dem Durchmarsch der „Islamo-Linken“ an den Hochschulen.

Die harten Separatismusgesetze, die in Frankreich nach der Ermordung Patys und dem wenige Tage später erfolgten islamischen Kirchenmassaker in Nizza verabschiedet wurden, führten zu einer Gegenreaktion an den Universitäten, wobei sich linke und islamische Kräfte dort verbündeten. Drei ultrakonservative Islamverbände, darunter Milli Görüs, hatten es abgelehnt, die „Charta der Republik“ von Präsident Emmanuel Macron zu unterschreiben. Dabei wurden sie von Teilen der französischen Linken unterstützt.

Diese Linke hatte einst an vorderster Front der Laizismus-Bewegung gestan-

den. Jetzt macht sie sich zum Helfershelfer einer radikalreligiösen islamischen Strömung an französischen Universitäten, die auf die in Frankreich heilige Trennung von Staat und Religion pfeift.

Als die französische Wissenschaftsministerin vor der Gefahr einer solchen unheiligen Allianz warnte und Linke sowie Wissenschaftler als „nützliche Idioten der Dschihadisten“ bezeichnete, löste sie eine Debatte aus, wurde aber auch von einem Teil der Linken unterstützt.

Vidal war Mitte Februar Gast in einer TV-Talkshow über religiöse Eiferer, welche die Laizität bedrohen. Als die 83-jährige Journalisten-Ikone Jean-Pierre Elkabbach als Moderator am Ende der Gesprächsrunde den Verdacht äußerte, dass es an den Unis so etwas wie „eine Allianz zwischen Mao Tse-tung und dem Ayatollah Khomeini“ gebe, fand er den Beifall der Ministerin. „Ich denke, dass der Islamo-Linksextremismus unsere Gesellschaft als Ganzes auffrisst“, sagte Vidal während der Sendung.

Kurz darauf kündigte die Ministerin eine Untersuchung über den nachhaltigen Einfluss der Islamo-Linken in der Forschung und an den Universitäten an. Das Nationale Forschungszentrum (CNRS) solle in dieser Untersuchung überprüfen, was akademische Forschung ist und was in den Bereich des Gesinnungsterrors gehört. Vidal, die vor ihrer Berufung in die Regierung Biochemieprofessorin und Präsidentin der Universität Nizza war, warnte vor Akademikern, die ihren Titel und ihre Aura dazu benutzten, um radikale und militante Ideen der Islamo-Linken zu fördern.

Die Reaktionen von links ließen nicht lange auf sich warten. Der ultralinke Politiker Jean-Luc Mélenchon sprach von einer „Gesinnungspolizei“ und einer Bedrohung der Forschungsfreiheit an den Universitäten. Auch die Konferenz der Hochschulvorsitzenden meldete Bedenken an und warf der Ministerin vor, „populäre Schlagworte der extremen Rechten“ zu verwenden. Vidal selber gab zu bedenken,

dass an der Universität Sorbonne Linke und Islamisten gemeinsam die Aufführung eines islamkritischen Theaterstücks verhindert hätten. Abgeordnete der gaulistischen Partei Les Républicains verlangten in der Nationalversammlung einen Untersuchungsausschuss „zur Kulturverhinderung“ durch Islamo-Linke. Die Tageszeitung „Le Figaro“ verteidigte Vidal und erinnerte an Linksparteien, die Kandidatinnen mit Schleier auf ihren Listen hatten, oder an Linke, die an Kundgebungen gegen die angebliche „Islamophobie“ teilgenommen hätten.

Sowohl Für- wie Gegensprecher

Andere linke, feministische Publizistinnen wie die Chefredakteurin des Magazins „Marianne“, Natacha Polony, gaben Vidal in der inhaltlichen Bewertung des Phänomens Recht. Die Islamo-Linke sei eine Realität. Auch in der linksliberalen Tageszeitung „Libération“ warnte ein Kollektiv von Akademikern, dass gewisse sozialwissenschaftliche Forschungen zu Rassen- und Genderfragen eine Tendenz hätten, dogmatisch zu werden und keine Widerrede zuzulassen.

In einer Grundsatzrede zum politischen Islamismus warnte auch Frankreichs Präsident Macron, es gebe Kinder und Enkelkinder aus der Immigration, die ihre Identität im Licht linker postkolonialer Theorien begreifen würden. Mit solchen Theorien nährten bestimmte links-islamische Kräfte den Hass auf die Republik und förderten damit den islamischen Separatismus.

Mehrere Minister Macrons distanzieren sich allerdings von ihrer Kollegin Vidal. Diese bedauerte die ausufernde Kontroverse, nahm aber ihre Äußerung nicht zurück. Die Zeitung „Le Figaro“ kommentierte: „Was die akademische Freiheit und bald auch die Meinungsfreiheit insgesamt bedroht, ist nicht Frédérique Vidal, sondern sind vielmehr diese indoktrinierten Anhänger, die verbissen gegen eine Zivilisation ankämpfen, die sie als an sich schuldig beurteilen. Die Islamo-Linke ist nur ein Aspekt dieser hochentwickelten Dummheit. Und darin besteht die große Gefahr: Intelligenzverfall, Auslöschung der Kultur.“



Hat mit ihren Äußerungen über „Islamo-Linksextremismus“ in ein Wespennest gestochen: Hochschulministerin Frédérique Vidal

WAHLKAMPF

Le Pens Chancen steigen

Dramatische Aufholjagd – Parteichefin des französischen Rassemblement National legt in Umfragen zu

Vor knapp vier Jahren schien die politische Karriere von Marine Le Pen bereits beendet. Zwar schaffte sie es in die Stichwahl um das Amt des Staatspräsidenten, am Ende unterlag die Chefin des Front National (Nationale Front, FN) ihrem Gegner Emmanuel Macron aber mit 34 Prozent deutlich. Während der Debatte waren ihr taktische Fehler unterlaufen. So forderte sie einen Austritt Frankreichs aus der Euro-Zone, was die Sparer in Angst versetzte.

Die Parteichefin reagierte auf ihre Art, trennte sich von Hardlinern wie ihrem früheren Stellvertreter Florian Philippot, benannte ihre Partei in Rassemblement National (Nationale Sammlung, RN) um und entschärfte ihr Programm. Bürgerlicher, weniger sozialistisch und europäischer gibt sich die 52-Jährige nun.

Und plötzlich ist sie wieder da. Wären in diesen Wochen Parlamentswahlen würde ihre Partei mit knapp 27 Prozent stärkste Kraft werden. Und in einer Stichwahl um den Präsidentensessel würde sie

nur knapp hinter dem Amtsinhaber liegen. Dabei hat Le Pen einen entscheidenden Vorteil. Nennenswerte Konkurrenz-kandidaturen sind nicht zu erwarten. Zwar liebäugelt Philippot mit seiner 2017 neu gegründeten Partei Les Patriotes (Die Patrioten, LP) mit einem Antritt. Doch dass er die erforderliche Zahl an Unterstützungsunterschriften wird sammeln können, scheint ungewiss.

Macron muss vorsichtiger sein. Zwar liegt er vor allen Bewerbern des bürgerlichen und linken Lagers, doch zwei von ihnen könnten ihm gefährlich werden. Der populäre Ex-Minister Xavier Bertrand von der bürgerlichen Rechten erzielt aktuell gute Umfragewerte und will antreten. Auch die wiedergewählte Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo von den Sozialisten meldete Ansprüche an.

Macrons größtes Problem ist aber die Unzufriedenheit der Menschen. Eine Mehrheit bescheinigt ihm ein schwaches Corona-Management, und obwohl die

wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahren so schlecht nicht war, wächst bei vielen Franzosen die Angst vor der Armut. Hinzu kommt die Angst vor islamischen Anschlägen.

Frankreich ist tief gespalten. Das liegt auch an dem Wahlsystem, das viele Franzosen als ungerecht empfinden. Nur 42 Prozent der Bürger glauben derzeit, dass

die Demokratie eine Lösung für die Probleme sei. Macrons wichtigster Verbündeter François Bayrou, Vorsitzender der Mitte-Partei MoDem, will das Verhältniswahlrecht einführen. Dies hatte Macron bei seinem Amtsantritt vor vier Jahren auch versprochen.

„Millionen von Stimmen haben in den vergangenen Jahren lediglich zu einem Prozent der Sitze geführt, wie sollen die Franzosen einem Parlament trauen, in dem die Mehrheit von ihnen nicht vertreten ist?“, fragt Bayrou. Dabei galt das Mehrheitswahlrecht seit Jahrzehnten als Brandmauer gegen den Front National.

Es galt als ungeschriebenes Gesetz, dass in Stichwahlen nur jeweils ein Kandidat der „demokratischen Parteien“ gegen den FN angetreten war. Die Folge: Trotz starker Resultate ist die Rechtspartei bislang nur mit einer Handvoll Abgeordneter im Parlament vertreten. Viele Franzosen empfinden dies mittlerweile als nicht mehr gerecht. Peter Entinger

„Wie sollen die Franzosen einem Parlament trauen, in dem die Mehrheit von ihnen nicht vertreten ist?“

François Bayrou

VON NORMAN HANERT

Rechtssozialistische Planwirtschaft und die Behäbigkeit früherer Staatskonzerne wie der Bundesbahn haben dazu geführt, dass viele Deutsche keine allzu gute Meinung von staatlichen Unternehmensbeteiligungen haben. Wie Beispiele aus den USA und der Schweiz zeigen, können gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten Beteiligungen des Staates aber für die Steuerzahler durchaus ein lukratives Geschäft sein. Bedingung dafür ist jedoch, dass sich der Staat tatsächlich wie ein Investor verhält.

Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise im Herbst 2008 hob der damalige Finanzminister Henry Paulson beispielsweise ein riesiges Rettungspaket für angeschlagene Banken aus der Taufe. Paulson wehrte damals Forderungen ab, den Banken umgehend ihre toxischen Papiere abzukufen. Stattdessen bekamen die Banken Finanzspritzen, für die sich der Staat im Gegenzug Aktien sicherte. Beim Verkauf dieser Papiere machte das US-Finanzministerium am Ende einen Gewinn von sieben Milliarden US-Dollar.

Ruf nach Beteiligung des Staates

Erfolgreich verlief auch die Rettungsaktion der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Schweizerischen Nationalbank (SNB) bei der Großbank UBS im Jahr 2008. Die Schweiz ließ sich ein Darlehen an die UBS mit einem Zinssatz von 12,5 Prozent vergüten. Am Ende strich der Staat 1,2 Milliarden Franken für die Bankenrettung ein. Die Schweizer Zentralbank, die illiquide Wertpapiere von der UBS übernommen hatte, konnte die Papiere innerhalb weniger Jahre wieder verkaufen. Hier blieb unter dem Strich sogar ein Gewinn von fünf Milliarden Franken.

Zumindest derzeit stehen die Chancen gut, dass auch für die deutschen Steuerzahler einige wichtige Unternehmensbeteiligungen des Bundes nicht zu Verlusten führen, sondern Geld abwerfen. Zwei Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundespost, an denen der Bund noch immer Beteiligungen hält, haben erst vor Kurzem trotz der Corona-Krise Rekordzahlen für das Geschäftsjahr 2020 gemeldet.

Die Deutsche Post DHL Group erzielte erstmals in der Unternehmensgeschichte im vergangenen Jahr einen Vorsteuergewinn von 4,8 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von über 17 Prozent. Mehr als die Hälfte des Vorsteuergewinns fuhr der Bonner Logistikkonzern mit den vergleichsweise teuren Expresssendungen im internationalen



Ihre Betreiber sind gut im Geschäft: Briefkasten der Post und öffentlicher Fernsprecher der Telekom

Foto: imago/Kolvenbach

STAATSBETEILIGUNGEN

Nicht immer zahlt der Steuerzahler drauf

Post und Telekom vermehren trotz der Corona-Krise Rekordzahlen für das vergangene Geschäftsjahr

Versandgeschäft ein. Auch der Boom im Internethandel trug zum unerwartet starken Plus bei. Über die KfW hält der Bund an dem ehemaligen Staatskonzern noch immer einen Anteil von 20,5 Prozent.

Noch höher ist die Staatsbeteiligung bei der 1995 privatisierten Deutschen Telekom. Dort hält der Bund noch immer einen 31,9-Prozent-Anteil. Erstmals in ihrer Geschichte hat die Deutsche Telekom im vergangenen Jahr Erlöse über der Marke von 100 Milliarden Euro gemeldet. Einen starken Anteil an der Umsatzsteigerung von über 25 Prozent hatte die Übernahme des US-Konkurrenten Sprint, mit der die Tochter von T-Mobile in den USA zum zweitgrößten Mobilfunkanbieter aufgestiegen ist.

Die Auswirkungen der Corona-Krise haben dazu geführt, dass sich noch dutzende weitere Unternehmen für einen Einstieg des deutschen Staates interessieren. Im vergangenen Oktober war durch eine Antwort von Ulrich Nußbaum, Staatssekretär im Bundeswirtschafts-

ministerium, auf eine Anfrage einer Grünen-Politikerin bekannt geworden, dass sich mindestens 30 Unternehmen um einen Einstieg des Staates bemüht haben. Aus den Anfragen sind bislang aber erst elf Beteiligungen des Bundes geworden.

Über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) ist der Staat unter anderem bei der Lufthansa, beim Reisekonzern TUI, bei Galeria Karstadt Kaufhof und bei den MV-Werften eingestiegen. Die Diskrepanz zwischen der ursprünglich hohen Nachfrage nach Staatshilfen und den tatsächlichen Beteiligungen erklären Beobachter nicht zuletzt damit, dass der Bund als nüchtern kalkulierender Geschäftspartner auftritt.

„Goldman-Prinzip“

„Der deutsche Fiskus ist in der Corona-Krise nicht immer nur der selbstlose Geldgeber, sondern lässt sich seine Hilfe oft recht ansehnlich entlohnen“, so die Einschätzung der „Wirtschaftswoche“. Im Kleingedruckten zur Rettung der Lufthan-

sa findet sich beispielsweise eine Gewinnbeteiligung für den Bund, die bei vier Prozent anfängt und im Lauf der Zeit im Extremfall sogar auf 12,5 Prozent ansteigt.

Gemünzt auf die Investmentbank Goldman Sachs, haben Kommentatoren das Vorgehen des Bundes inzwischen schon als „Goldman-Prinzip“ bezeichnet. Tatsächlich wird die Beteiligungspolitik des deutschen Staates derzeit stark von zwei gestandenen Wirtschaftsprofis geprägt. Seit 2018 ist der ehemalige Finanzsenator Bremens und Berlins Ulrich Nussbaum als Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium tätig. Im Gegensatz zu vielen anderen Beamten und Politikern verfügt Nussbaum über praktische Wirtschaftserfahrungen. Nach seinem Jurastudium war Nussbaum selbst mit großem Erfolg als Manager in der Wirtschaft tätig. Gleiches gilt für den verbeamteten Finanzstaatssekretär Jörg Kukies, der 2018 von der Investmentbank Goldman Sachs ins Bundesfinanzministerium wechselte.

MELDUNGEN

Kritik von Ökonomen

Berlin – Zu Beginn der Corona-Pandemie honorierten Deutschlands führende Ökonomen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung noch mit Zustimmungswerten von bis zu 80 Prozent. Allerdings sind diese inzwischen Geschichte. Laut dem ifo Institut für Wirtschaftsforschung zeigen sich mittlerweile 47 Prozent der Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftswissenschaften unzufrieden und weitere 30 Prozent unentschieden. Als Grund für diesen klaren Sinneswandel gaben die Befragten an, die Politik reagiere sowohl zu langsam als auch zu unflexibel-bürokratisch. Darüber hinaus sei die deutsche Impfstrategie eine einzige Katastrophe. Hätte man die Impfstoffe früher bestellt und höhere Preise dafür geboten, dann wären die gesamtgesellschaftlichen Kosten der Pandemie trotz der Mehraufwendungen für die Vakzine wegen des schnelleren Impfstarts deutlich niedriger ausgefallen. Aber die Politik höre inzwischen kaum noch auf den Rat der Experten. W.K.

Privatjet-Boom wegen Corona

Valletta – Während der internationale Flugverkehr 2020 wegen der Corona-Maßnahmen um 85 Prozent eingebrochen ist, erlebten Anbieter von Privatjets einen Auftragsboom. Der Privatjet-Anbieter VistaJet mit Sitz auf Malta berichtet laut „Epoch Times“ von Zuwächsen bei den Anfragen um 300 bis 350 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Ein Teil der zusätzlichen Aufträge resultierte aus Repatriierungs- und Frachtflügen. Allerdings seien auch viele betuchte Urlaubsreisende 2020 auf Privatjets umgestiegen, weil der reguläre Flugverkehr weitgehend ruhte. Vor der Pandemie hätten nur zehn Prozent der Kunden, die es sich leisten können, einen Privatjet genutzt, durch Corona wurden es deutlich mehr, heißt es bei VistaJet. Darunter beispielsweise Besitzer von Yachten im Mittelmeer, die sich auf diese exklusive Weise zu ihren Booten transportieren ließen. H.H.

MASKEN-SKANDAL

Union scheut ernste Konsequenzen

CDU/CSU lehnt Lobbyregister mit Verpflichtung, sich eintragen zu lassen, ab

Die Debatte schwelt seit fast zwei Jahrzehnten. Doch bisher hatte die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag es stets abgelehnt, den Einfluss von Lobbyisten auf politische Entscheidungen stärker zu kontrollieren. Nun sitzt die Partei im Superwahljahr 2021 in einer selbstgestellten Falle. Durch die umstrittenen Masken-Deals verfestigt sich der Eindruck, dass die Union ein so genanntes Lobbyregister bisher vor allem deshalb abgelehnt hat, damit ihre Abgeordneten lukrative Nebengeschäfte abwickeln können.

„Allen Demokraten muss daran gelegen sein, dass Raffgier und Vetternwirtschaft in unseren Parlamenten keine Chance haben“, sagte SPD-Parteichef Norbert Walter-Borjans in der vergangenen Woche. Er rief die Parteivorsitzenden von CDU und CSU, Armin Laschet und Markus Söder, dazu auf, gemeinsam

Das bisherige Abgeordnetengesetz hat sich als zahnloser Tiger erwiesen

mit der SPD „für wirksame Transparenz- und Sanktionsregeln“ einzutreten.

Sozialdemokraten, Grüne und Linkspartei fordern seit Jahren einen „exekutiven Fußabdruck“ im Lobbyregister. Damit wäre nachvollziehbar, welche Akteure und Organisationen an einem Gesetzestext mitgewirkt haben.

Das bisherige Abgeordnetengesetz hat sich als zahnloser Tiger erwiesen. „Die

Annahme von Zuwendungen ist nur dann verboten, wenn sie ohne Gegenleistung erfolgt oder diese sich konkret auf das Abstimmungsverhalten auswirkt“, heißt es darin. Doch den entsprechenden Nachweis zu erbringen, ist schwierig.

Die Organisation Abgeordnetenwatch fordert seit Jahren ein Register, wie es auch im Europaparlament üblich ist. Sowohl dort als auch in der EU-Kommission gibt es eine öffentlich zugängliche Datenbank, in die Lobby-Akteure sich eintragen, wenn auch freiwillig. Die SPD plädiert nun dafür, eine solche Datenbank verpflichtend einzuführen.

Davon hält die Union freilich nichts. Sie gelobte zwar Besserung, warnte aber gleichzeitig davor, den Kontakten gewählter Abgeordneter oder Regierungsmitglieder mit Vertretern von Unternehmen oder Verbänden hinterherzuspionieren. Peter Entinger

ANZEIGE

DAS LEBEN DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR
NEIN zu Sterbehilfe und Euthanasie!

Bundesvereinigung Christen in der Alternative für Deutschland

chrafd.de

KOMMENTARE

Ende einer Partnerschaft

RENÉ NEHRING

Die Enthüllungen kamen pünktlich. Wenige Tage vor den Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz berichteten die Medien, dass die Unions-Politiker Georg Nüßlein (CSU) und Nikolaus Löbel (CDU) im vergangenen Jahr an der Beschaffung von Atemschutzmasken zur Bekämpfung der Corona-Pandemie gehörig mitverdient hatten. Kurz darauf erfolgten Enthüllungen über eine „Baku-Connection“ zwischen den Machthabern in Aserbaidschan und einzelnen Abgeordneten der größten Bundestagsfraktion. Mehr als zwanzig Jahre nach dem Spendenskandal um Altkanzler Helmut Kohl debattierte die Republik wieder einmal über den „schwarzen Filz“ und unlautere Seilschaften.

Keine Frage: Die Vorwürfe sind brisant und die Vergehen nicht zu entschuldigen. Und in jedem Fall war es richtig, dass die Fraktion von CDU und CSU entschieden handelte, sodass das Fehlverhalten einzelner Abgeordneter kaum an den beiden Schwesterparteien hängen bleiben dürfte.

Bedenkenswert ist jedoch der Zeitpunkt der Enthüllungen – wenige Tage vor einem richtungweisenden Wahlwochenende. Für eine Partei wie die CDU, die ohnehin schon schwächelt, weil führende Verantwortliche aus ihren Reihen bei der Bewältigung der Corona-Krise ihren Aufgaben nicht gewachsen sind, ist es verheerend, wenn auch noch darüber debattiert wird, dass sich einige Akteure an der Krise privat bereichert haben.

Im Laufe der Ära Merkel schien es oft, als hätten sich die mehrheitlich rot-grünen Journalisten und die Union einander angenähert. Prügelten früher die Kommentatoren in Funk und Fernsehen, in Zeitungen und Magazinen heftig auf Adenauer, Kohl & Co. verbal ein, so erfreute sich die amtierende Kanzlerin stets einer wohlwollenden Berichterstattung. Die Art und Weise, in der nun die Masken-Affäre thematisiert wurde, zeigt jedoch, dass diese Annäherung zumindest von Seiten der Medien rein taktischer Natur war. Sobald es opportun ist, sind die alten Frontstellungen schnell wieder errichtet – und das Feuer auf die Union setzt wieder ein.

Vorverurteilt

HANS HECKEL

Erneut sind zwei prominente Zeitgenossen ins Visier von „Sexismus“-Vorwürfen geraten. Es handelt sich um den „Bild“-Chefredakteur Julian Reichelt und den Intendanten der Berliner Volksbühne Klaus Dörr.

In beiden Fällen bleiben die Anklägerinnen anonym, die Vorwürfe irritierend verwaschen. Entweder, es wird nicht einmal präzisiert, worin die vermeintlichen sexuellen Übergriffe bestanden haben sollen, oder die „Hinweise“ strotzen von verräterischen Formulierungen wie „so scheint es“ oder es „soll“ so funktioniert haben.

Die Vorverurteilung der Angeprangerten nimmt dennoch ihren offenkundig erwünschten Verlauf. Reichelt ist vorerst von seinen Pflichten entbunden worden. Ob er nach einem Freispruch auf den Chefessel der größten deutschen Boulevardzeitung zurückkehrt, bleibt ungewiss.

Gewiss ist jedoch, dass Reichelt mit dem Kurs, den er bei „Bild“ fuhr, vielen auf die Füße getreten ist. Etliche Jahre hindurch hatte sich das Springer-Blatt an Kanzlerin Merkel und den Regierungskurs angeschmiegt. Die Auflage fiel daraufhin steil ab.

Reichelt führte die Zeitung zurück auf die Linie eines echten Boulevardblattes, das dem Volk aufs Maul schaut und dessen Stimmungen mit meist zielgenauen Texten in deftige Worte fasste. Das Totalversagen der Regierung in der Corona-Krise fand bei Reichelts „Bild“ keinerlei Schonung.

Da kann man den Verdacht nicht unterdrücken, dass ein unbequemer Journalist mit dem Mittel der Kampagne zur Strecke gebracht werden soll. Im Falle von Klaus Dörr formuliert die Sprecherin einer radikalfeministischen Gruppe ganz offen, dass es ihr nicht „nur“ um den Kopf des Intendanten gehe, sondern auch um die Veränderung der Machtverhältnisse im Haus. Voilà!

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tewes; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteiner Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFF333 oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen: Viktor Orbán und Angela Merkel

Foto: pa

KOLUMNE

Verständnis für Orbán

FLORIAN STUMFALL

Auf den ersten Blick fällt es nicht auf, dass es zwischen der Corona-Pandemie und dem Rückzug der ungarischen konservativen Partei Fidesz aus der Europäischen Volkspartei (EVP), dem Verbund bürgerlicher Parteien im Europäischen Parlament einen Zusammenhang gibt. Doch die Verbindung zwischen beiden ist schnell hergestellt.

Zu Beginn des vergangenen Jahres, als das Virus aus China nach Europa kam, machte es um Ungarn keinen Bogen. So sah sich Ministerpräsident Viktor Orbán zu einigen entscheidenden Maßnahmen gezwungen. Dazu zählte das Gesetz Nummer XII vom 30. März 2021 „zur Eindämmung des Coronavirus“. Damit kam er bei seinen Landsleuten gut, auf den Höhen der EU und speziell in Deutschland aber sehr schlecht an.

Vorwürfe an Budapest

Die empörte Aufregung, die sich über Orbán und Budapest ergoss, sparte nicht mit harschen Worten. Die an sich besonnene „Badische Zeitung“ etwa schrieb: „Orbán schickt das Parlament in eine unbefristete Zwangspause.“ Die einst als seriös geltende „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ („FAZ“) sprach von einem „Staatsstreich“. Zahlreiche andere Medien bemühten den immer wieder beliebten Vergleich mit Adolf Hitlers Ermächtigungsgesetz. Es wurde behauptet, das Parlament sei entmachtet, Orbán regiere per Dekret, entsende Militär in die Betriebe und schaffe die Wahlen ab. Und der frühere EU-Ratspräsident Donald Tusk wollte Fidesz aus der EVP ausschließen. Starker Tobak – das muss man sagen.

Solche Vorwürfe fordern dazu heraus, nachzuprüfen, was an ihnen wahr ist. Im Falle Ungarns stößt das auf gewisse Schwierigkeiten, weil Deutschlands meiste Journalisten des Ungarischen nicht mächtig und daher auf Sekundärquellen angewiesen sind. Doch auch aus solchen hätte man bei einer gewissen Unvoreingenommenheit die Konturen der Tatsachen erkennen können.

So hat es nie eine Zwangspause für das Parlament gegeben. Es war zwar der Notstand ausgerufen, doch die Abgeordneten tagten in der üblichen Weise. Die Sessoren wurden auch per Fernsehen übertragen, sodass sich jedermann, der es wollte,

von dieser Tatsache überzeugen konnte. Auf diese Weise verliefen die Monate April und Mai 2020. Ende Mai teilte Orbán mit, die Regierung werde Anfang Juni einen Antrag einbringen, gemäß dem der Notstand bis zur Mitte des Monats beendet werden solle. So geschah es auch.

Zudem war in dem Gesetz festgelegt worden, dass das Parlament den Ausnahmezustand jederzeit von sich aus beenden könne (Paragraph 8). In Paragraph 2, Absatz 2 war festgehalten, dass sich die Befugnisse der Regierung auf die Bekämpfung

niemand hat die „FAZ“ von „Staatsstreich“ reden hören. Es besteht also in Berlin wenig Anlass oder Berechtigung, in Budapest vorstellig zu werden, um dort die Einhaltung demokratischer Regeln anzumahnen.

Die Presse, so heißt es weiter, sei zu „regierungsnah“. Aufgeführt werden dafür zwei oppositionelle Zeitungen, deren Betrieb eingestellt wurde – auf Orbáns Befehl, wie wiederholt zu hören war. Die zwei Zeitungen, die man dabei ins Feld führt, sind „Magyar Nemzet“ und „Heti Válasz“, beide herausgegeben von dem Unternehmer Lajos Simicska, der einst der Fidesz nahestand, sich dann jedoch zum erklärten Gegner des Ministerpräsidenten am rechten Rand gewandelt hat. Die beiden Blätter aber hat nicht Orbán eingestellt, sondern Simicska selbst, denn sie waren ihm auf die Dauer zu defizitär. Schließlich ist er Geschäftsmann, kein Missionar.

Auch hier gilt übrigens die alte Regel, dass wer im Glashaus sitzt, nicht mit Steinen werfen solle. Denn im Sommer 2020 zauberte Angela Merkel aus irgendeiner verborgenen Tasche plötzlich 220 Millionen Euro zur Unterstützung notleidender Medien hervor – von denen sie seitdem kaum mehr ein kritisches Wort zu befürchten hat. Zu regierungsnah? Es ist kein Verlag bekannt, der die Gabe zurückgewiesen hätte.

Die wahren Motive

So wird sich hierzulande auch weiterhin Unflat ergießen, wenn der Name Viktor Orbán erklingt. Der Grund dafür ist kein Geheimnis. Ungarns Ministerpräsident tritt ein für ein Europa der freien Nationen, gegen einen Zentralismus der Gleichförmigkeit und Anonymität. Er scheint als einer der wenigen Staatsführer in der EU zu bedenken, dass sie vom Souverän, dem Volk kein Mandat dafür bekommen haben, den eigenen Staat sukzessive abzuwickeln. Orbán weigert sich, tatenlos der schleichenden Auflösung seines Landes zuzusehen, dem er durch Gefühl, Überzeugung und Amtseid verpflichtet ist.

Eine solche Haltung sollte die grundlegende Voraussetzung für ein politisches Spitzenamt darstellen, nicht den Grund für böartige Vorwürfe aus dem Ausland.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Es besteht in Berlin wenig Anlass oder Berechtigung, in Budapest die Einhaltung demokratischer Regeln anzumahnen

fung des Coronavirus zu beschränken haben. In Paragraph 4 wird gefordert, dass die Regierung das Parlament und die Fraktionsführer regelmäßig zu unterrichten habe. Sonderregelungen dieser Art bedürfen zudem nach der ungarischen Verfassung alle 15 Tage einer Bestätigung durch das Parlament (Artikel 53.3).

Woher also die Aufregung, vor allem die Aufregung in Deutschland, wo die Kanzlerin bereits lange vor Corona das Parlament, bevorzugt bei finanziellen Fragen, welche die EU und den Euro betreffen, völlig an die Wand gespielt hat? Der Bundestag ist längst dazu verurteilt, bei Schicksalsfragen, die den Bestand der Nation betreffen, Entscheidungen abzugeben, nachdem sie längst getroffen worden sind. Darauf hat das Bundesverfassungsgericht wiederholt hingewiesen.

Dazu kommt, dass in Deutschland – wegen Corona, so die Erklärung – eine ganze Reihe von Grundrechten eingeschränkt oder ausgesetzt worden ist. Dies geschah aber keineswegs durch das dafür zuständige Parlament, sondern durch einen staatsrechtlich nicht vorgesehenen Gesprächskreis, bestehend aus der Kanzlerin und den Ministerpräsidenten. Doch

Zauberberg-Architektur

Auch Seuchen haben einen Einfluss auf die Baukultur – Zum „Welttuberkulosestag“ am 24. März

VON NILS ASCHENBECK

Angst vor Krankheiten kann unser Leben verändern – wir erfahren das gerade unter Corona-Bedingungen. Wie die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie unsere Gesellschaft, unser Zusammenleben und auch unsere Kultur prägen werden, ist noch nicht absehbar. Aber es lässt sich unschwer vorhersagen, dass das Herunterfahren des öffentlichen Lebens eine andere Gesellschaft formt, in der auch die kulturellen Ausprägungen anders und neu sein werden.

In der Geschichte gibt es einen durchaus vergleichbaren Fall, der zeigt, wie auch kulturell wirkmächtig ein Krankheitserreger werden kann. Im 19. und auch im frühen 20. Jahrhundert grassierte in Europa die Tuberkulose. Es gab weder ein Medikament noch einen Impfstoff gegen das Bakterium – und es bedrohte die Menschen in ihren besten Jahren. Die Angst vor der Tuberkulose beendete die verspielte formenreiche und lustvolle Kultur der Gründerzeit und führte in eine aseptische Moderne. Im Gedenken an die mehr als eine Million Menschen, die jährlich weltweit an der Lungenkrankheit sterben, hat man den 24. März zum „Welttuberkulosestag“ erklärt.

Anders als Corona bedrohte die Tuberkulose vor allem junge Erwachsene, die sich anschickten, ihre Karriere zu gestalten. Wer sich infizierte, war mindestens um Jahre zurückgeworfen, musste möglicherweise lange Zeit in Sanatorien verbringen und hatte noch Glück, wenn ihn die Krankheit nicht hinwegraffte. Entsprechend groß war die Angst.

Hygienisch saubere Orte

Bis Ende des 19. Jahrhunderts war noch nicht bekannt, welcher Erreger die so unheimliche Tuberkulose auslöste. In Verdacht gerieten die Staub- und Schmutzansammlungen vor allem in Wohnungen. Schlechte Gerüche, sogenannte Miasmen, die aus Staub und Unrat hervordrangten, wurden als Ansteckungsherd ausgemacht. Aber auch feuchte und dunkle Wohnungen galten als gefährlich.

Nach dem von Deutschland gewonnenen Krieg gegen Frankreich erlebte das Land einen gewaltigen Bauboom. Mit der Industrialisierung wuchsen die Städte in bisher nie dagewesener Weise. Die Architekten und Baumeister entwarfen ausufernde Vorstädte, neue Verwaltungsgebäude und auch Industrieanlagen im historistischen Stil. Sie kopierten die Bauformen vorausgegangener Jahrhunderte wie Gotik, Renaissance oder Barock und überzogen selbst technische Bauten mit aufwendigen, plastisch ausgeführten Stilzitäten. Die Möbel in den gründerzeitlichen Villen wurden ebenfalls mit Schnitzereien reich ornamentiert. Plastiken, Bilder, Teppiche und schwere Vorhänge ergänzten das üppige Raumprogramm historistischer Ästhetik.

Die Wohnungseinrichtungen waren jedoch gerade durch ihre vielen Winkel und Ecken und durch die gerne verwendeten Polster ideale Orte für die gefürchteten Miasmen. In den ersten Jahren und Jahrzehnten der Industrialisierung machten sich die Städter darüber kaum Gedanken, sie waren mit dem Aufbau der Betriebe, der Unternehmen und der Städte beschäftigt. Sie hatten kaum Zeit, sich um allgemeine Gesundheitshygiene zu kümmern. Sie genossen geradezu die Geschwindigkeit der Entwicklung und die immer neuen Spielformen der Gestaltung



Zauberberg für Lungenkranke mit Privatloggien zur Sonnenseite: Das oberhalb von Davos im Jugendstil erbaute Sanatorium Schatzalp, das im Roman von Thomas Mann eine große Rolle spielt, ist speziell für gut betuchte Tuberkulosepatienten errichtet worden

– ja, das ausgehende 19. Jahrhundert war eine gestalterische Ekstase.

Allerdings gab es bereits in den 1860er Jahren deutliche Vorboten des Unheils. Immer mehr Tuberkulose-Kranke mussten behandelt werden – ohne dass es eine Therapie gab. Zu dieser Zeit gab es erste Sanatorien in Schlesien und in den Alpen, die eine neuartige Behandlung anboten: die wochenlange Exposition der Kranken an die frische Luft und das Sonnenlicht, bevorzugt in den Bergen. Die Licht-Luft-Therapie wurde die Behandlung der ersten Wahl im Falle einer Tuberkulose.

Thomas Manns Zauberberg

Auf dem Gelände des Sanatoriums Arnold Rikli im heute slowenischen Veldes (Bled) waren Licht-Luft-Hütten errichtet worden, die wohlhabenden nordeuropäischen Kranken Heilung versprachen. Die Patienten lebten für Wochen oder Monate in einfachen Hütten, die allein aus einem schlichten Schlafraum und einer großen Licht-Luft-Terrasse bestanden. Aus Gründen der Hygiene waren die Hütten einfach eingerichtet, es gab keine Teppiche und Polster. Die Insassen dieser Hütten, die ihre oft großzügigen Villen in den Industriestädten verlassen hatten, erlebten in Veldes eine Architektur, die im diametralen Gegensatz zur historistischen Architektur und Gestaltung der Zentren stand, sie erlebten die Hütten als Architektur der Gesundheit, als eine Hausform, die ein gesünderes Leben verspricht.

Bald wurden die asketischen Licht-Luft-Hütten gereiht und gestapelt. Schaut man sich die Bilder von Lungensanatorien um 1900 an, dann ist das prägende Element der Architektur die Reihung von Loggien oder Balkonen. Jeder Patient bekam seine eigene kleine zur Bergsonne ausgerichtete Zelle – mit privater Terrasse. Im Jahr 1911 wurde in Davos-Platz das Waldsanatorium „Dr. Jessen“ errichtet. Bekanntester Gast des heutigen Waldhotels war Thomas Mann, der die Aufenthalte dort und seine Spaziergänge zum höher gelegenen Sanatorium Schatzalp in dem Roman „Der Zauberberg“ verarbeitete.

Die Patientenzimmer des Sanatoriums verfügten natürlich alle über eine Loggia. Die Räume waren mit weißen, abwaschbaren Möbeln ausgestattet, die Böden mit Linoleum ausgelegt. Der Speisesaal, im Roman Schauplatz für Gespräche, Diskussion und politische Auseinandersetzungen, erinnerte mehr an Industriehallen denn an die damals üblichen Gastronomie-Räume.

Die Erfahrung der hygienischen, abwaschbaren Architektur der Gesundheit, die tausende junge Leute, darunter viele Intellektuelle und Künstler, in Sanatorien machten und von der sie nach ihrer Rückkehr in den Städten erzählten, brachte den ornamentreichen lustvollen Historismus in den Städten in Verruf. Schnell verbreitete sich die Ansicht, dass historisti-



Balkone zum Durchatmen: Im Waldsanatorium Davos erholte sich Thomas Mann

sche Gestaltung direkt krank mache, dass zwischen den historistischen Ornamenten die Tuberkulose-Erreger warteten. Die ornamentreiche Fassadengestaltung wurde in einer Epoche, als Freud die Träume zu analysieren begann, zu einem unbewussten Zeichen der Krankheit umgedeutet. Junge Architekten wollten nun nicht länger historistisch bauen, sie suchten nach neuen modernen und „gesunden“ Formen ohne Ornamente und Stilzitate.

Ein erster Schritt hin zu einer als gesund verstandenen Bauweise war die Re-

formarchitektur. In Berlin errichtete Hermann Muthesius Reformvillen, in Hamburg waren es neben anderen die Architekten Gebrüder Gerson, in Bremen Heinz Stoffregen. Bauten sollten wie natürlich aus dem Boden gewachsene Pilze erscheinen, möglichst einfach und natürlich gestaltet. Große Terrassen, Freitreppen zum Garten und Rankhilfen an den Fassaden wurden üblich.

Warten auf die Rehabilitation

Aus der schlichten Reformarchitektur entwickelte sich nach dem Ersten Weltkrieg eine klinisch reine Moderne mit weißen Fassaden, Fensterbändern und Flachdächern. Wenn man die Wohnsiedlungen des Neuen Bauens – in Berlin sind sie heute Weltkulturerbe – mit den alpenländischen Lungensanatorien vergleicht, dann sind die Ähnlichkeiten frappierend. Die bekanntesten Architekten der weißen Moderne waren Walter Gropius, Ludwig Mies van der Rohe oder Hans Scharoun.

Auch die Häuser des Neuen Bauens, ab den 1930er Jahren auch „International Style“ genannt, waren zur Sonne ausgerichtet, sie boten allen Bewohnern Terrassen, Balkone oder Dachgärten, die Innenausstattung war in der Regel karg und hygienisch. Abwaschbare Linoleumböden, Stahlrohrmöbel waren die Regel.

Nach 1945 wurde diese Architektur, die aus den Sanatorien kam, weltweiter Standard – und ist in ihrer Klarheit und Reinheit bis heute Vorbild für die aktuelle Architektur. Daran haben auch die Entdeckung des Penicillins und das Ende der Angst vor dem Bakterium nicht mehr ändern können, die kulturelle Änderung hatte sich eingeschlichen.

Die Angst vor der Tuberkulose war die Basis der Moderne. Gleichzeitig hat die Angst vor der Tuberkulose die dekorative unbeschwertere Architektur des 19. Jahrhunderts abrupt abgelöst, eine Architektur, die bis 1900 schönere Stadträume geschaffen hatte, als es die Moderne je vermocht hat. Der Historismus, ab 1900 als krankmachend diffamiert, wartet bis heute auf eine Rehabilitation.

SIMONE SIGNORET

Charakter vor Schönheit

„Könnte ich die Zeit zurückdrehen, würde ich dasselbe wieder machen. Und zwar genau so. Mit allen Fehlern, Erfolgen. Alles“, sagte Simone Signoret. Man nimmt es ihr ab. Denn im Leben wie im Spiel gab sich Signoret kompromisslos authentisch. Vielleicht gerade deshalb, weil sie nie eine Schauspielschule besucht hat. In ihrer Jugend von hinreißender Schönheit, verweigerte sie sich später jedem Klischee, stemmte sich gegen das Ideal „ewiger“ Beauté, akzeptierte es zu altern, feierte als reife Frau Triumphe und ging als vielseitige Charakter-Darstellerin in die Filmgeschichte ein.

Als Simone Henriette Charlotte Kaminker wurde sie als Tochter eines Vaters mit polnisch-jüdischen Wurzeln vor 100 Jahren, am 25. März 1921, geboren. Um sich als Halbjüdin vor deutschen Besatzern in Frankreich zu schützen, nahm sie den Mädchennamen ihrer Mutter „Signoret“ an.

Zum Film kam sie zufällig. „Eines Tages überquerte ich die Seine“, so Signoret, „und geriet – Gott sei Dank – ins Café de Flore. Auf den Bänken dieses Cafés hat alles angefangen.“ Ins Café de Flore, legendärer Treffpunkt der Pariser Bohème von Sartre bis Picasso, Simone de Beauvoir bis Hemingway, zog es selbst Karl Lagerfeld. Durch die Freunde vom Flore wurde Signoret mit 20 Jahren Komparsin beim Film, bis Regisseur Yves Allégret – der auch einige Mairagret-Romane verfilmen sollte – sie entdeckte. 1948 heirateten sie. Ihre Tochter Cathérine wurde ebenfalls Schauspielerin.



Vor 100 Jahren geboren: Signoret 1980 in dem Film „Chère inconnue“

Als Signoret Yves Montand begegnete, zerbrach die Ehe. Beide heirateten 1951 und lebten bis zu Signorets Tod 1985 zusammen. Das Paar verband mehr als der Beruf. Lange gehörte es zu Frankreichs prominentesten Linksintellektuellen. „Im Film wie in der Wirklichkeit stand sie als Kämpferin gegen die Verletzung der Menschenrechte unter allen Regimen stets an der Spitze“, resümierte Frankreichs ehemaliger Kulturminister Jack Lang.

Signoret drehte rund 50 Filme in 40 Jahren. Gleich ihre erste Hauptrolle 1946 als Prostituierte Gisèle in Marcel Blistènes „Zur roten Laterne“ wurde mit dem Prix Suzanne Bianchetti belohnt. Doch erst 1952 gelang ihr an der Seite von Serge Reggiani als laszive Schönheit in Beckers „Goldhelm“ der Durchbruch zum Leinwandstar. 1957 zeichnete sie die britische Filmakademie als „Beste Schauspielerin“ aus.

Drei Jahre später erhielt sie für die Rolle der unglücklich verheirateten Alice Aisgill im Drama „Der Weg nach oben“ einen Oscar als beste Hauptdarstellerin, 1978 einen César für „Madame Rosa“, eine ehemalige Prostituierte, die verlassene Kinder von anderen Dirnen betreut. Helga Schmechagen

SCHNELLER BRÜTER

Das AKW
Kalkar ging nie
in Betrieb

„Schnelle Brüter“ heißen Kernreaktoren, in denen nicht spaltbares Material in spaltbares umgewandelt wird, das dann als Kernbrennstoff dient. Daran sind auch schnelle Neutronen betei-



Verkündete vor 30 Jahren das Aus:
Bundesminister Heinz Riesenhuber

ligt. Atommeiler dieses Typs benötigen kein künstlich angereichertes Uran und erlauben eine 50 Mal effizientere Nutzung des in der Natur vorkommenden Elements als andere Reaktortypen. Da die alte, westdeutsche Bundesrepublik im Gegensatz zur DDR nur über geringe Vorkommen an Uranerz verfügte, strebte die westdeutsche Energiewirtschaft Anfang der 1970er Jahre danach, einen solchen Brutreaktor zur Stromerzeugung zu errichten, um zukünftige Uranimporte unnötig zu machen. Diese innovative kerntechnische Anlage sollte im nordrhein-westfälischen, einstmals preußischen Kalkar am unteren Niederrhein entstehen.

Der Auftrag zum Bau des Schnellen Brütters SNR-300 mit geplanten 327 Megawatt Leistung ging an die Siemens-Tochter Interatom GmbH in Bergisch Gladbach. Die Kosten wurden zunächst mit 1,8 Milliarden D-Mark veranschlagt.

Das Projekt stieß von Anfang an auf Widerstand, denn Brutreaktoren galten als vergleichsweise unsicher und produzierten das hochgiftige und außerdem kernwaffentaugliche Plutonium. Deshalb gab es bald nach der Grundsteinlegung am 25. April 1973 erste große Protestdemonstrationen.

Infolge des schweren Reaktorunfalls im Kernkraftwerk Three Mile Island im amerikanischen Harrisburg am 28. März 1979 wuchsen die Bedenken schlagartig. Daraus resultierten Verfassungsbeschwerden, diverse Baustopps sowie immer neue behördliche Sicherheitsauflagen, welche die Kosten explodieren ließen. Am Ende beliefen diese sich auf rund sieben Milliarden D-Mark.

1985 war der Schnelle Brüter schließlich trotzdem fertiggestellt. Jedoch verweigerte das von einer Koalition aus SPD und FDP regierte Nordrhein-Westfalen nun die Erteilung der Betriebsgenehmigung.

Damals geschah das noch gegen den erklärten Willen der bürgerlichen Regierung in Bonn. Im April 1986 ereignete sich indes die Atomkatastrophe von Tschernobyl. Durch sie kippte letztlich auch die Stimmung im Bund.

Allerdings dauerte es noch bis zum 21. März 1991, ehe der Minister für Forschung und Technologie Heinz Riesenhuber (CDU) das Aus für den SNR-300 in Kalkar verkündete und Deutschland damit eine der größten Investitionsruinen aller Zeiten bescherte.

Wolfgang Kaufmann

FRIEDEN VON VERSAILLES

Als Oberschlesien
geteilt wurde

Nach West- und Ostpreußen fand vor 100 Jahren auch in Schlesien eine Volksabstimmung statt. Obwohl für Deutschland votiert wurde, erhielt Polen das oberschlesische Industrieviertel

VON ERIK LOMMATZSCH

In einem aus Oberschlesien und einem Teil Niederschlesiens bestehenden Abstimmungsgebiet war die Bevölkerung vor 100 Jahren aufgefordert zu bekunden, ob ihre Heimat weiterhin zum Deutschen Reich oder künftig zur Republik Polen gehören solle. Dies ergab sich aus den Festlegungen des Versailler Friedens nach dem Ersten Weltkrieg. Derartige Volksbefragungen waren zuvor bereits im westpreußischen Abstimmungsgebiet Marienwerder und im ostpreußischen Abstimmungsgebiet Allenstein erfolgt.

Bei einer Beteiligung von 97,2 Prozent der Abstimmungsberechtigten votierte am 20. März 1921 in Schlesien eine klare Mehrheit von 59,6 Prozent für einen Verbleib beim Reich. Lediglich 40,4 Prozent waren für einen Anschluss an Polen.

Das Abstimmungsgebiet blieb indes trotzdem nicht vollständig beim Reich, sondern wurde geteilt. Dabei erhielt Polen die flächenmäßig zwar kleineren, wirtschaftlich jedoch wesentlich bedeutenderen östlichen und südöstlichen Bereiche der Provinz Oberschlesien.

Französische Parteinahme für Polen

Zum Schaden der Deutschen spielten die Franzosen in Oberschlesien eine ungleich größere Rolle als in den west- und ostpreußischen Abstimmungsgebieten. Ab Anfang

1920, mit Inkrafttreten der Versailler Bestimmungen, war Oberschlesien besetzt worden, hauptsächlich von französischen Truppen, zu geringeren Teilen kam britisches und italienisches Militär hinzu. Im Februar dieses Jahres nahm die „Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission für Oberschlesien“ die Arbeit auf. Der Sitz war Oppeln, an der Spitze stand der französische General Henri Le Rond.

Bereits im August 1919 und im August 1920 war es dort zu Aufständen gekommen, die das Ziel verfolgten, die Provinz an Polen anzuschließen. Im Vorfeld der anstehenden Volksabstimmung wurde sowohl von deutscher als auch von polnischer Seite intensiv um Stimmen gekämpft. Dazu wurden erhebliche finanzielle Mittel aus den jeweiligen Staaten aufgebracht.

Das polnische Plebiszitkommissariat führte Wojciech Korfanty, einst Mitglied des Deutschen Reichstages, der nun für die polnische Sache und mithin den Anschluss Oberschlesiens an Polen eintrat. Er gilt auch als Organisator der Aufstände. Korfanty verfügte über 1000 Mitarbeiter. Sowohl mit Agitation als auch mit Terrormaßnahmen sollte die Bevölkerung im polnischen Sinne beeinflusst werden. Unter anderem wurde mit einer Bodenreform bei einem polnischen Abstimmungssieg geworben.

Als deutscher Kommissar wirkte der Verwaltungsjurist Kurt Urbanek. Er wurde dabei maßgeblich unterstützt vom

Zentrumspolitiker Hans Lukaschek, dem späteren ersten Vertriebenenminister der Bundesrepublik. Im Gegensatz zur polnischen Seite wurde auf der deutschen weniger mit sozialpolitischen Maßnahmen gelockt und mehr an das Nationalgefühl appelliert. Der Literaturnobelpreisträger Gerhart Hauptmann engagierte sich vehement im Abstimmungskampf, etwa mit seinem Appell „Für ein deutsches Oberschlesien“. Von nahezu allen Seiten räumte man im Reich dem Verbleib Oberschlesiens im deutschen Staatsgebiet einen äußerst hohen Stellenwert ein.

Nach der für Deutschland ausgefallenen Abstimmung, bei der sich auch viele Oberschlesier polnischer Muttersprache und wohl fast der gesamte jüdische Bevölkerungsteil zugunsten Deutschlands entschieden hatten, begann Anfang Mai 1921 abermals ein polnischer Aufstand. Während die französischen Besatzungstruppen dies begünstigten, duldeten die Briten die Organisation des deutschen Selbstschutzes. Freikorps erstürmten am 21. Mai 1921 erfolgreich den Annaberg. Damit schien auch militärisch die Entscheidung zugunsten der deutschen Seite gefallen. Ausschlaggebend für die künftige Zugehörigkeit Oberschlesiens war indes Anderes.

In Berlin stand Reichskanzler Joseph Wirth unter Druck. Am 10. Mai 1921 hatte der Zentrumspolitiker das Amt übernommen. Er sah sich gezwungen, um Akzep-

tanz in der Bevölkerung für den von den Alliierten ausgearbeiteten sogenannten Londoner Zahlungsplan zu werben, der die Reparationen neu regelte. Die Kriegssieger drohten ultimativ für den Fall einer Zurückweisung des Plans mit der Besetzung des Ruhrgebietes. Um dem zu erwartenden Vorwurf aus der eigenen Bevölkerung, man betreibe Erfüllungspolitik, etwas entgegenzusetzen, hatte die Regierung Wirth sich mit dem Londoner Zahlungsplan nur unter der Bedingung einverstanden erklärt, dass das ganze Oberschlesien gemäß dem deutschen Abstimmungssieg beim Reich verbleibe.

Sturm auf den Annaberg

Die Versailler Regelung sah vor, dass man Oberschlesien auch teilen könne, gemäß der Verteilung der Stimmen in den jewei-

Abstimmungsergebnis

59,6 %

stimmten für einen Verbleib beim
Deutschen Reich, in absoluten
Zahlen: 707.393

40,4 %

stimmten für einen Wechsel zur
Republik Polen, in absoluten
Zahlen: 479.365

97,2 %

Abstimmungsbeteiligung, in
absoluten Zahlen: 1.186.758 von
1.220.979

ligen Gebieten. Nun gab es in den östlichen und südöstlichen Bereichen tatsächlich polnische Mehrheiten. Da die Alliierten untereinander keine Einigung finden konnten, wurde die Aufgabe dem 1920 geschaffenen Völkerbund überantwortet. Dieser wiederum betraute einen Unterausschuss mit der Angelegenheit. Dort befassten sich Vertreter Chinas, Brasiliens, Spaniens und Belgiens mit der Frage der Teilung Oberschlesiens. Eine sich an den jeweiligen Mehrheitsverhältnissen orientierende Grenzlinie wurde vorgeschlagen. Am 20. Oktober gaben die Alliierten die Annahme der Völkerbundempfehlung bekannt. Bei der Teilung wurden bedeutende Industriestädte wie Kattowitz und Königshütte, die für sich genommen für das Reich gestimmt hatten, zu Polen geschlagen. 90 Prozent der oberschlesischen Kohle sowie sämtliche Zink-, Blei- und Silberhütten wurden auf diese Weise polnisch, eine Fläche von über 3000 Quadratkilometern mit etwa einer Million Einwohnern.

Der Verlust der Gebiete lastete schwer auf Reichskanzler Wirth, der zum 22. Oktober zurücktrat – jedoch wenig später sein eigener Nachfolger wurde. Bereits vier Tage nach seinem Rücktritt bildete er eine neue Regierung. Ein anderer Kanzler, andere Mehrheiten waren nicht zu finden. Der Historiker Hagen Schulze urteilte: „Es war ausgegangen wie immer: man hatte große Worte ausgesprochen und war zu schwach gewesen, sie in die Tat umzusetzen. Die demokratischen Kräfte in Deutschland hatten eine weitere Demütigung erlitten, sie hatten in den Augen der Republikgegner einmal mehr ihre nationale Unzuverlässigkeit bewiesen.“

● Das **Oberschlesische Landesmuseum**, Bahnhofstraße 62, 40883 Ratingen (Hösel), Telefon (02102) 9650, E-Mail: info@oslm.de zeigt bis zum Jahresende die Sonderausstellung „Polen oder Deutschland? Oberschlesien am Scheideweg. Zum 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien“. Die (digitale) Eröffnung findet diesen Sonnabend statt.



„Oberschlesier auf zur Abstimmung am 20. März“: Jugendliche plakatieren Aufrufe zur Abstimmungsteilnahme

Foto: pa

GRIECHENLAND

Wie es zur Unabhängigkeit kam

Vor 200 Jahren begann der Aufstand, an dessen Ende mit ausländischer Hilfe die Gründung eines eigenen Nationalstaates stand

VON BODO BOST

Nach der Eroberung von Byzanz an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit hatte jahrhundertlanges Unterdrückung durch die Osmanen die einst stolzen Hellenen zu einem Volk von Analphabeten werden lassen. Die Osmanen hatten diesen Zustand sogar mit griechischer Hilfe, mit Unterstützung des Patriarchen von Konstantinopel und einer Gruppe von privilegierten adeligen sogenannten Phanarioten, welche die christlichen Balkanvölker als Agenten der Osmanen unterjochten, erreicht.

Seit der Französischen Revolution von 1789 hatte dann ein reges Interesse

Einwohner dieser neuen Stadt waren neben Deutschen und Juden auch Griechen. In Odessa gründeten 1814 drei griechische Kaufleute die geheime Philiki Hetairia zur Befreiung der Balkanvölker von der osmanischen Herrschaft. Die Leitung der Vereinigung von Freunden, so die deutsche Übersetzung der Geheimorganisation, übernahm 1820 Alexander Ypsilantis. Der Grieche entstammte einer phanariotischen Familie und hatte im russischen Heer Karriere gemacht.

Im März 1821 zog er mit einem 450 Mann starken „heiligen Bataillon“ in die rumänischen Donaufürstentümer ein. Jedoch unterstützten die Rumänen, die unter den Phanarioten litten, Ypsilantis nicht. Ypsilantis' griechisches Freiwilli-

gertum fachte den Aufstandswillen der Griechen, die damals ein Viertel der osmanischen Bürger stellten, noch mehr an. Im Januar 1822 proklamierten die Griechen ihre Unabhängigkeit. Zwar gelang es dem Sultan noch im selben Jahr, den Aufstand bis auf die Stadt Messolongion und die ionischen Inseln niederzuschlagen, doch erhielten die Griechen nun zunehmend Hilfe von philhellenischen Freiwilligen aus vielen Ländern Europas, darunter der 6. Lord Byron, George Gordon Byron.

Unterstützung durch Großmächte

Als der Sultan 1826 seine Elitetruppen unter Muhammed Ali, dem Vizekönig von Ägypten, auf den Peloponnes schickte, kam es zu Massakern an Christen und Verwüstungen. Athen und Messolongion fielen wieder in die Hände der Osmanen. Nur Nauplio konnte sich halten. Der Krieg wurde zum Guerillakrieg mit immer mehr Freiwilligen aus Europa.

Schließlich schritt auch die internationale Gemeinschaft in Form dreier Großmächte ein. 1827 brachten Frankreich, Russland und Großbritannien den Osmanen in der Schlacht von Navarino (Pylos), der letzten großen Seeschlacht ausschließlich mit Segelschiffen, eine entscheidende Niederlage bei. Im selben Jahr wählte eine griechische Nationalversammlung mit Ioannis Kapodistrias einen Präsidenten, ganz in der Tradition der griechischen Stadtrepubliken. Dieser wurde indes bereits 1831 ermordet.

Zudem war für die internationale Gemeinschaft Griechenland nur als Monarchie denkbar. Da sich die Herrscherhäuser der Großmächte auch aus Gründen der Gleichgewichtspolitik gegenseitig missgönnten, Griechenlands zukünftigen Monarchen zu stellen, dieser aus Gründen der Legitimität aber aus dem Hochadel stammen sollte, bot sich ein Prinz aus den vielen deutschen Klein- und Mittelstaaten an. Ein Favorit war der Prinz Leopold Georg Christian Friedrich von Sachsen-Coburg-Saalfeld. Der zog jedoch den belgischen Thron vor. Stattdessen fiel die Wahl dann auf den Prinzen Otto von Bayern und damit auf einen Sohn des bayerischen Königs Ludwig I., einem der bedeutendsten Philhellenen. Da Bayern zwar keine Großmacht war, aber immerhin eine

Mittelmacht, erfolgte die Wahl nur unter der Auflage, dass es zu keiner Vereinigung Griechenlands mit Bayern komme. All dies regelte die internationale Gemeinschaft, sprich die in der Schlacht von Navarino siegreichen drei europäischen

auch der Nationalfeiertag Griechenlands. Es ist der 25. März, in Erinnerung an diesen Tag des Jahres 1821. An jenem Tag segnete der Metropolit Germanos von Patras im nahe Kalavrita gelegenen Kloster Agía Lávrá die Fahne der Widerstandskämpfer. In

Kurzporträts



Alexander Ypsilantis erlebte nach seiner Flucht nach Österreich den Rest seines Lebens dort. 1906 wurden seine Gebeine nach Griechenland überführt.



Der britische Dichter **Lord Byron** war ein wesentlicher Vertreter der englischen Romantik. Der Philhellene starb 1824 im griechischen Messolongi



Die Regentschaft des ersten griechischen Königs **Otto** wurde 1862 durch einen Putsch beendet. Er kehrte nach Bayern zurück, wo er 1867 starb

an der Aufklärung und an der Antike Griechenland wieder in den Blickpunkt Europas gerückt. Eine Welle der philhellenischen Sympathie, getragen von den Medien der Zeit wie dem Theater, der Literatur oder der Malerei, schwappte durch Europa. Auf der Suche nach den Wurzeln der europäischen Zivilisation strömten Reisende in Scharen ins Osmanische Reich.

Unterstützung durch Freiwillige

Die Grundlagen für die Freiheit Griechenlands wurden aber durch die russische Zarin Katharina die Große gelegt, indem sie 1794 am Schwarzen Meer Odessa gründen ließ. Ein Großteil der

genheer wurde schließlich von den osmanischen Streitkräften aufgerieben. Ypsilantis selber konnte sich nur durch die Flucht nach Österreich retten.

Noch vor Ypsilantis' Niederlage hatte Sultan Mahmud II. vom orthodoxen Patriarchen von Konstantinopel als dem Oberhaupt aller orthodoxen Christen den Bannfluch über Ypsilantis und die griechischen Bischöfe, die den Aufstand unterstützten, verlangt. Obwohl der Patriarch Gregorius den Bannfluch sprach, wurde er auf Geheiß des Sultans am Ostersonntag 1821 verhaftet und mit fünf griechischen Geistlichen am Portal der Phanarkathedrale in Konstantinopel gedemütigt und aufgehängt.

FRIEDRICH FERDINAND ALEXANDER ZU DOHNA-SCHLOBITTEN

Organisator der Volksbewaffnung in den Befreiungskriegen

Der Verbindungsmann der ostpreußischen Landstände zu Yorck von Wartenburg kam vor 250 Jahren in Westpreußen zur Welt

Friedrich Ferdinand Alexander Burggraf und Graf zu Dohna-Schlobitten gehörte einer der bekanntesten ostpreußischen Familien an und war einer ihrer bedeutendsten Angehörigen. Historische Bedeutung gewann er in der Franzosenzeit im Allgemeinen und beim Seitenwechsel Preußens zwischen dem gescheiterten Russlandfeldzug Napoleons und dem Beginn der Befreiungskriege im Besonderen.

Wenn der vor 250 Jahren, am 29. März 1771, auf Schloss Finckenstein in Westpreußen geborene Dohna-Schlobitten auch einer Offiziersfamilie entstammte, so schlug er doch eine zivile Karriere ein. Nach einem Studium der Kameralistik (Finanzwissenschaften) in Frankfurt an der Oder und Göttingen besuchte er im republikanischen Hamburg eine Handelsschule. Allerdings wahrte er zumindest insoweit die Tradition, als auch er den Staatsdienst wählte. In ihm machte er Karriere.

Wenn Dohna-Schlobitten auch nicht im engeren Sinne zu den preußischen Reformern zu zählen ist, so hatte er doch mit diversen Kontakt. Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein wurde auf ihn aufmerksam und bewirkte, dass dieser nach seinem Rücktritt 1808 sein Nachfolger als Innenminister wurde. In dieser Funktion unterstützte Steins Nachfolger einen anderen preußischen Reformen, Wilhelm von Humboldt, bei dessen Gründung der heutigen Humboldt-Universität zu Berlin im Jahre 1810.

Probleme hatte Dohna-Schlobitten indes mit einem anderen preußischen Reformen, Karl August von Hardenberg, dessen Führungsstil ihm zu autoritär war. Nachdem Hardenberg 1810 zum Staatskanzler ernannt worden war, demissionierte Dohna-Schlobitten und zog sich auf seine Güter in Ostpreußen zurück.



Friedrich Ferdinand Alexander zu Dohna-Schlobitten Foto: Wikimedia

Dort trug er nach der Konvention von Tauroggen maßgeblich zur Erhebung der Provinz gegen die französische Fremdherrschaft bei. Beim Zustandekommen der ostpreußischen Landesversammlung vom 5. bis zum 9. Februar 1813 in Königsberg spielte er ebenso eine wichtige Rolle wie bei deren Verlauf. Er war der Hauptverbindungsmann der Versammlung zu Ludwig Yorck von Wartenburg. Der von der Versammlung angenommene Entwurf einer Landwehrordnung stammte maßgeblich von ihm und Carl von Clausewitz. Ihn wählte die Versammlung zum Vorsitzenden der Generalkommission für die Volksbewaffnung. Ohne Verzug begann er mit der Organisation der Landwehr.

Sein zaudernder König, der lieber länger am Bündnis mit Napoleon festgehalten hätte, sah sich angesichts der landesweiten antinapoleonischen Auf-

bruchsstimmung genötigt, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Er legitimierte die Entscheidungen der Landesversammlung nachträglich und ernannte Dohna-Schlobitten darüber hinaus zum Zivilgouverneur für Preußen östlich der Weichsel. Die von Stein vorgeschlagene Rückkehr ins Ministerium unterblieb, da Hardenberg immer noch Staatskanzler war.

Nach den Befreiungskriegen erging es Dohna-Schlobitten wie so vielen prominenten preußischen Reformern und Befreiungskriegern. In der Zeit der Reaktion wurde er formal geehrt, aber politisch kaltgestellt. Nach dem Verlust des Zivilgouverneuramtes durch Aufhebung zog sich der bekennende Gegner der Karlsbader Beschlüsse nach Schlobitten zurück. Am 21. März 1831 starb er in der Provinzhauptstadt Königsberg.

Manuel Ruoff



„Bischof Germanos von Patras weiht die Fahne des Freiheitskampfes“. Ölgemälde von Theodoros Vryzakis aus dem Jahre 1865 Foto: National Gallery of Athens

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wenn Fernsehsender oder Zeitungen hierzulande verkünden, die „Mehrheit der Deutschen“ finde etwas gut oder schlecht, dann wird zumeist darauf verwiesen, dass diese Aussage das Ergebnis von repräsentativen Umfragen sei. Damit soll Seriosität signalisiert werden. Tatsächlich ist „Repräsentativität“ aber alles andere als ein verlässliches Qualitätssiegel. Denn der Begriff muss immer dann erhalten, wenn statistische Daten fehlen, und steht faktisch für die Auswahl und Befragung von einigen wenigen Personen stellvertretend für die Masse aller Deutschen.

So greift das ZDF-Politbarometer nur auf eine Stichprobe von reichlich 1000 Wahlberechtigten zurück, wenn es zeigen will, was die reichlich 60 Millionen potentiellen Wähler hierzulande denken. Dabei hat eine solche Methode durchaus ihre theoretische Berechtigung – sofern sie richtig angewandt wird. Brauchbare Stichproben vermitteln ein möglichst genaues Abbild der Grundgesamtheit, also in diesem Falle der deutschen Wähler, im Hinblick auf sämtliche Merkmale, welche für die Fragestellung von Belang sind. Wenn die Wählerschaft also beispielsweise zu 51 Prozent aus Frauen und zu 49 Prozent aus Männern besteht, dann muss das Verhältnis in der Stichprobe auch 51 zu 49 betragen. Das gilt ebenso für sämtliche wichtigen demographischen Merkmale.

In der Realität werden jedoch in aller Regel einfache Zufallsstichproben gezogen, bei denen die Repräsentativität allein dadurch zustandekommen soll, dass jeder Wahlberechtigte theoretisch die gleiche Chance hat, an der Befragung teilzunehmen. Beispielsweise, indem er bei einem Anruf im Anschluss an die computergestützte Erzeugung von Telefonnummern bereit ist, über seine Impfbereitschaft Auskunft zu geben.

PEW Research hegt ernste Zweifel

Aber das birgt vielerlei Tücken: Wer zum Zeitpunkt des Anrufs arbeitet, im Krankenhaus liegt oder beim Einkaufen ist, fällt aus. So wie auch die Obdachlosen und Taubstummen. Wer im Gefängnis sitzt oder seine Telefonrechnungen längere Zeit nicht bezahlt hat, scheidet ebenfalls aus. Und diejenigen, welche bei unerwünschten Anrufen Wutanfälle bekommen und auflegen, sowieso ... Damit sinkt die sogenannte „Ausschöpfungsquote“ bei den zufällig Ausgewählten, die idealerweise 100 Prozent betragen sollte, um wenigstens zu einer Repräsentativität Zweiter Klasse zu kommen, auf unter zehn Prozent. Das ergaben Untersuchungen wie die des PEW Research Center in Washington.



Verschwindend kleine Zahl von Befragten: Mitarbeiterinnen bei der Telefonumfrage

Foto: pa

UMFRAGEN

Von wegen „repräsentativ“

Institute für Meinungsforschung suggerieren, sie könnten ein fast genaues Bild über die Stimmung im Volk ermitteln – In Wahrheit ist ihre Datengrundlage sehr dünn und oft beinahe willkürlich

Um das Manko der geringeren Aussagebereitschaft oder -fähigkeit bestimmter Personengruppen zu kompensieren, werden dann die von den Vertretern dieser Gruppen tatsächlich getätigten Aussagen statistisch so aufbereitet, dass sie größeres Gewicht erhalten. Wenn also 21 Prozent der Deutschen über 65 Jahre alt sind, aber nur 16 Prozent der Umfrageteilnehmer dieses Alter erreicht haben, dann werden die Antworten der Letzteren nicht mit dem Faktor Eins gewichtet, sondern mit Eins Komma irgendetwas, damit die Relationen wieder „stimmen“.

Probleme gibt es aber auch alleine schon wegen der Natur des Zufalls an sich. Angenommen, in einer Grundgesamtheit sind die Vertreter einer bestimmten Meinung mit genau 50 Prozent vertreten. Dann müsste eine repräsentative Zufallsstichprobe mit 100 Probanden, bei der keinerlei Gewichtung nötig wäre, jeweils 50 Personen mit dieser Meinung und 50 Personen mit einer anderen enthalten. Tatsächlich jedoch ergibt sich an-

hand der Wahrscheinlichkeitsrechnung, dass dies nur für acht Prozent der Zufallsstichproben zutrifft. Die anderen 92 Prozent weisen dahingegen keine exakte 50-zu-50-Verteilung auf!

Problem der Mehrfach-Voten

Und auch große Stichproben, welche statistisch gesehen vorteilhafter sind, führen nicht automatisch zu genaueren Ergebnissen. Ein Beispiel hierfür ist das sogenannte Literary-Digest-Desaster aus dem Jahre 1936. Damals scheiterte das US-Magazin „Literary Digest“ trotz eines Stichprobenumfanges von 2,4 Millionen Personen bei der Prognose des Ergebnisses der Präsidentschaftswahlen, während George Gallup mit seinen 50.000 Interviewten richtig lag.

Doch damit nicht genug. In jüngster Zeit erfreuen sich Online-Befragungen immer größerer Beliebtheit. Bei denen sind noch weitere Verzerrungen möglich. Oft fehlen beispielsweise technische Vorkehrungen gegen Mehrfachabstimmun-

gen. So beschwerte sich ein Leser des „Münchner Merkur“ beim Deutschen Presserat, weil die Zeitung es ihm ermöglicht hatte, bei einer Befragung 192 Mal hintereinander zu votieren.

Ein großes Problem bringt darüber hinaus die Selbstselektion der Probanden mit sich. Von Zufallsauswahl kann keine Rede mehr sein, wenn sich bestimmte Personen immer wieder freiwillig danach drängen, an Online-Umfragen teilzunehmen, um ihrer Meinung Gewicht zu verleihen, während andere – die vielleicht sogar die Mehrheit darstellen – kaum Lust oder Zeit für so etwas haben. Oder kein Internet.

Ein Ausweg aus dem Dilemma könnte die konsequente Quotenauswahl sein, bei der die Grundgesamtheit der Bevölkerung anhand sämtlicher relevanter demographischer Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildung, Beruf, Einkommen, Wohnort und so weiter auf akribische Weise im Kleinen nachgebildet wird. Das ist jedoch teuer und aufwendig – zudem können sich

bei der Festlegung der Merkmale wieder neue Fehlermöglichkeiten auftun. Darüber hinaus besteht bei Umfragen in schriftlicher Form oder via Internet trotzdem noch das Problem der ungeklärten Identitäten: Wer garantiert, dass die antwortende Person tatsächlich diejenige ist, welche man aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kategorie der Bevölkerung ausgewählt hat?

Deshalb bleibt es dann eben zumeist bei der bisherigen Verfahrensweise: Wenn also beispielsweise von 1262 Befragten beim ZDF-Politbarometer 846 äußern, sich gegen Corona impfen lassen zu wollen, dann spricht hier nicht – wie behauptet – eine 67-Prozent-Mehrheit der Wahlberechtigten, sondern genau betrachtet nur eine zusammengewürfelte Minderheit von lediglich 0,00137 Prozent. Aus diesem Grunde fordert der ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute, die Medien sollten die Bezeichnung „repräsentativ“ entweder korrekt verwenden oder vermeiden.

AUSLANDSEINSÄTZE

Nichtwissen macht auch nichts

Linkspartei-Chefin Hennig-Wellsow fordert den Abzug der Bundeswehr – weiß aber nicht, von wo

Erst Ende Februar hatte die Linkspartei Susanne Hennig-Wellsow und die Radikal-Marxistin Janine Wissler zu neuen Vorsitzenden gewählt, um mit ihnen in den Bundestagswahlkampf zu ziehen. Während Wissler noch gut 90 Prozent bekam, erhielt Hennig-Wellsow nur magere 70 Prozent. Warum, wurde jetzt bereits klar, denn die ehemalige Leistungssportlerin aus Thüringen offenbarte riesige Wissenslücken, was die Fundamente der Politik betrifft.

In einer Youtube-Runde mit dem Journalisten Tilo Jung in dessen Format „Jung&Naiv“ wusste sie zwar noch, dass die Linkspartei Kampfeinsätze deutscher Soldaten im Ausland weitgehend ablehnt, was die neue Chefin auch gerne wieder-

holte, aber an welchen Kampfeinsätzen die Bundeswehr zurzeit beteiligt ist, konnte sie auch nach mehrmaligen Nachfragen von Jung nicht sagen. Die Szene aus dem Interview veröffentlichte Jung in einem Videoclip im Netz. Mit Ach und Mühe konnte Hennig-Wellsow dann zwar noch Afghanistan nennen, das Thema ist ja alle zwei Tage in den Nachrichten, aber beim zweiten Kampfeinsatz, immerhin hatte sie in der Pluralform gesprochen, da hakte es bei ihr schon wieder.

Von Mali noch nichts gehört

Plötzlich kam ihr Somalia in den Sinn, so unerwartet wie ihr hingeworfener Blumenstrauß vor Thomas Kemmerich (FDP) zu dessen Wahl zum Thüringer Mi-

nisterpräsidenten. Nur leider ist das Bundeswehregagement vor der Küste des ostafrikanischen Landes kein Kampfeinsatz, das erkannte sie erst beim zweiten Nachdenken. Vom Kampfeinsatz der Bundeswehr in Mali hatte die neue Vorsitzende der Linkspartei offenbar noch nichts gehört, der ist ja erst fünf Jahre alt.

Am Ende offenbarte die offenbar extrem genervte Parteichefin dann noch ihren neuen Führungsstil, als sie sagte, die Kampfeinsätze müssten auf jeden Fall beendet werden, auch wenn sie nicht wüsste, wo sie stattfinden. Das erinnerte etwas an Rudolf Scharping, der einmal im Bundestag Netto und Brutto durcheinanderbrachte, ohne es zu merken. Auch Grünen-Chef Robert Habeck hat bereits

mehrmals Wissenslücken offenbart, allerdings bei etwas weniger wichtigen Politikfeldern.

Abfuhr für Pragmatiker

Die Ahnungslosigkeit der Parteichefin Hennig-Wellsow bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist von besonderer Schwere, immerhin ging es dabei um das Erkennungszeichen linker Außenpolitik. Das Thema Auslandseinsätze hatte auf dem Parteitag kurz zuvor sogar eine zentrale Rolle gespielt. Der frühere Bundesgeschäftsführer der Partei, Matthias Höhn, forderte dabei einen pragmatischen Kurs und wurde deswegen nicht zum Parteivize gewählt. Das war eine Niederlage für jene Genossen, die nach Regierungsbetei-

ligung streben und die Hennig-Wellsow doch anführen möchte.

Umso rätselhafter sind die Wissenslücken der neuen Parteichefin in dieser Frage. Entweder hat sie geschlafen oder einfach alles wieder vergessen. Wenn es kein Blackout war, so war es intellektuelle Schlampigkeit. Die Linksparteireformer, die Hennig-Wellsow angeblich vertritt, haben das Thema Auslandseinsätze schon öfters nicht ernst genug genommen und dadurch die Grünen in die Zusammenarbeit mit der Union getrieben. An anderer Stelle hat Hennig-Wellsow in den vergangenen drei Wochen kaum eine Gelegenheit ausgelassen, für eine Regierungsbeilegung ihrer Partei auf Bundesebene zu werben. *Bodo Bost*



TOURISTENMAGNET NORDOSTPREUSSEN

Kurische Nehrung statt Mallorca

Zwei Millionen Besucher erwartet – Das Königsberger Gebiet profitiert von den geschlossenen Grenzen

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

In der diesjährigen Reisesaison erwartet das Königsberger Gebiet einen Rekord von geschätzten zwei Millionen Touristen. Im ersten Quartal dieses Jahres lag die Zahl der Buchungen für Flüge von Moskau nach Königsberg um sieben bis acht Prozent über der des Vorjahreszeitraums. Experten rechnen mit einem weiteren Anstieg auf 15 bis 20 Prozent. Dabei hatte die Tourismusindustrie der Region 2020 schon von den Grenzschließungen profitiert.

Gastronomen und Hotelbesitzer berichteten, dass viele Touristen deutlich mehr Geld ausgegeben hatten als früher. Das ist nicht zuletzt auf den Anteil reicher Russen unter den Reisenden zurückzuführen, die früher nur zu den prestigeträchtigen Urlaubsorten am Mittelmeer geflogen sind und das nördliche Ostpreußen als Urlaubsziel nicht im Visier hatten.

Neben Touristen aus der Russischen Föderation fahren auch viele Bewohner der Region an die Ostsee, die wegen der geschlossenen Grenzen nicht mehr übers Wochenende ins benachbarte Danzig, Zoppot oder nach Litauen reisen können. An den ersten sonnigen und warmen Februartagen bewegte sich ein riesiger Menschenstrom ans Meer. Alle Cafés und Restaurants waren gut besucht, auf der Promenade und in den Parks tummelten sich Menschenmassen.

Am Kontrollpunkt zum Nationalpark Kurische Nehrung bildeten sich Staus wie in der Sommersaison. Die Nationalparkverwaltung musste feststellen, dass die Erhöhung der Eintrittspreise den Zustrom an Autos nicht verringert hat. Um den für die Sommersaison erwarteten Verkehrsinfarkt einzudämmen, erwägt die Leitung des Naturschutzgebiets, den Preis für die Zufahrt auf umgerechnet rund 17 Euro pro Fahrzeug zu erhöhen. Zurzeit gibt es 1100 Parkplätze auf dem russischen Teil der Kurischen Nehrung, davon 600 in den Gemeinden Rossitten, Sarkau und Pillkopen. Die Zahl der organisierten Bustouren soll nicht begrenzt



Reiseunternehmen setzen auf historisch Interessierte: Stadtführung in Königsberg

Foto: J.T.

werden. Vor Kurzem hat das regionale Ministerium für Kultur und Tourismus mit dem Flughafen Powunden [Chrabrowo] einen Vertrag über umgerechnet 10.000 Euro für die Platzierung eines großformatigen Werbebanners im Flughafengebäude abgeschlossen, das bis zum 15. Dezember Bilder von den Sehenswürdigkeiten und Reisezielen der Region zeigt.

Werbung am Flughafen

Generell haben die regionalen Behörden in letzter Zeit auf verschiedene neue Formen der Werbung zurückgegriffen, um noch mehr Touristen in die Exklave zu locken. So organisiert das regionale Tourismusinformationszentrum regelmäßig Reisen für Vertreter der Tourismusbranche zu verschiedenen Ausstellungen und Veranstaltungen, um die Sehenswürdigkeiten der Region zu bewerben.

Außerdem denken die Behörden über die Entwicklung einer Anwendung für

Mobiltelefone nach. Die App „Go Kaliningrad“ soll das Konsumverhalten der Touristen steuern und sie zu den Sehenswürdigkeiten im nördlichen Ostpreußen navigieren. Für die Entwicklung der App wurden umgerechnet 345.000 Euro bereitgestellt.

Während das regionale Tourismusministerium über die Reize der zukünftigen mobilen Anwendung spricht, hat der größte Online-Kleinanzeigendienst „Avito“ bereits eine auffällige und einprägsame Anzeige über die Reize der Region veröffentlicht. Laut dem Online-Dienst belegt das Königsberger Gebiet den zweiten Platz unter den Reisezielen der Russen in Zeiten geschlossener Grenzen hinter St. Petersburg, das außer Konkurrenz steht.

In einem aussagekräftigen Text wird Königsberg als europäische Stadt mit reichem historischen Erbe dargestellt wird. „Königsberg“, so heißt es, habe „den her-

Charme des alten Preußens bewahrt“. Das Portal wirbt mit „Backsteinkirchen, Fachwerkfassaden sowie die leckersten Königsberger Klopse und dem leckersten Marzipan der Welt. Es lohnt sich auf jeden Fall, das Schloss Königsberg zu besuchen, das einst dem Deutschen Ritterorden gehörte“. Touristen gelingt es vielleicht, in ein paar Klopse oder Marzipan zu beißen, aber das reale Schloss zu besichtigen, dürfte eine unlösbare Aufgabe sein.

Die preußische Geschichte weckt das Interesse vieler Reiseveranstalter, und die regionalen Behörden betonen die ungewöhnliche Geschichte in ihren Werbeaktivitäten. Die Aura einer europäischen Stadt, die sich von einer typischen Stadt Russlands unterscheidet, zieht auch russische Touristen nach Königsberg. Allerdings sind sie oft enttäuscht, denn vieles von dem, was ihnen in den Reiseführern versprochen wird, existiert nur in Erzählungen – etwa das zerstörte Schloss.

MELDUNGEN

Wisente in der Rominter Heide

Rominten – Eine Herde von Wisenten wird in der Rominter Heide angesiedelt. Die Tiere kommen aus anderen Waldgebieten. Zu Beginn wird die Herde neun Exemplare umfassen. Die Wisente würden aus Borken, Forst und aus dem Knyszyn Wald (Bezirk Białystok) nach Rominten transportiert, sagte Jaroslaw Krawczyk, der Pressesprecher der Regionaldirektion für Wälder aus Białystok. Aus Borken, Forst kommen vier Wisente und aus dem Knyszyn Wald fünf Tiere. Die Wisente wurden bereits gefangen und warten auf die Überführung in ihre neue Heimat. Nach ihrer Ankunft werden sie zunächst in einem umzäunten Raum leben und erst, nachdem sie sich akklimatisiert haben, in die Freiheit entlassen. Das wird Mitte April der Fall sein. PAZ

Bäder werden ausgebaut

Heinrichswalde – Das Schwimmbad in Heinrichswalde ist bei Bewohnern des östlichen Teils der Königsberger Exklave sehr beliebt. Deshalb sollen im Rahmen eines Haushaltsprogramms mit einem Volumen von umgerechnet rund 430.000 Euro zur Verbesserung von Freibädern in der Region das Becken des Bades in Ordnung gebracht, Zäune, Tore, Bänke, Kinderspielflächen und Umkleidekabinen renoviert sowie der Liegebereich verbessert werden. Neben einem Parkplatz für Busse und Pkws sollen ein Erholungsgebiet mit Lauben, Bänken und Müllbehältern rund um das Schwimmbad entstehen sowie Fahrradstellplätze eingerichtet und eine Informationstafel aufgestellt werden. Im Rahmen des Programms werden insgesamt zehn Projekte in sechs Gemeinden gefördert. Zu den Gewinnern zählen unter anderem Insterburg, Cranz und Tapiau sowie der Kreis Friedland. MRK

STRASSENBAHNAUSBAU

Umstrittene Baumfällarbeiten in Allenstein

Ökologen warnen vor den negativen Folgen für den städtischen Raum – Stadtpräsident sagte Neupflanzungen zu

Alenstein bereitet den Bau einer neuen Straßenbahnlinie vor. Dafür wurden 1500 Bäume gefällt. Die Abholzung erregt die Gemüter der Bewohner und Lokalpolitiker, vor allem, weil immer mehr Grün aus dem Stadtraum verschwindet und Flächen für den Bau von neuen Wohnblöcken genutzt werden.

Wie Ökologen betonen, produzieren Bäume Sauerstoff, befeuchten und reinigen die Luft und erleichtern die Wasserspeicherung. Grünanlagen haben auch eine klimatische Funktion, denn Parks und städtische Wälder reduzieren den Effekt der städtischen Wärmeinsel, der an heißen Sommertagen besonders belastend sein kann. Dann kann der Temperaturunterschied zwischen den Stadtzentren, in denen es relativ wenig Grün gibt, und den Vororten bis zu vier Grad Celsius erreichen. Der Stadtpräsident Piotr Grzymowicz kündigte an, dass bei der Errich-



Sie mussten der Straßenbahn weichen: Gefällte Bäume in Allenstein

Foto: D.K.

tung der geplanten Straßenbahnlinie neue Setzlinge gepflanzt würden.

„Ich habe erklärt, dass die Bäume, die im Zusammenhang mit den laufenden In-

vestitionen gefällt werden, im Verhältnis zwei zu eins kompensiert werden“, sagte Grzymowicz: „Das wird auch bei dieser Investition der Fall sein. Nach dem Kom-

pensierungsplan sollen zirka 2600 neue Baumarten, darunter Ahorne, Linden, Eichen sowie Birn- und Apfelbäume gepflanzt werden.“

Die Setzlinge sollen sowohl in der Stadtmitte als auch in verschiedenen Stadtvierteln auf unbebauten Flächen gepflanzt werden. Umweltpexperten kritisieren, dass die Funktion des Wasserrückhalts, der Luftkühlung und der Sauerstoffproduktion von großen, robusten Bäumen erfüllt würden. Um den Sauerstoff zu erhalten, den eine große Buche produziert, müssten etwa 1700 zehnjährige Buchensetzlinge gepflanzt werden.

Wie man erkennen kann, sorgt der Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Allenstein einerseits für komfortableres, schnelleres und effizienteres Reisen zwischen den Stadtteilen, andererseits trägt er aber auch zur Umweltbelastung bei. Wie in ähnlichen Situationen verbessern

Investitionen in den technologischen Fortschritt zwar den Lebenskomfort der Einwohner, greifen aber andererseits in die Natur ein und verändern sie dauerhaft, was nicht ohne Folgen für den Menschen bleibt.

Der Ausbau der Straßenbahninfrastruktur sieht die Errichtung von 13 neuen Haltestellen vor. Die Strecke wird in der Wilczyński-Strasse enden, wo sich eine vierspurige Endhaltestelle sowie ein Fahrradstellplatz und ein Parkplatz für 50 Autos befinden werden. Im weiteren Verlauf werden die Gleise entlang der Straßen Krasickiego und Synów Pułku sowie der Allee Wyszyńskiego und der Klebergerstraße verlegt, wo sie an der Kreuzung mit der Roonstraße an das bestehende Gleissystem angeschlossen werden. Die neue doppelgleisige Strecke wird sechs Kilometer lang und die Arbeiten sollen drei Jahre dauern. Dawid Kazanski

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Hombosch, Ottilie, geb. **Warda**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 21. März

ZUM 101. GEBURTSTAG

Baum, Margarete, geb. **Podworny**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 21. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Dzierma, Paul, aus Gollen, Kreis Lyck, am 23. März
Essmann, Erika, geb. **Godau**, aus Weischkitten, Kreis Fischhausen, am 20. März
Hamester, Käte, geb. **Rehberg**, aus Ludwigsort und Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 21. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Aschendorf, Herbert, aus Neuen-dorf, Kreis Lyck, am 24. März
Schwartz, Elfriede, geb. **Volk-mann**, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße 4, am 24. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Chedor, Hildegard, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 24. März
Kastner, Gertrud, aus Lyck, am 22. März
Schönwald, Erna, geb. **Donner**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. März
Schultz, Johannes, aus Lyck, am 20. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Gryzewski, Werner, aus Lyck, am 25. März
Habicht, Heinrich, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 22. März
Mertins, Karl-Heinz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. März
Schönfelder, Margot, aus Neuen-dorf, Kreis Lyck, am 22. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Geniffke, Irma, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. März
Kepp, Franz, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 24. März
König, Hildegard, geb. **Kaupat**, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 23. März

Naujok, Erna, geb. **Quedtnau**, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 22. März
Wolski, Walter, aus Mortung, Kreis Mohrunen, am 23. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Murach, Wilma, geb. **Arndt**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 24. März
Riedel, Hildegard, geb. **Gebert**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 22. März
Schmidt, Charlotte, geb. **Legien**, aus Rantau, Kreis Fischhausen, am 25. März
Schulewski, Ernst, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 24. März
Schulz, Kurt, aus Regeln, Kreis Lyck, am 20. März
Tödt, Irmgard, geb. **Niklas**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 19. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Grunwald, Annemarie, geb. **Schilter**, aus Saffronken, Kreis Neidenburg, am 21. März
Pawellek, Helene, geb. **Masanek**, aus Neidenburg, am 23. März
Rega, Ruth, geb. **Mrotzek**, aus Borken, Kreis Lyck, am 25. März
Reitz, Marta, geb. **Arbeiter**, aus Haselau, Kreis Heiligenbeil, am 20. März
Risch, Irmgard, geb. **Rutkowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 19. März
Schalk, Marianne, geb. **Tusk**, aus Rollnau, Kreis Mohrunen, am 23. März
Schäfer, Irmgard, geb. **Dickau**, aus Mohrunen, am 22. März
Schönfeld, Martha, geb. **Artis-schewski**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 24. März
Steinbrich, Hildegard, geb. **Kozziol**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 24. März
Stölger, Berthold, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 23. März
Tertel, Edith, geb. **Melchin**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Abbot, Ella, geb. **Rach**, aus Klein Wilmsdorf, Kreis Mohrunen, am 20. März
Bednarz, Ernst, aus Groß Jeruten, Kreis Ortelsburg, am 25. März
Bruss, Ruth Irmgard, geb. **Witzki**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 21. März
Dowedeit, Ursula, geb. **Hermann**, aus Lyck, Bismarckstraße 44, am 20. März
Fellner, Renate, geb. **Hoffmann**, aus Königsberg, am 20. März

Flade, Elfriede, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 22. März
Kallinowski, Manfred, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 25. März
Kosmann, Gerhard, aus Motitten, Kreis Mohrunen, am 25. März
Krusholz, Anneliese, geb. **Pudellek**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 22. März
Kulik, Kurt, aus Karlshöhe, Kreis Neidenburg, am 19. März
Lohmeyer, Ella, geb. **Elzner**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. März
Lotz, Irmgard, geb. **Tuttas**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 25. März
Maske, Hannelore, geb. **Kleist**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 19. März
Mengel, Maria, geb. **Friedel**, aus Lyck, am 24. März
Philipp, Willi, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 22. März
Sadlowski, Heinz, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 20. März
Scheffler, Heinz, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 24. März
Schimanski, Marlene Elisabeth, geb. **Rasenland**, aus Jablonken, Kreis Neidenburg, am 20. März
Schlüter, Bernd-Peter, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. März
Steinmeier, Brigitte, geb. **Rhode**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 22. März
Strüver, Ernst August, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 24. März
Torkler, Eleonore, aus Kobilinen, Kreis Lyck, am 19. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Burdinski, Elisabeth, geb. **Krzossa**, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 19. März
Degler, Grete, geb. **Schmidt**, aus Neidenburg, am 22. März
Didjurgeit, Günter, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 24. März
Fischer, Hildegard, geb. **Radmacher**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 19. März
Gusko, Waltraud, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 19. März
Huthmann, Helene, geb. **Schmeil**, aus Skirwieth, Kreis Heydekrug, am 21. März
Isselhorst, Martha, geb. **Spittka**, aus Groß Jeruten, Kreis Ortelsburg, am 22. März
Motzkus, Edeltraud, geb. **Taubert**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 20. März
Neumann, Alfred, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. März
Plotkowiak, Hedwig, geb. **Kipar**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 24. März
Rogait, Gerhard, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 21. März

Taschke, Fritz, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 24. März
Wachlin, Gerda, geb. **Altrock**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. März
Windmüller, Hannelore, geb. **Reitenbach**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 21. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Alex, Gerda, geb. **Engelke**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 22. März
Bannach, Wilhelm, aus Powunden, Kreis Fischhausen, am 24. März
Bee, Alice-Lotte, geb. **Embacher**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. März
Brandt, Lieselotte, geb. **Markewitz**, aus Lyck, von-Ludendorffstraße 2, am 19. März
Buchholz, Hannelore, aus Talfriede, Kreis Ebenrode, am 24. März
Friedebold, Helga, geb. **Müller**, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 19. März
Gruen, Hedwig, geb. **Bialluch**, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 22. März
Kalisch, Ruth, geb. **Scharkowski**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 25. März
Martens, Waltraud, geb. **Sbrzesny**, aus Lyck, Falkstraße 20, am 22. März
Perlowski, Klaus, aus Lyck, Steinstraße 37, am 20. März
Schaberer, Hilde, geb. **Hausmann**, aus Gaffken, Kreis Fischhausen, am 19. März
Schümpf, Ilse, geb. **Langhans**, aus Hanshagen, Kreis Preußisch Eylau, am 25. März
Vette, Adelgunde, geb. **Schwaak**, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 20. März
Ziel, Werner, Landsmannschaft Schwarzenbek, am 25. März
Zoellner, Elli, geb. **Herrmann**, aus Reichertswalde, Kreis Mohrunen, am 21. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baader, Irmtraud, geb. **Kannen-berg**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 19. März
Bouwer, Erna, geb. **Pertek**, aus Kobbels, Kreis Ortelsburg, am 24. März
Dargies, Gerhard, aus Gilgenfeld, Kreis Elchniederung, am 25. März
Dudek, Otto, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 22. März
Ebeling, Edith, geb. **Götz**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 20. März
Fabian, Gunda, geb. **Wommer**, aus Gimbeiler, Kreis Lyck, am 21. März
Gayko, Georg, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 25. März

Grützmacher, Helmut, aus Nas-sawen, Kreis Ebenrode, am 23. März
Hinz, Gerhard, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 21. März
Hoppe, Erika, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 22. März
Hosenberg, Hubert, aus Klein Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 20. März
Kopenhagen, Rosemarie, geb. **Brandt**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 25. März
Kregeloh, Christel, geb. **Kuberka**, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 22. März
Lührmann, Hildegard, geb. **Weylo**, aus Lyck, am 20. März
Möller, Christel, geb. **Titt**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 21. März
Rosowski, Siegfried, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 21. März

ANZEIGE
Masuren und Danzig
 Reisen mit der MS CLASSIC LADY
 Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

Salewski, Gertrud, geb. **Seyda**, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 21. März
Skrey, Vera, geb. **Hansl**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 23. März
Stallbaum, Gerhard, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 22. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Boettger, Gertrud, geb. **Neumann**, aus Kuppen, Kreis Mohrunen, am 20. März
Böttcher, Helmut, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, am 23. März
Düputell, Marlies, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 20. März
Ebeling, Willi, aus Tilsit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 19. März
Hürter, Brigitte, geb. **Janke**, aus Neidenburg, am 22. März
Jaroschinski, Günter, aus Gubitten, Kreis Mohrunen, am 24. März
Krüger, Werner, aus Lyck, am 24. März
Kurt, Werner, aus Lyck, am 24. März
Kurzhals, Erika, geb. **Gollub**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 21. März
Murza, Karlfried, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 21. März
Rose, Ingeborg, aus Lötzen, am 24. März
Schenkewitz, Anneliese, geb. **Ebert**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 23. März

Stecyna, Elly, geb. **Kalkstein**, aus Waltershausen, Kreis Neidenburg, am 20. März
Strümper, Arnold, aus Krupin-nen, Kreis Treuburg, am 24. März
Tobias, Brigitte, aus Wehlau, am 24. März
Urbigkeit, Manfred, aus Parnehen-nen, Kreis Wehlau, am 21. März
Werner, Kurt, aus Lyck, am 24. März
Wiesenberg, Dieter, aus Bürgers-dorf, Kreis Wehlau, am 20. März
Wysk, Herbert, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 23. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bombor, Hans, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 24. März
Deyß, Dorothea, geb. **Diétrich**, aus Königsberg und aus Lengfrie-de, Kreis Ebenrode, am 22. März
Donder, Reinhard, aus Treuburg und aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 25. März
Ernst, Edith, geb. **Kuhn**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 19. März
Gronwald, Rosel, geb. **Radusch**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 21. März
Krafzik, Siegrid, geb. **Pendzich**, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 19. März
Lange, Traute, geb. **Ewert**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. März
Papajewski, Horst, aus Mater-schobensee, Kreis Ortelsburg, am 23. März
Rosin, Frauke, geb. **Siedler**, Kreis-gemeinschaft Angerburg, am 20. März
Tenscher, Ingrid, geb. **Tietz**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 24. März
Trenkel, Hans Bruno, aus Pohie-bels, Kreis Rastenburg, am 11. März
Von Kleist-Bornstedt, Iris, geb. **Gregorzewski**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 23. März
Wysk, Günter, aus Eichthal, Kreis Ortelsburg, am 19. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Florian, Ingrid, geb. **Weishaupt**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 21. März

Kontakt

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de



Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

20./21. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis)

16. bis 18. April: Kulturseminar in Helmstedt

24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

19. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen

25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg

24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

11. bis 17. Oktober: Werk-woche in Helmstedt
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Das **Jahrestreffen der Ostpreußen** am 5. Juni in Wolfsburg ist abgesagt, da die Wolfsburger Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird. Der neue Termin ist der **11. Juni 2022**.

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es gleichviel, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte. Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei

Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes-

geschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an: Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchstraße 4 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe
Ringstraße 51a, App. 315, 85540
Haar Tel.: (089) 23147021 stabe@
low-bayern.de, www.low-bayern.de

Laetare-Strauß

Hof. Da sich die Mitglieder der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof immer noch nicht treffen können, überreicht die zweite Vorsitzende Jutta Starosta auf diesem Weg einen Laetare-Strauß.

Der vierte Passionssonntag mit dem fröhlichen Namen Laetare (Freue dich) wird oft auch Mittfastensonntag genannt, weil er in der Mitte der Fastenzeit liegt. Nun sind es noch drei Wochen bis Ostern.

Der Laetare-Strauß wird immer für andere hergestellt. Am Sonntag trägt man ihn zum Nachbarn, ins Krankenhaus, ins Altersheim oder zu Freunden. So wird auf das bevorstehende Osterfest aufmerksam gemacht und ein Stück Vorfreude geschenkt. Um ihn zu ge-

stalten sind drei mal drei Dinge notwendig. An drei frisch geschnittenen Zweigen (Birke, Hasel, Kirsch, Apfel, Forsythie, Buchs oder ähnliche) werden drei Schleifen gebunden (zwei aus violetter, eine aus rosarotem Band). Außerdem werden drei Brezeln an den Strauß gehängt. Die Zweige mit den Knospen, die etwa um Ostern aufspringen werden, sind der Hinweis auf das neue Leben, das mit der Auferstehung Jesu beginnt. Die rosa Schleife dient als Hoffnungszeichen inmitten der Trauer der Passionszeit, die durch die lila Schleifen symbolisiert wird. Die Brezeln stellen zum Gebet verschränkte Arme dar. Durch das Verschenken des Laetare-Straußes wird die Hoffnung auf das Leben, die uns von Christus geschenkt wird, weitergegeben. So kann sich die vorösterliche Freude ausbreiten und vermehren. *Jutta Starosta*



Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel **Geschäftsstelle:**
Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459
Hamburg, Tel. (040) 34 63 59,
Mobiltelefon (0170) 3102815

Abgesagt

Hamburg. Donnerstag, 25. März:
Delegiertenversammlung der Lan-

desgruppe Hamburg im „Haus der Heimat“. Die geplante Veranstaltung ist aufgrund der Corona-Lage abgesagt.



Vorsitzender: Alexander Schulz,
Willy-Reinl-Straße 2, 09116
Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-
agentur@gmx.de, Telefon (0371)
301616

Kirchentag

Chemnitz. Sonntag, 13. Juni,
9.30 Uhr, Evangelisch-Lutherische
St.-Matthäus-Kirchgemeinde, Zin-
zendorfstraße 14, 09116 Chemnitz:
Kirchentag der Landsmannschaft
Ost- und Westpreußen Landes-
gruppe Freistaat Sachsen e.V.
An diesem Tag erwarten wir
40 Teilnehmer in der St. Matthäus
Gemeinde.

Der Kirchentag soll sich mit dem Thema: „Hoffnung“ beschäftigen. Mit diesem Kirchentag wollen wir die Reihe über „Glaube-Liebe-Hoffnung“ den Reigen schließen. Im Glauben die Kirche zu reformieren hat Martin Luther in seiner Zeit einen gewaltigen Stein des Umbruchs in Bewegung gebracht. Diese Reformation der katholischen Kirche hatte zur Folge, kirchliche Erneuerungsbewegung von 1517 bis 1648, die zur

ANZEIGE

Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

Schreibunterlage
mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss
Format: 65 x 45 cm
Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweißt

29,95 €
inkl. Versand

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstr. 4, 22087 Hamburg
Tel. 040/41 40 08 0
selke@ostpreussen.de

Spaltung des westlichen Christentums in verschiedene Konfessionen (katholisch, lutherisch, reformierte) führte. Damals wurden auch den Ungläubigen der Glaube mit dem Schwert versucht beizubringen, dies traf auch bei der Reformation zu, wo auch bis zu 10.000 Reformen von der katholischen Kirche hingerichtet wurden.

Von 1530 bis 1730 verließen etwa 200.000 von insgesamt 730.000 Hugenotten, Frankreich. Im Gottesdienst werden wir das Thema „Hoffnung aus göttlicher Sicht“ beleuchten.

Nach dem Gottesdienst versammeln wir uns am Gedenkstein und Gedenken an die Toten des zweiten Weltkrieges. Die Gedenkrede wird Frau Almut Patt halten.

Im Anschluss der Mittagspause planen wir ein Referat über die Hugenotten Kriege und deren Vertreibung aus Frankreich mit dem Präsidenten der Hugenotten Gesellschaft, Herrn Pfarrer Andreas Flick. Danach planen wir, dass uns die „Kirchenmäuse“ der

St. Matthäuskirche mit Tanz und Gesang erfreuen.

Zum Abschluss wird uns der Posaunenchor der Kirchgemeinde deutsche Lieder spielen. Sie sind herzlich eingeladen, und wir würden uns freuen, Sie begrüßen zu dürfen. Bitte melden Sie sich bei Alexander Schulz unter Telefon (0371) 301616 an. Es gibt zur Mittagspause einen kleinen Imbiss.



Vorsitzender: Edmund Ferner,
Julius-Wichmann-Weg 19, 23769
Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371)
8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

März-Rundbrief

Bad Oldesloe und Tremsbüttel.
Täglich mehrmals besucht uns Professor Wieler vom Robert-Koch-Institut auf dem Bildschirm in unserem Wohnzimmer mit neu-

en Meldungen aus der Corona-Krise. So will ich heute über Robert Koch berichten – also kein heimatkundliches Thema? JA und NEIN, denn Robert Koch lebte und arbeitete auch einige Jahre in Posen. Der Mediziner Robert Koch wurde am 11.12.1843 in Clausthal im Harz geboren, kam 1869 nach Posen.

1872 wurde er Kreisphysikus in Wollstein, das in Posen liegt.

Er ist als Schöpfer der modernen Bakteriologie und der Milzbrandforschung bekannt.

1882 entdeckte er den Tuberkulosebazillus – ein Segen für die Menschen. Ein Serum wurde entwickelt, und bald konnte man auch schon vorbeugend gegen Tuberkulose impfen. In seiner Choleraforschung entdeckte er 1883 den Erreger, sodass auch diese Infektionskrankheit mit Impfungen und Desinfektionen besiegt werden konnte. Am 11.12.1905 erhielt Robert Koch den Nobelpreis in Stockholm für Medizin und Physiologie.

Herzliche Grüße und gute Wünsche!
Gisela Brauer

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4,
22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 13/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 13/2021 (Erstverkaufstag 2. April) bis spätestens Dienstag, den 23. März,

an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-04-C

Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**Prämie 1:
Leuchtglobus**

**Prämie 2:
Renaissanceglobus**

Prämie 1: Leuchtglobus
Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

DIE PRUSSEN

Forschungsfinanzierung bis 2029 gesichert

Nutzung der Burgen mit ihren Wallanlagen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Ein wichtiger, wenn nicht sogar dominierender Bestandteil der ostpreußischen Kulturlandschaft zur Zeit der Prußen waren einfache, aber oftmals monumentale Befestigungsanlagen aus Holz, Erde und Steinen. Laut dem Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie (ZBSA) in Schleswig haben knapp 450 dieser Burgwälle die Zeitläufe überdauert. Die übrigen fielen der Gewinnung von Kies und Lehm sowie der Landwirtschaft zum Opfer oder wurden ab dem 13. Jahrhundert vom Deutschen Orden überbaut. Eine Vorstellung vom Ausmaß der neuzeitlichen Zerstörungen vermittelt der Blick in die Liste der preußischen Burgen in Ostpreußen, welche Leutnant Johann Michael Guise zwischen 1826 und 1828 angefertigt hat. Von vielen der hier aufgeführten Anlagen wie beispielsweise denen bei Dettmitten, Groß Engellau und Potawern findet sich heute keine Spur mehr.

Die Befestigungen lagen in aller Regel auf Höhenzügen und waren entweder durch umlaufende Ringwälle oder Abschnittswälle geschützt. Im letzteren Falle sorgte der günstige Standort auf einem zungenförmigen Bergsporn mit steilen Abhängen oder über Fluss-schleifen dafür, dass zumeist nur ein gerades und relativ kurzes Wallstück zur jeweiligen Zugangsseite hin angelegt werden musste. Das konnte dann allerdings bis zu zehn Metern hoch sein – bei 30 bis 40 Metern Breite an der Basis. Und manchmal fielen diese Abschnittswälle auch ungewöhnlich lang aus, wie zum Beispiel der im



Gibt Hinweise auf die Burganlagen der Prußen: Hünenberg bei Ekritten. Der Plan (links) zeigt die genaue Lage der Anlage. Das Modell (oben) zeigt die Form des Walls

Fotos (3): Bildarchiv Ostpreußen

Wald zwischen Kaltenborn und Wallendorf, der sich noch heute über mehr als drei Kilometer erstreckt.

Zuflucht und Kultplatz

Welchem Zweck die Burgen der Prußen dienten, ist nach wie vor nicht sicher geklärt, da keine schriftlichen Quellen hierüber existieren. Aus den archäologischen Befunden sowie der Form und Größe der Anlagen ergeben sich aber vier grundsätzliche Nutzungsmöglichkeiten. Zum Ersten

residierten in manchen der Burgen wohl Vertreter des ortsansässigen Adels samt Handwerkern und Gesinde. So förderten die systematischen Ausgrabungen im Inneren der Burg von Kraxteppellen im Samland eine Kulturschicht von einem Meter Dicke zutage, was für eine dauerhafte Besiedlung durch viele Personen und das Vorhandensein von Werkstätten spricht.

Zum Zweiten waren zahlreiche Wallanlagen der Prußen Zufluchtsstätten für die gesamte Be-

völkerung der umliegenden Region, welche dort Unterschlupf fand, wenn kriegerische Konflikte tobten oder räuberisches Gesindel durchs Land zog. In solchen Fällen umschließen die Befestigungen eine größere Fläche. Wie unter anderem in Wargen, wo sich die Hauptburg samt rechteckiger Vorburg über 200 mal 60 Meter erstreckt, oder in Norgau – hier hat der Burgwall einen Umfang von 450 Metern. Gleichzeitig weisen solche Fluchtburgen vergleichsweise dünne Kulturschichten auf, weil die Menschen dort meist nur wenige Tage verweilten.

Zum Dritten lagen viele der kleineren Burgen am Rande des Machtbereichs preußischer Adels-

geschlechter, was darauf hindeutet, dass sie als Grenzposten fungierten. Das könnte vielleicht in Kringitten der Fall gewesen sein, wo ein paar Männer über längere Zeit in recht einfachen Verhältnissen gelebt haben müssen.

Und zum Vierten dienten einige der preußischen Burganlagen auf Höhenzügen auch als Kultplatz sowie Versammlungs- und Bestattungsort – insbesondere, wenn sie in heiligen Wäldern lagen. In solchen Fällen erübrigten sich aufwendigere Befestigungen; einfache niedrige Wälle oder Palsadenzäune reichten aus. Eine Anlage dieser Art für die rituelle Nutzung stellte die kleinere der beiden Burgen bei Kraam dar.

Hinsichtlich des Alters der Wallanlagen im Lande der Prußen ging die Forschung lange Zeit davon aus, dass diese kaum vor der Mitte des ersten nachchristlichen Jahrtausends entstanden sein können. In den letzten Jahren wurden seitens des ZBSA in Kooperation mit dem Museum für Vor- und Frühgeschichte in Berlin Altersbestimmungen anhand von Holzkohle-resten in den unteren Brandschichten der Wallkörper von Burgen im Samland durchgeführt.

Alter der Anlagen

Die Untersuchungen erbrachten sensationelle Ergebnisse, weswegen man den Beginn der Errichtung solcher Befestigungen nun um mehr als 1000 Jahre früher ansetzt. So gehen vier der untersuchten Anlagen, nämlich die von Pokirben, Kraam, Ekritten und Germau, auf die spätere Bronzezeit beziehungsweise ältere vorrömische Eisenzeit zurück, denn die Datierungen mit der C14-Methode weisen auf einen Bau zwischen 700 und 650 v. Chr. hin. Und die Burgwälle von Kringitten und Ellerhaus existierten auch bereits seit 400 v. Chr., also der jüngeren vorrömischen Eisenzeit. Ebenso ergaben die Untersuchungen, dass es eine kontinuierliche Weiternutzung der Burgen in der späten Eisenzeit und während der Völkerwanderung gegeben hat, wogegen datierbare Belege aus der Epoche der Wikinger derzeit noch fehlen. Die archäologischen Untersuchungen der Wallanlagen im Baltikum und damit auch in Ostpreußen werden noch bis zum Jahre 2029 von der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz finanziert, weshalb Hoffnung auf weitere Funde besteht.

LASTENAUSGLEICH

Zeitzeugen gesucht

Das Deutsche Auswandererhaus sucht Geschichten und Zeugnisse

Wer erinnert sich an die Lastenausgleich-Debatte der 1950er Jahre und an das Lastenausgleichsverfahren in der eigenen Familie?

Neue Dauerausstellung

Das Deutsche Auswandererhaus Bremerhaven (DAH) sucht für seine neue Dauerausstellung Zeitzeugen. Das von der Bundesregierung am 14. August 1952 beschlossene Lastenausgleichsgesetz sah vor, von Kriegsfolgen geschädigte Deutsche – darunter auch diejenigen, die durch Vertreibung aus früher nicht zum Deutschen Reich gehörenden Gebieten nach Westdeutschland kamen – zu entschädigen.

Da die Friedensstadt am Ende des Zweiten Weltkrieges eine der am stärksten zerstörten Städte der Britischen Besatzungszone war, wurden durch die Militärbehörden Flüchtlinge und Vertriebene vor allem im Umland angesiedelt. Der Zustrom hielt jedoch an, was zu den Debatten um die Verteilung der Angekommenen führte.

Für die junge Bundesrepublik bedeutete die Auseinandersetzung



Zeugnis der Zeit: Fragebogen zur Ermittlung von Ersatzeinheitswerten bebauter Grundstücke

Foto: Deutsches Auswandererhaus

über die Kosten der Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen einen wichtigen Schritt zur Klärung des eigenen Selbstverständnisses.

Heftig umstritten waren sowohl der Umfang als auch die Finanzie-

rung der Lastenausgleichszahlungen. Nicht selten erlebten die Betroffenen die Ausgleichszahlungen nicht mehr, da diese größtenteils erst Ende der 1970er Jahre vollständig ausgezahlt worden sind.

Das Deutsche Auswandererhaus sucht jetzt Personen, die über die Debatte um den Lastenausgleich als ein Teil der eigenen Familiengeschichte, von dem Prozess der Antragsstellung oder den Reaktionen der Umgebung berichten. Auch sind die Museumswissenschaftler an der Darstellung von Kritikern der damaligen Regelung interessiert. Darüber hinaus sucht das preisgekrönte Migrationsmuseum Objekte, die an die Debatte erinnern: Fotos, Tagebücher oder andere Schriftstücke von Privatpersonen sowie amtliche Dokumente, Antragsunterlagen und Mitteilungsblätter von Interessenverbänden – gerne auch Transparente und Schilder von den damaligen Demonstrationen. Kontakt: Deutsches Auswandererhaus, Stichwort: „Lastenausgleich“, Columbusstraße 65, 27568 Bremerhaven, E-Mail: e.kasakow@dah-bremerhaven.de. Für Rückfragen steht Ewgeniy Kasakow auch telefonisch zur Verfügung, Telefon (0471) 90220-0.

Deutsches Auswandererhaus



Ostpreußisches Landesmuseum

Geöffnet. Das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutsch-baltischer Abteilung und das Brauereimuseum Lüneburg öffnen am 23. März. Beide Museen

haben von Dienstag bis Sonntag, jeweils von 10 bis 18 Uhr, geöffnet. Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950.

ANZEIGE

Jesus Christus spricht: Ich bin die Auferstehung und das Leben.
Wer an mich glaubt, der wird leben, auch wenn er stirbt.
Johannes 11,25



Hildegard Hummel

geb. Kalinski

* 8. Januar 1928 † 1. März 2021

Wischwill / Ostpreußen Dresden

In Liebe und Dankbarkeit

Johannes Hummel

Dr. Siegfried und Christiane Hummel

Theodor und Karin Hummel

Renate und Tobias Schmidt

Eva Kalinski

und alle 11 Enkel- und 18 Urenkelkinder

Die Trauerfeier fand statt am Mittwoch, dem 10. März 2021, in der Kapelle auf dem Friedhof in Auerbach / Vogtland.
Im Anschluss erfolgte die Beisetzung.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Das Plebiszit und seine Interpretation

Senat der Republik Polen huldigt dem Patriotismus und der Tapferkeit der Aufständischen von 1919 bis 1921

Aus Anlass des bevorstehenden Jahrestages zur Volksabstimmung gibt das Kattowitzer Institut für Nationales Gedenken (Instytutu Pamięi Narodowej, kurz IPN) einen Anstecker fürs Revers heraus – eine Replik des Abzeichens, das jeder polnisch Optierende in der Karwoche 1921 für Oberschlesien erwerben und bis zur Volksabstimmung tragen sollte. Die Replik, versehen mit einem historischen Begleittext, kann man im Kattowitzer IPN kostenlos erhalten. Im Begleittext ist zu lesen, dass die Volksabstimmung gemäß des Versailler Abkommens vom 28. Juni 1919 erfolgte. Am Plebiszit nahmen 1,2 Millionen oder 97,5 Prozent der stimmberechtigten Oberschlesier teil. 59,4 Prozent von ihnen stimmten für den Verbleib bei Deutschland, 40,3 Prozent für den Anschluss an Polen.

Mal- und Musikwettbewerbe

Das IPN organisiert des Weiteren einen Wettbewerb unter Grundschulern. Sie sollen ein Plebiszitplakat unter dem Motto „Stimme für Polen“ gestalten. In einem polenweiten Wettbewerb des Marschallamtes der Woiwodschaft Schlesien, der Musikakademie Kattowitz und dem Theater in Königshütte [Chorzów] wurde aufgerufen, ein durch die polnischen Aufstände inspiriertes Lied zu komponieren.

Der Senat der Republik Polen rief das Jahr 2021 zum „Jahr der Schlesischen Aufstände“, als Huldigung des Patriotismus sowie der Tapferkeit und inneren Stärke der polnischen Aufständischen von 1919-1921 aus. Diese führten, so der Senat, „nach sechs Jahrhunderten der tschechischen und deutschen Jurisdiktion“ zum Anschluss an den wiedergeborenen polnischen Staat – die polnische Sprache unterscheidet nicht zwischen Böhmen und Tschechien und gliedert Böhmen damit fälschlich fortwährend aus der deutschen Geschichte aus.

Mit dem an sich schon einseitigen Gedenken ist Martin Lippa, der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Schlesien, keines-



Vor dem Pult des Schlesischen Landtages in Kattowitz: Martin Lippa (l.) und Bernard Gaida

Foto: Chris W. Wagner

wegs einverstanden. „Die in Polen zelebrierte Geschichte entspricht nicht der Wahrheit. Wir Deutschen sehen das ganz anders. Unsere Väter und Großväter wollten die Aufstände nicht, sie haben sich klar und deutlich für Deutschland entschieden. Sie wurden überfallen und haben sich im Widerstand organisiert. Mir ist es wichtig, Diskussionen darüber zu führen, damit sichtbar wird, wie wir die Ereignisse sehen“, sagte Lippa im Oppelner Rundfunk.

„Wir sehen das ganz anders.“

Martin Lippa

Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Schlesien

Am Sonntag, den 21. März, veranstaltet der Verband deutscher Gesellschaften eine Expertendebatte, die über das VdG-Profil auf der Facebook-Seite um 17 Uhr zu sehen sein wird. Unter den Diskutanten findet sich auch der Chef des Dachverbandes der Deutschen in Polen, Bernard Gaida. Seiner Auffassung nach hatten die Oberschlesier 1921 nicht vermutet, dass ihr Votum „einer Interpretation unterliegen und ihre Heimat durch eine Grenze geteilt wird“.

Chris W. Wagner

HUNDERTJÄHRIGES JUBILÄUM

Die Volksabstimmung in Oberschlesien

Das Oberschlesische Landesmuseum lädt ein zur Sonderausstellung

Auf den 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien eröffnet das Oberschlesische Landesmuseum am 20. März die neue Sonderausstellung „Polen oder Deutschland? Oberschlesien am Scheideweg. Zum 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien“.

Nach dem ersten Weltkrieg brach die altbekannte Ordnung Europas zusammen. Auf den Trümmern der Imperien der Habsburger, der Hohenzollern und der Romanows begannen neue, auf nationalen Ideen basierende Staaten zu entstehen. Das im Versailler Friedensvertrag erklärte Prinzip der Selbstbestimmung der Völker diente ihnen als Grundlage ihrer Forderungen. Dort, wo die Bevölkerung ethnisch heterogen zusammengesetzt war, kam es zu regionalen Konflikten um Land, staatliche Zugehörigkeit und nationale Identität.

So auch in Oberschlesien. Die Bewohner des multinationalen, multikulturellen und mehrsprachigen Oberschlesiens standen vor einem Dilemma: „Polen oder Deutschland? Vor diese Entscheidung gestellt, stimmten am 20. März 1921 knapp



Menschenleer: Blick in die Ausstellung

Fotos (2): Oberschlesisches Landesmuseum

60 Prozent der Wähler für den Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland und 40 Prozent votierten für eine Abtretung an Polen. Die Abstimmung wurde von mehreren Aufständen begleitet. Auf der Grundlage der Abstimmung beschloss die Pariser Botschafterkonferenz, Oberschlesien zu teilen. 29 Prozent des Landes mit dem größten Teil des ober-schlesischen Industriegebiets fielen an Polen. Die Teil-

lung Oberschlesiens hatte weitreichende Folgen und durchschnitt eine jahrhundertlang gewachsene Region.

Das Oberschlesische Landesmuseum widmet diesem wichtigen historischen Ereignis eine eigene Sonderausstellung. Sie erzählt von den Vorbereitungen, dem Verlauf und den Folgen der Volksabstimmung, und sie präsentiert erstmals in dieser Zusammenstellung Exponate aus

mehreren Museen in Polen, die durch Objekte aus der Sammlung des Oberschlesischen Landesmuseums ergänzt werden. Zu sehen sind Fahnen, Abzeichen, Waffen, Dokumente zur Abstimmung, Ausweise, Orden, eine Wahlurne sowie historische Fotografien und vieles mehr.

Die Ausstellung schärft zugleich den Blick auf die heutige Zeit. Die polnisch-deutsche Auseinandersetzung um Oberschlesien von vor hundert Jahren ist ein exemplarisches Beispiel dafür, zu welchen tragischen Konsequenzen ethnisch-nationale Konflikte führen können. Denn ein mit der ethnisch-nationalen Frage verbundenes Gewaltpotential besteht nach wie vor, wie der blutige Bürgerkrieg im zerfallenden Jugoslawien in den 1990er Jahren oder – in jüngster Zeit – die Konflikte in der Ostukraine und um die Region Berg-Karabach zeigen.

Die Beschäftigung mit diesem historischen Ereignis mahnt uns bis heute, zwischenstaatlichen Interessenausgleich, Minderheitenschutz und den respektvollen Umgang der Völker Europas ernst zu nehmen. Eine international besetzte wis-



senschaftliche Tagung zum Plebiszit in Oberschlesien ergänzt die Ausstellung. Sie findet am 11. und 12. Juni in der Stiftung Haus Oberschlesien statt.

Daneben ist der 35-minütige Bildungsfilm „Ein europäischer Konflikt. Der Abstimmungskampf um Oberschlesien 1921“ – eine Co-Produktion des Kulturreferenten für Oberschlesien, der Landeszentrale für Politische Bildung Nordrhein-Westfalen, der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, dem Oberschlesischen Landesmuseum und der Arche-Noah Filmproduktion – über die Internet- (www.oberschlesisches-landesmuseum.de) oder YouTube-Seite des Museums zu sehen. Die Eröffnung wird am 20. März, um 15 Uhr digital ebenfalls über den YouTube-Kanal übertragen. *Oberschlesisches Landesmuseum*

ALLE WETTER

Wie wird das Osterwetter?

Ein meteorologischer Tag mit Stefan Kreibohm auf Hiddensee

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Schaprode auf Rügen – „Klar vorn und achtern!“ Die „MS Sundevitt“ der Reederei Hiddensee legt minutengenau um 09.40 Uhr ab, rüber nach Kloster auf Hiddensee. Auch Stefan Kreibohm aus Rambin ist wie fast jeden Tag darunter, weil der NDR-Meteorologe zum Dienst nach Kloster fährt. Bootsmann Hubert Mann, ein gewichtiges Hiddenseer Urgestein, begrüßt den gebürtigen Parchimer übers ganze Gesicht strahlend mit: „Moin Stefan! Wie wird das Wetter? Bleibt's so oder wird's endlich mal wärmer? Sonst mach ich dich verantwortlich, wenn meine empfindlichen Tomatenpflanzen erfrieren.“

Kreibohm, seit 23 Jahren mit diesem raunen, aber herzlichen Küstenton wohl vertraut, kann den Hobbygärtner beruhigen: „Nächste Woche geht's langsam aufwärts mit den Temperaturen.“

Keine lauen Sommerabende

Schon sind wir mittendrin im Regionalwetter, das zwar gerade mit stahlblauem Himmel glänzt, aber auch eiskalten Wind beschert. „Den hasse ich“, gibt der Wettergegerbe zu, „aber er ist hier am Übergang zwischen Festland und Insel leider allzu häufig. Westwind ist in Stralsund daher nicht so kühl wie auf Hiddensee, weil er im Frühjahr über die kältere Ostsee streicht und dabei auch noch Fahrt aufnimmt.“ Es könne eben auch Frost geben, wie dieser Tage, weil der Sandboden schneller abkühle: „Im Winter wirkt das wärmere Umgebungswasser dagegen wie eine Heizung.“

Ein Katzensprung ist es für Kreibohm vom Anleger in das gegenüberliegende hübsche Reetdachhaus, das der Gemeinde gehört. Im Erdgeschoss residiert die Tourist-Information, Corona-bedingt geschlossen, im Oberstübchen mit Schlafzimmern, Küche und Bad/WC Stefan Kreibohm abwechselnd mit seinem Kollegen Uwe Ulbrich.

Sonnenaufgang und Morgenkaffee

Das Wichtigste ist aber ihre „Wetterküche“. Dieses „Labor“ besteht in erster Linie aus einem Computer mit diversen Bildschirmen. An den Wänden hängen

Karten. Kamera, Stativ und das Mikrofon mit grauem Püschel sind die Requisiten für den täglichen Fernsehauftritt im NDR-Nordmagazin kurz vor 20 Uhr.

Seit fünf Uhr früh schon ist er zu Hause auf Rügen für das Wetter auf den Beinen: „Gezwungenermaßen“, sagt er, „weil ich alle drei Stunden für NDR 1/Radio MV den immer wieder neu angepassten Wetterbericht mache und mir vorher schon in meinem Büro die verschiedenen Wetterkarten ansehen und sie analysieren muss. Dann kann ich auch vom Garten aus den Sonnenaufgang und meinen Morgenkaffee in aller Stille genießen.“

Sein Sommerurlaub, den er am liebsten bei Ruhe und Einsamkeit in Wäldern und an Seen Schwedens verbringt, passt dazu. Dass sei jetzt auf der Insel auch ein bisschen so, weil die Touristen fehlen. „Manchmal kann das schon ganz schön anstrengend sein, wenn viele mich sehen und sprechen wollen, so dass ich kaum zum Arbeiten komme.“ Seine Fanggemeinde ist groß. Kurz vor 12.30 Uhr bekommt er von seinem Radio-Kollegen aus Schwerin den bereits erwarteten Anruf. Der Moderator und Kreibohm unterhalten sich locker und witzig über das Wettergeschehen im Land. Insgesamt vier Mal am Tag.

Von Naturgewalten fasziniert

Schon jetzt kristallisierte sich aus diesen Gesprächen eine Ansage fürs 29-minütige Nordmagazin heraus. Auch der „Opener“, also das, womit er in seinem Text anfängt. Der darf nicht länger als 90 Sekunden sein: „Wenn's mehr ist, muss ich das Ganze wiederholen, manchmal auch mehrfach; weniger macht nichts, das schneiden die dann zurecht.“

Nach all den Jahren habe er die passende Länge schon weitgehend im Gefühl: „Nur bei besonderen Wetterphänomenen geht's manchmal vor Begeisterung mit mir durch“, leuchten seine Augen, „dann möchte ich das auch gern den Zuschauern vermitteln.“ Das werde dann anstrengend, „wenn mir die Leute bei der Aufnahme draußen zuschauen und Fragen stellen. Auf die möchte ich dann ja auch gern eingehen, aber beides gleichzeitig bringt mich aus dem Konzept.“

Der bekannte Wetterfrosch war schon als Junge von den Naturgewalten fasziniert, „wie das ganze System so ineinander greift“. Einer der Auslöser für seinen Berufswunsch war die Schneekatastrophe 78/79, „das hat mich als Achtjährigen tief beeindruckt“.

Aber die Wetter-Apps...? „Die beruhen nur auf einem Modell“, erklärt Kreibohm, „auf eins allein kann man sich nicht verlassen. Maximal sind vier Tage vorher möglich, danach gibt's nur Trends.“ Genauso sei es



Der NDR-Meteorologe Stefan Kreibohm am Aufnahmepunkt im Hafen von Kloster auf Hiddensee
Foto: Schmidt-Walther

Den Text habe er als „grobes Gerüst im Kopf“, um dann in der Reihenfolge Nachtwetter-/temperaturen, Tageswetter-/temperaturen, Wind und weitere Aussichten in die Kamera zu sprechen. Den Standort sucht er sich entsprechend den optimalen Lichtverhältnissen und passendem Hintergrund vorher aus.

Wetter Apps und Klimawandel

14 Uhr: Aufbruch zum Hafen. Stefan Kreibohm schleppt sein Equipment im Rucksack zum geplanten Drehort auf einem Bootssteg mit seinem Wetterhäuschen und dem Stralsunder Zollkreuzer im Hintergrund. Nach einigen Standproben ist es so weit: Kamera läuft und Kreibohm spricht in seiner typischen Art – eben Kreibohm – ins Mikrofon. Dann eine Zeitkontrolle: „Stimmt, nur acht Sekunden zu kurz.“ Wetterkarten und Film schickt er gleich per Internet – „früher dauerte das Stunden“ – ins NDR-Studio Schwerin: „Den Rest erledigen die Kollegen dort.“

Ein Brandenburger Paar – „illegal“ auf der Insel – möchte gern wissen, wie das Osterwetter werde. Momentan sei noch keine Prognose möglich, „zu weit ab“.

mit dem Klimawandel in dieser Zwischenzeit mit Warmzeit-Tendenz. Indizien seien insgesamt höhere Temperaturen, kaum Schnee, mehr warme Monate und die Wassertemperatur der südlichen Ostsee nie unter fünf Grad. Als intensivster Beschleuniger gilt der gewaltige natürliche CO₂-Ausstoß aus dem tauenden Permafrostboden und den Weltmeeren. Dagegen könne niemand etwas tun.

Wer mehr darüber wissen möchte, dem sind seine Bücher zu empfehlen: „Kreibohms Wetter“ und „Kreibohms Welt“, die im Rostocker Hinstorff-Verlag erschienen sind. Die digital abrufbare „Stralsundische Zeitung“ durchzuscrollen lohnt sich auch. Das ist sozusagen der Blick zurück. Vor 100 Jahren sah es im Frühjahr 1921 nicht wesentlich anders aus als heute. Kein Grund zur Panik also, findet auch Kreibohm.

15.10 Uhr: Die „MS Sundevitt“ bringt uns wieder zurück nach Schaprode. Meint Kreibohm: „Ich bin schon ganz schön privilegiert, dass ich auf zwei so schönen Inseln leben und arbeiten kann.“ Und seine beiden Jungs auf Rügen freuen sich dann immer wieder auf ihren Wetter-Papa.

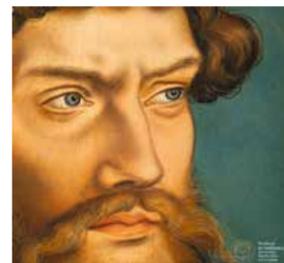
MELDUNGEN

Grabstein wartet auf Konservierung

Stettin – Bei Aufräumarbeiten und Bestandsaufnahme auf einem der deutschen Friedhöfe auf der rechten Oderseite von Stettin wurde ein barocker Grabstein aus dem Jahr 1699 entdeckt, der für den Stettiner Glockengießer Johann Jakob Mangoldt und seine Frau Dorothea angefertigt wurde. Die Entdeckung wurde von Dr. Marek Luczak, dem Vorsitzenden der Pommerischen Gesellschaft für Geschichte, zusammen mit Vertretern der Stiftung Droga Lotha und einer Gruppe von Freiwilligen gemacht. Das Objekt befindet sich derzeit in der Bearbeitung zur Konservierung.

Eine virtuelle Rarität! Prinz Philipp I.

Stettin – Dank der Stiftung für die Virtualisierung des nationalen Kulturerbes kann das „Porträt des Herzogs Philipp I. von Pommern“ von Lucas Cranach dem Jüngeren, eines der wertvollsten Objekte der Sammlung des Nationalmuseums in Stettin [Szczecin], in einer extrem hohen Auflösung – 17 Milliarden Pixel – betrach-



tet werden. Die Gigapixel-Fotografie kann man auf virtualnedziedziectwo.pl bewundern: Lucas Cranach der Jüngere (1515–1586), „Porträt Herzog Philipp I. von Pommern“, 1541, Öl, Holz, 60 x 46 cm, Nationalmuseum in Stettin. Quelle: <https://visitszczecin.eu>

GREIFSWALD

Pommersche Kultur und Kunst im Blickfeld

Wiedereröffnung des Landesmuseums unter Einhaltung der Hygieneregeln und mit neuem Teil der Dauerausstellung

Das Pommerische Landesmuseum bereitet sich auf den Frühling vor. Nachdem Anfang November alle Museen schließen mussten, ist man jetzt optimistisch, die Türen wieder für Besucher öffnen zu können – vorausgesetzt, die Inzidenzzahlen im Landkreis Vorpommern-Greifswald bleiben stabil unter 100 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner.

Seit dem 10. März ist bereits der Museumsshop geöffnet. Ab Dienstag, den 16. März, öffnen auch die Dauerausstellungen – die Erdgeschichte, die pommerische Landesgeschichte bis zum Ostseetourismus um 1900 und die „Publikums-liebblinge“ der Gemäldesammlung. Um die Besucherströme nach der langen Schließung zu entzerren, gelten schon die Sommeröffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr.

Sowohl für den Einkauf im Shop als auch für den Museumsbesuch ist eine vorherige Terminvereinbarung notwendig,



Blick in die landesgeschichtliche Dauerausstellung, zwei Ausstellungseröffnungen ab dem 1. April 2021
Foto: Hans Zaglitsch

telefonisch unter (03834) 83120 oder per Mail an info@pommerisches-landesmuseum.de. Die Sicherheit der Gäste und Besuchenden ist vorrangig und selbstverständlich gilt das umfassende Hygienekonzept, das bereits im vergangenen Jahr erarbeitet und umgesetzt wurde. Die Kontaktdaten werden erfasst, Abstandsregeln sind zu beachten, und das Tragen einer OP- oder FFP2-Maske ist verpflichtend.

„Gemeinsames Erbe, gemeinsame Zukunft“

Ab dem 1. April kann der Öffentlichkeit der letzte Abschnitt der landesgeschichtlichen Dauerausstellung präsentiert werden. Die Ausstellung über Pommern im 20. Jahrhundert hat das Pommerische Landesmuseum im Rahmen des Projektes „Gemeinsames Erbe, gemeinsame Zukunft“ in Gemeinschaftsarbeit realisiert. Die pommerischen Zentralmuseen präsentieren die Geschichte und Kultur Pom-

merns gemeinsam mit dem Stettiner Nationalmuseum (Muzeum Narodowe w Szczecinie). Das Projekt wird durch die Europäische Union aus Mitteln des Fonds für Regionale Entwicklung kofinanziert.

Darüber hinaus wird ebenfalls ab dem 1. April die Sonderausstellung „Blutiges Gold. Macht und Gewalt in der Bronzezeit“, eine Ausstellung des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern zu den archäologischen Untersuchungen im Tollensetal, eröffnet. Diese Ausstellung läuft bis zum 13. Juni.

Pommersches Landesmuseum

Rakower Straße 9, 17489 Greifswald, Telefon (03834) 83120, E-Mail: info@pommerisches-landesmuseum.de, www.pommerisches-landesmuseum.de. Audioguides dürfen aufgrund der aktuellen Hygieneregeln derzeit leider nicht genutzt werden.

„Eine späte Erleuchtung ist besser als gar keine“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Ich danke der PAZ dafür, dass sie dieses Thema aufgegriffen hat zu einer Zeit, wo die Nachfolgepartei der Kerkermeister und Mauermörder sich unangefochten als demokratische Kraft aufplustert“

Axel Radecke, Goch,
zum Thema: Noch hunderte Ex-Stasi-Leute bei der Polizei (Nr. 8)



Ausgabe Nr. 9

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

ALTERNATIVLOSES WIRRWARR ZU: ZU: DAS POLITISCHE VERSAGEN KOMMT NICHT VON UNGEFÄHR (NR. 9)

Die Vorgaben der Politik zur Kompensation der Corona-Pandemie werden immer absurder. Warum lässt sie nicht jeden Bürger sein Gewerbe betreiben, sein Geschäft oder seinen Betrieb öffnen und somit jeden selbst entscheiden, der belegen kann, solche Vorkehrungen getroffen zu haben, mit denen eine Corona-Ansteckung nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen ist? Beispielsweise könnte sogar der Betreiber eines Geschäfts für Tintenpatronen, dessen Laden für einen Kundenaufenthalt zu klein ist, sein Geschäft weiter betreiben, indem er seine Kunden draußen vor der Tür bedient.

Auch in vielen großen Geschäften herrscht derzeit gähnende Leere. Der Berührungskontakt ist dann und dort deutlich geringer als bei einem Friseur, der seit Anfang März wieder öffnen darf. Die Ausbreitung der Corona-Pandemie ist ohnehin nicht durch politische Vorgaben einzudämmen, weil sie überwiegend dort stattfindet, wo sie weder wirksam noch kontrollierbar sind.

Diese hinsichtlich des Funktionierens der Wirtschaft vermutlich optimale Alternative hat allerdings einen gravierenden Haken: Politiker können sie nicht wollen. Für Politiker ist der Machtverlust, alle Verhaltensregeln nicht allein bestimmen zu dürfen, nicht hinnehmbar. Und wo kämen wir da hin, wenn jeder seine Situation selbst beurteilen und daraus Konsequenzen ziehen dürfte, die nicht von der Politik vorgegeben sind? Deswegen ist für Politiker ihr Verordnungswirrwarr alternativlos und somit fortzusetzen.

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

DER ERSTE PRINZIPIENREITER ZU: DIE FRAU, DIE KÖNIG LUDWIG I. DIE KRONE KOSTETE (NR. 6)

Bevor Lola Montez den König Ludwig I. von Bayern umgarnte, hatte sie schon

1843 versucht, das Herz und die Geldschatulle des Fürsten Heinrich LXXII. von Reuß-Lobenstein-Ebersdorf aus der jüngeren Linie der Thüringer Reußen zu erobern. Ihr Auftritt in dem kleinen, nur wenige Quadratkilometer umfassenden Land (einer der kleinsten deutschen Bundesstaaten, Beispiel eines Duodezfürstentums) war aber so skandalös, dass der betreffende Heinrich die Tänzerin des Landes verwies.

Auf die Ansage, dass sie für ihren Weg nur einige Stunden Zeit hätte, bis sie die Landesgrenze überschritten haben muss, soll sie geantwortet haben, dass sie auf Grund der Größe des Landes nur einige Minuten braucht. Nebenbei: Heinrich LXXII. gilt als der Schöpfer des Wortes „Prinzipienreiter“, hatte er doch in einem Beitrag in der „Vossischen Zeitung“ verlauten lassen: „... reite ich auf dem Prinzip herum ...“

Während ihres Aufenthalts und des damit verbundenen skandalösen Benehmens in München ließ der geistvolle Spötter Heinrich Heine in Gedanken Ludwig I. einen Brief an dessen Schwager König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen (dessen Frau Elisabeth, eine geborene Prinzessin von Bayern, war die Halbschwester von Ludwig) schreiben: „Zürne nicht ob Lola Montez. Selber habend nie gekonnt es.“ Heine spielte dabei auf das Missfallen Ludwigs an, das dieser am preußischen Hof wegen der Liaison mit der Montez erregte, aber auch auf die nur wenig vorhandenen sexuellen Bedürfnisse oder Möglichkeiten des Preußenkönigs.

Manfred Prediger, Turawa/Schlesien

VERSPIELTES VERTRAUEN ZU: DAS DENKWÜRDIGE SCHWEI- GEN DER VERFASSUNGSGERICHTE (NR. 8) UND: PETER ALTMAYER WIRD ZUM WAHLRISIKO (NR. 8)

Die Corona-Pandemie bedeutet weitreichende Verordnungsmächtigungen, Einschränkungen der demokratischen Freiheiten und ein Impf-Chaos. Die Inzidenzwerte wurden rigoros von 50 auf 35

herabgesetzt, dazu kamen verzögerte Hilfszahlungen und fehlende Öffnungsperspektiven, diverse Heimarbeit und sinkende Beschäftigungszahlen. Da muss man sich fragen, ob dieser flächendeckende Lockdown mit seinen Einschränkungen und Insolvenzen die Marktwirtschaft (Mittelstand) zerstören will und eine andere Gesellschaft aufbauen möchte.

Besonders fraglich sind die Bund-Länder-Beratungen ohne Einbeziehung des Parlamentes, was in der Verfassung nicht geregelt ist.

Auch die CDU – als wirtschaftskompetente Partei – scheint ihren Platz zu verspielen. Wenn ich den Menschen Angst mache, besonders im Gesundheitsbereich, kann man wohl alles durchsetzen, selbst wenn man beim Impfen und Testen kein klares Konzept hat.

Armes Deutschland, welches ehemals die Apotheke der Welt war.

Günter Algrer, Berlin

EINE SPÄTE ERLEUCHTUNG ZU: EINE POLITIKERIN MIT BESONDEREN ANSICHTEN (NR. 8)

Der Wunsch (einer Linken-Politikerin, d. Red.), alle AfDler in die Gaskammern zu schicken oder auf den Gräbern der Andersdenkenden herumzutampeln, ist in linken Kreisen fast normal. Es sei nur an die bei einem Programmtreffen der Linken in Kassel thematisierte Erschießung von Klassenfeinden und die alternativ angedachte Überführung in den Gulag erinnert. Hier am Niederrhein äußerte ein prominenter SPD-Politiker 2018 beim Stadtfest in Kleve an einem Infostand der AfD: „Für euch müsste man wieder KZs bauen.“ Auf die Ungeheuerlichkeit seiner Aussage angesprochen, wiederholte er seine Worte vor zahlreichen Zeugen. Die Strafanzeige wegen dieser Äußerung wurde von der Staatsanwaltschaft Kleve zurückgewiesen.

Vor Kurzem fand im nahen Kalkar ein Parteitag der AfD statt, den die Etablierten gern verhindert hätten. Da das nicht gelungen war, hielten dort auf einer Demo

von Linksextremisten Barbara Hendricks, MdB für die SPD, und Stefan Rouenhoff, MdB für die CDU, Brandreden gegen die AfD, die von Hass und Hetze überflossen. Das Renten- und Sozialprogramm, das Thema des Parteitags war, erwähnten sie mit keinem Wort. Es ging ihnen nicht um eine sachliche Auseinandersetzung, sondern nur um Diffamierung, Stigmatisierung und Kriminalisierung eines Feindes, um dessen Ausschluss vom Diskurs.

Selbst Wolfgang Thierse, sonst ein strammer Verfechter der Parteilinie, wie ich seit einem kurzen Briefwechsel mit ihm weiß, zeigte sich unlängst bestürzt über die Verrohung des politischen Diskurses. Offenbar hat Thierse die Geister, die er einst beschwor, nicht mehr im Griff. Jetzt beklagt er sich, dass sein Clan ihn als reaktionär beschimpft. Seine Ansichten seien die eines alten weißen Mannes mit heterosexueller und heteronormativer Orientierung. Die „besonderen Ansichten“ seines eigenen Anhangs findet er auf einmal demokratiefremd, ja sogar demokratiefeindlich und schädlich für ein friedliches Zusammenleben.

Ihm ist wohl ein Licht aufgegangen. Immerhin ist eine späte Erleuchtung besser als gar keine.

Adolf Frerk, Geldern

WEM NÜTZT ES? ZU: HEIKLE FRAGEN (NR. 9)

Meine Antwort auf die Frage des PAZ-Kommentators, „aber was ist es dann?“ (das die Politiker zu ihren Corona-Maßnahmen abtreibt, d. Red.), lautet: Auf bestimmte Unklarheiten kann ich eine Antwort bekommen, wenn ich die Frage stelle, wem nützt es? Indem Angst geschürt wird, fördert man die Impfbereitschaft und sichert sich einen großen Gewinn.

Also nützt die jetzige Situation einem Teil der Kapitalisten. Diese sind die großen Gewinner. Ihnen helfen kleine Geister, die zu Amt und Würden gekommen sind, die nichts von ihrer Aufgabe verstehen, sich wichtig tun wollen und am gleichen Trog sitzen möchten.

Günter Klein, Berlin

ANZEIGE

Ein Plädoyer für die Freiheit in unfreien Zeiten!

■ In einer Ära des Klimazonarismus, Neomarxismus, Genderismus und der völlig irrationalen staatlichen Maßnahmen in der Corona-Krise rücken die Freiheitsgedanken des großen Universalgelehrten und Nobelpreisträgers Friedrich August von Hayek wieder in den Vordergrund und sind aktueller denn je.

Das profunde Autorenkollektiv des Hayek-Clubs Salzburg trägt mit seiner eindrucksvollen Sammelschrift dazu bei, die Tradition des »freien« Denkens fortzuführen, das heute durch vielfältige staatliche Restriktionen ernsthaft in Gefahr ist. Der Band enthält brisante Argumente, mutige Positionen und fachwissenschaftliche Standpunkte mehrerer brillanter Denker zu den verschiedensten »Perspektiven der Freiheit«, die gerade in der heutigen Zeit nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Ebenso werden nachvollziehbare Wege aus der Krise aufgezeigt.

- **Václav Klaus:** Hayek war in der Geschichte des letzten Jahrhunderts mehrfach relevant – und relevant ist er auch noch heute. Wir brauchen ihn!
- **Markus Krall:** Wir müssen die Freiheit in einer neuen Verfassung so tief verankern, dass der nächste Angriff des Sozialismus es nicht mehr so leicht haben wird.

- **Bernhard Pichler:** Die Bedeutung von Markt und Wettbewerb als Voraussetzung für Wohlstand, der wiederum die persönliche Freiheit des Einzelnen sichert.
- **Gerd Habermann:** Der neue Kulturmarxismus ist ein Angriff auf alle unsere kulturellen Institutionen und im Letzten deren Zerstörung.
- **Günter Dedié:** Public Money – das ultimative Fiatgeld? Jede Krise bietet der Politik die Möglichkeit, Maßnahmen durchzusetzen, die in normalen Zeiten undenkbar wären.
- **Vera Lengsfeld:** Meinungsfreiheit in Zeiten der Corona-Tyrannie.

Und viele mehr ...

Die Autoren wollen wachrütteln und stellen unmissverständlich klar: Hayek wird mit uns bleiben. Wir brauchen seine Ideen und Vorhersagen, um unsere bedrohte Freiheit in dieser schwierigen Zeit verteidigen zu können.

»Die glücklichen Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit.«
Marie von Ebner-Eschenbach

Bernhard Pichler (Hrsg.): Perspektiven der Freiheit • gebunden • 335 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 983 100 • 22,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas



MUSIK

Zwei goldene Stimmen

Die eine aus Westböhmen, der andere aus Prag – Wie Vertriebene die deutsche Schlagermusik mitgeprägt haben

VON MARKUS BAUER

In den 1950er und 1960er Jahren waren auch Frauen und Männer, die aus den früheren deutschen Siedlungsgebieten stammten, in der Schlagermusik aktiv. Zwar landeten sie nicht immer in der ersten Reihe oder konnten Top-Plätze in Hitparaden erringen. Doch Schallplatten- und Rundfunkaufnahmen zeugen bis heute von ihrem Können. Die aus Graslitz stammende Helga Depré und der in Prag geborene Horst Indra sind solche bemerkenswerten Künstler. Was machen sie heute?

Ladies zuerst: Am 19. November 2020 konnte Helga Depré, die primär Aufnahmen für den Rundfunk gemacht hat, ihr achties Jahrzehnt vollenden. In Graslitz, der für den Musikinstrumentenbau bekannten westböhmisches Stadt in der Karlsbader Region, wurde sie am 19. November 1940 geboren und wuchs im sächsischen Aue auf, wohin ihre Eltern mit ihr gegen Kriegsende gezogen waren. Hier verbrachte sie Kindheit und Schulzeit und erlernte das eine oder andere Instrument. Auch das Singen gehörte dazu.

Nach der Schulausbildung ergriff sie den Beruf der Schneiderin. In der Freizeit sang und spielte sie auf dem Akkordeon die neuesten Schlager. Ferner nahm sie Klavierunterricht und schloss sich einer Volkskunstgruppe an. 1955 begann sie beim Jugendtanzorchester der IG Wismut als Sängerin. Bald wurden Rundfunkredakteure auf ihre nuancenreiche Stimme aufmerksam und empfahlen ihr, sich im Nachwuchsstudio des Berliner Rundfunks zu bewerben. Souverän bestand sie die Aufnahmeprüfung und beendete dort im August 1962 ihre Ausbildung. Aufnahmen für den Rundfunk waren ab Novem-



Zwei Veteranen der Schlagermusik: Helga Depré (l.) in jungen Jahren und Horst Indra, der nach wie vor musikalisch aktiv ist

ber 1961 ihr hauptsächlich Betätigungsfeld. Während der Zeit im Nachwuchsstudio stellte sie sich auch in Funk- und Fernsehsendungen der Öffentlichkeit vor. Bis 1966 dauerte ihre Rundfunkstätigkeit, während der sie solo oder in Duetten mit Sängern Lieder verschiedener Stile aufnahm. Spätere Einspielungen – 1968/69 und 1985 – eingerechnet waren es rund 50 Titel, die sich heute im Deutschen Rundfunkarchiv befinden. Vier Lieder sind auf Singles erschienen, drei davon auf You-

Tube abrufbar: „Heut ist was los an der Spree“, „Ein großer Regenbogen“ und „Der Sommer kam ins Land“. Später wirkte sie auch in Filmen mit und ging mit in der DDR bekannten Ensembles auf Tournee. Um die Zeit der deutschen Einheit herum beendete Depré ihre Karriere. Heute wohnt sie wieder in Böhmen.

Aus der böhmischen Hauptstadt Prag stammt der 1942 geborene Horst Indra, der das Musik-Gen von der Großmutter mütterlicherseits hat. Zwar erlernte er ab



dem zehnten Lebensjahr Klavier, später – mit dem aufkommenden Rock 'n' Roll – stieg er auf Gitarre um. Mit zwei Geschwistern und der Mutter wurde er aus der „Goldenen Stadt“ vertrieben. Stationen waren in Unterfranken Wiesentheid, Atzhausen und Kitzingen, wo Indra bis 1956 zur Schule ging. Da sein Vater ein Angebot als Arbeitsrichter in München hatte, zog die Familie dorthin.

Gegen Ende der Schulzeit, vor dem Abitur, ging es in Sachen Musik richtig los.

Mit einem Schulfreund und zwei weiteren Jungs gründete er 1961 die „Rolling Ramblers“, Indra war Sänger und Gitarrist.

Aufgrund des mehrstimmigen Gesangs und der überragenden Gitarrensolisten Charly Karafiat und Horst Indra – sie musizierten schon als Schüler miteinander – holten sie bereits 1962 den ersten Preis als beste Jugend-Rock 'n' Roll-Gruppe Bayerns. So wurden Plattenfirmen auf sie aufmerksam, es entstand ein Kontakt zum Schlagerkomponisten, Dirigenten und Arrangeur Werner Scharfenberger, der mit vielen namhaften Schlagersängerinnen und -sängern zusammenarbeitete. Bei einem Auftritt 1965 hörte sich Scharfenberger die Band persönlich an – mit dem Ergebnis, dass er nur Indra und Karafiat für Studioprojekte verpflichtete.

Im August 1965 erschien Indras erste Single mit den Liedern „Was hab ich falsch gemacht“ und „Ein Tag mit dir“. In den deutschen Charts war die Platte sechs Wochen lang mit Platz 31 als höchste Notierung. Die beiden weiteren Singles im Februar und Dezember 1966 liefen weniger gut. Zudem etablierte sich nun Roy Black, der die Herzen der zumeist weiblichen Schlagerfreunde eroberte. Andererseits konnte sich Horst Indra als Studio- und -sänger in Münchens Tonstudios betätigen, mit seiner Band weiter aktiv sein (Single 1970 unter dem Namen „The Silver Spoons“) und natürlich sein Maschinenbaustudium vorantreiben.

Im Jahr 1971 beendete er die Studioarbeit, 1976 das Musizieren mit der Band. Die Arbeit als TÜV-Sachverständiger füllte ihn ganz aus, dazu kam Tennisspielen als neues Hobby. Mit 60 Jahren trat Indra in den vorzeitigen Ruhestand, auch um die lange geplanten Reisen mit dem Wohnmobil realisieren zu können.

LANGE KERLS

Des Königs rare Ware

In Havelberg erinnern Bronzefiguren an ein historisches Treffen

Vom 23. bis 28. November 1716 fand in der Propstei von Havelberg ein Treffen zwischen Zar Peter I. von Russland und dem preußischen König Friedrich Wilhelm I. statt. Anlass war der Abschluss der Konvention von Havelberg, in der die Bündnispartner unter anderem gemeinsame Maßnahmen im Großen Nordischen Krieg gegen das Schwedische Reich entschieden.

In dem Krieg von 1700 bis 1721 stritt in Nord-, Mittel- und Osteuropa eine Allianz aus dem russischen Zarenreich, Preußen und Dänemark sowie den Bündnissen Sachsen-Polen und England-Hannover unerbitlich mit dem Schwedischen Reich um die Vorherrschaft im Ostseeraum.

Wie bei derartigen Treffen üblich, tauschte man Gastgeschenke aus. Zar Peter I., auch der Große genannt, erhielt von Friedrich Wilhelm I. neben einer Staatsjacht das legendäre Bernsteinzimmer, das dessen Vater Friedrich I. hatte anfertigen lassen. Peter I. hatte es 1712 bei einem Besuch im Berliner Stadtschloss schon bewundert. Friedrich Wilhelm I. konnte also sicher sein, den Geschmack des Zaren zu treffen. Da er sich selber bekanntlich wenig aus Pomp machte, fiel ihm der Verlust wohl kaum schwer.

Eine größere Einbuße dürfte, rein finanziell, die 1704 in den Niederlanden gebaute Luxusjacht gewesen sein. Sie hatte 100.000 Taler gekostet, das Bernsteinzimmer hingegen nur 30.000 Taler. In

18 Kisten verpackt, transportierte das Luxussschiff die kostbaren Wandpaneele von Havelberg nach Russland. Ob und in welchen Kisten sie heute schlummern, beflügelt noch immer Schatzsucher, zuletzt die Taucher zum Wrack der „Karlsruhe“ (die PAZ berichtete). Die Staatsjacht dagegen hat längst das Zeitliche gesegnet.

Im Gegenzug befahl der Zar umgehend, 200 „Lange Kerls“ in Russland zu rekrutieren. Bereits 1713 hatte er als Gastgeschenk 80 dieser großgewachsenen Soldaten nach Berlin mitgebracht. Der König liebte seine Riesengarde, die im Idealfall sechs preußische Fuß messen sollten (zirka 188 Zentimeter), denn wie er an den

Alten Dessauer schrieb: „...die wahre ist sehr rahr ...“

Seit 2015 erinnern die lebensgroßen Bronzefiguren der beiden Monarchen vor dem Havelberger Dom an das historische Treffen. Sie sind das Ergebnis eines studentischen Wettbewerbs der Burg Giebichenstein, Kunsthochschule Halle (Saale), zu der wenig bekannten Tatsache, dass das Bernsteinzimmer in Havelberg den Besitzer wechselte. Kleiner Gag am Rande: Bei genauem Hinsehen verwandeln sich die Monarchen gegen Einwurf einer Zwei-Euro-Münze und Ziehen einer der Jackentaschen in Automaten von Kunstpostkarten. Helga Schnehagen



Auf Abstand: Friedrich Wilhelm I. und Zar Peter I. (r.) in Havelberg

GLÄSER

Ewig haltbar

Brandenburgisches Glas für digitales Museum erfasst

Seit 2018 wird Brandenburgisches Glas digital halt- und sichtbar gemacht. Das Digitalisierungsprojekt „Brandenburgisches Glas. Produktionsvielfalt vom 16. bis 18. Jahrhundert“, das die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) gemeinsam mit dem Potsdam Museum – Forum für Kunst und Geschichte betreibt, dokumentiert und klassifiziert alle in den kurfürstlichen und königlichen Glashütten entstandenen brandenburgischen Glasprodukte aus der Zeit vor 1800, die in öffentlichen und privaten Sammlungen überdauert haben.

Als Neuzugänge verzeichnete man vergangenes Jahr 260 historische Glasobjekte, die in der Mehrzahl bislang unveröffentlicht waren. So ist jetzt die brandenburgische Glasmuseum der Stiftung Stadtmuseum Berlin in Gänze sichtbar, hinzu kommen Glasfunde vom Standort des Kunkelschen Laboratoriums auf der Pfaueninsel – die von der SPSG als Dauerleihgabe des Museums für Vor- und Frühgeschichte Berlin verwahrt werden – sowie Glasobjekte im Stadtmuseum Brandenburg an der Havel, im Potsdam Museum – Forum für Kunst und Geschichte, im Stadtmuseum Schwedt/Oder und in den Kreismuseen Alte Bischofsburg in Wittstock/Dosse.

Unter den neu eingepflegten Gläsern sind einige bemerkenswerte Objekte zu nennen: Darunter etwa ein für verschollen gehaltenes Vivatglas auf Kurfürst

Friedrich III. von Brandenburg mit dem feingeschnittenen Kurzepter im Potsdam Museum, eine der ältesten Glasmarken aus Grimnitz von 1729 sowie Glasperlen, sogenannte „Corallen“, die als Tauschware im brandenburgischen Versklavungshandel dienten. Überdies machte erst ein Ortstermin deutlich, dass Wittstock die größte museale Glasmarkensammlung Deutschlands besitzt.



Vivatglas auf Kurfürst Friedrich III. um 1688/70 (Detail)

Die digitalisierten Gläser sind auf dem Internetportal „museum-digital“ für jedermann frei zugänglich und ausführlich beschrieben (www.museum-digital.de). Auf der Plattform sind gegenwärtig bislang über eine halbe Million Objekte aus knapp 3500 Sammlungen und über 700 Museen, die über das ganze Bundesgebiet verteilt sind, für die Ewigkeit digital konserviert. H. Tewes

● FÜR SIE GELESEN

Von Antiochia bis Auriol

Spezialkommandos sind ein wesentliches Element der modernen Kriegführung. Allerdings kamen kleine Trupps entschlossener Männer auch schon in früheren Konflikten zum Einsatz. Das gilt sogar für das Mittelalter, wie der israelische Historiker Yuval Noah Harari in seinem spannenden Buch „Fürsten im Fadenkreuz“ zeigt. Militärische Entscheidungen wurden in der Epoche der Ritter nicht nur in offenen Feldschlachten erzwungen, sondern ebenso durch gezielte Attentate, Entführungen, Sabotageaktionen oder die konspirative Gewinnung von Verrätern.

Aufgrund seiner profunden Kenntnis der zeitgenössischen Quellen kann Harari über weite Strecken wissenschaftliches Neuland betreten und allerlei spektakuläre Aktionen von Spezialkommandos zur Zeit der Kreuzzüge und der innereuropäischen Konflikte bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts rekonstruieren. Dabei konzentriert er sich besonders auf die Motivation und die strategischen Ziele der Protagonisten. Die Darstellung beginnt mit der Schilderung der Einnahme der seldschukischen Festung Antiochia durch die Kreuzfahrer unter Bohemund von Tarent am 2. Juni 1098 und endet mit der Beschreibung der Zerstörung der Getreidemühle von Auriol am 20. August 1536, die den Feldzug von Kaiser Karl V. gegen Frankreich zum Fiasko geraten ließ.

Wolfgang Kaufmann

Yuval Noah Harari: „Fürsten im Fadenkreuz. Geheimoperationen im Zeitalter der Ritter“, C.H. Beck Verlag, München 2020, gebunden, 347 Seiten, 26,95 Euro

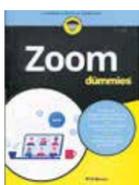


Helfer fürs Homeoffice

Wenn eine Branche von der Corona-Pandemie profitiert hat, dann ist es die der Onlinedienste. Zu den Gewinnern zählt die Anwendung „Zoom“ des Technologiegiganten Microsoft. Hatte das Programm schon im Dezember 2019 täglich zehn Millionen Nutzer, so wuchs die Zahl bis Ende März 2020 auf 200 Millionen Anwender am Tag.

Es handelt sich um eine leicht erlernbare und benutzerfreundliche Software für Videokonferenzen, die der amerikanische IT-Experte Phil Simon in „Zoom für dummies“ erklärt. Dabei geht er auf die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten für virtuelle Treffen, Unterhaltungen, Telefonieren, Online-Kurse sowie den Einsatz in Unternehmen ein. Grundsätzlich kann jeder Zoom nutzen. Es gibt eine kostenlose Version sowie diverse Abo-Modelle. Den gesamten Nutzungsumfang erhalten entsprechend nur Anwender mit einem Voll-Abo.

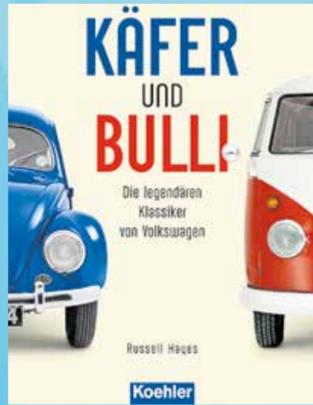
Simon geht auch auf Sicherheitslücken von Zoom ein, an deren Behebung Microsoft mit Hochdruck arbeite. Das Buch ist ein nützlicher Ratgeber für Neulinge und Fortgeschrittene. MRK



Phil Simon: „Zoom für dummies“, Wiley-VCH GmbH, Weinheim 2021, Broschiert, 315 Seiten, 20 Euro

Hingucker und Kultobjekt

Seit der Käfer in Serie ging, hat er von seinem Charme nichts verloren. Ebenso populär ist der VW Bulli



FOTOS: SHUTTERSTOCK/COVER

Legendäre Klassiker Hand aufs Herz, auch Ihnen wird melancholisch zumute, wenn Sie einen gut erhaltenen VW-Oldtimer auf der Straße entdecken. Von der Beliebtheit der Klassiker aus Wolfsburg zeugen das jährlich stattfindende Bulli-Treffen am Großglockner oder

kleinere Zusammenkünfte. Der Koehler-Verlag hat einen liebevoll gestalteten Bildband herausgegeben, der sich reich bebildert der Geschichte und Geschichten rund um die beliebten Autos widmet. Ein Muss für jeden VW-Fan.

MRK

Russel Hayes: „Käfer und Bulli. Die legendären Klassiker von Volkswagen“, Koehler Verlag, Hamburg, 2021, gebunden, 176 Seiten, 29,95 Euro

OLDTIMER



ANTIFA

Die linksextreme Organisation wird staatlich gefördert

Buchautor Christian Jung belegt, wie mit Steuergeldern der sozialistische Klassenkampf in Deutschland finanziert wird

VON BERND KALLINA

Mit „Staats-ANTIFA. Die heimliche Machtergreifung der Linksextremisten“ legt Christian Jung ein weiteres Werk zu diesem brisanten Thema vor, dem er sich schon 2016 zusammen mit Torsten Groß in „Der Links-Staat“ erstmals ausführlich gewidmet hat. Seine Neuerscheinung stellt eine vertiefende Beweisführung der kritischen Thesen über staatlich geförderten Linksextremismus dar. Der ewige Traum vom sozialistischen Klassenkampf werde zum großen Teil mit unseren Steuergeldern finanziert, und dabei trete schier Unglaubliches zu Tage: Während zu Zeiten des Kalten Krieges die Millionen für linksextreme Strömungen reichhaltig aus der DDR flossen, würden sie heute großzügig von den Bürgern des vereinigten Deutschland aufgebracht.

Bereits im Jahr 2001 eröffnete die rot-grüne Bundesregierung der linken und linksextremen Szene die Steuertöpfe unter den Parolen: „Kampf gegen Rechts“ oder „Aufstand der Anständigen“. Dabei operierten die Kampagnen-Akteure seit Beginn mit der semantischen Betrugsformel „rechts gleich rechtsradikal“. Seitdem hat die Antifa einen geradezu beispiellosen Aufschwung erlebt, und dieser Siegeszug verdankt seinen Erfolg nicht nur dem etablierten rot-rot-grünen Milieu, nein, er wird auch durch Steigbügelhalter der bürgerlichen Mitte, das heißt von Vertretern der Merkel-CDU (inklusive der bayerischen CSU), direkt und/oder indirekt massiv gefördert.

Jüngstes Beispiel: Ende November 2021 wurde unter Führung von Kanzlerin Merkel ein Maßnahmenpaket gegen „Rassismus und Rechtsextremismus“ verabschiedet, das einen Aktionskatalog von 89 Punkten umfasst, 1,1 Milliarden Euro kostet, sich auf den Zeitraum von 2021 bis 2024 erstreckt und der „Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft“ der Durchsetzung einer multikulturellen Einwanderungsgesellschaft gegen den Widerstand eines Großteils der Einheimischen, der Ablenkung von weitgehend gescheiterten Integrationsbemühungen kulturfremder Ausländer und der Bekämpfung der größten Oppositionspartei im Deutschen Bundestag dienen soll.

Skandalöse Sachverhalte

Das lesenswerte Werk von Jung, der als Beamter der größten kommunalen Ausländerbehörde für Ausweisungen und Abschiebungen in München zuständig war, thematisiert in mehr als zehn Kapiteln skandalöse Sachverhalte am laufenden Band. So begann der „Kampf gegen Rechts“ mit der Lüge über die Verantwortlichkeit eines Anschlags auf eine Synagoge in Düsseldorf am 2. Oktober 2000. Die Täter waren aber gar keine „bösen Rechten“, sondern zwei arabischstämmige junge Männer, die sich an behaupteten Verbrechen Israels rächen wollten.

Auf ähnlichem Fake-News-Niveau befand sich im gleichen Jahr die wochenlange Kampagne über einen vermeintlich rassistischen Mord im Schwimmbad des sächsischen Ortes Sebnitz. Angeblich hätten Neo-Nazis dort den „kleinen Joseph“, Sohn eines Irakers, ertränkt. Doch bald

stellte sich heraus, dass der Junge an einem Herzleiden starb.

In welcher Form die Gefahr von „rechts“ manipulativ hochgespielt wird, belegt der Autor in den Kapiteln „Wie der Verfassungsschutz linksextreme Straftaten vertuscht“ und „Wie der Bund und Bayern linke Straftaten gegen Polizeibeamte verheimlichen“. Massive statistische Fälschungen im Extremismusbereich verschleiern bewusst das wahre Ausmaß der linksextremistischen Bedrohungen. Abenteuerlich dabei: Die Fake-Akteure sitzen in den Leitungsorganen der Sicherheitsbehörden selbst.

Die skandalöse Ungleichbehandlung der Extremismussparten von „links“ und „rechts“ verdeutlicht der Autor im Kapitel „Keine Distanzierung von Gewalt: Wie die Rote Hilfe linksextreme Straftäter unterstützt“. Während eine als rechtsextrem bezeichnete „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG) 2011 verboten wurde, kann die „Rote Hilfe“ weiterhin ihre Sympathien für die RAF zum Ausdruck bringen, „indem sie deren Verbrechen verharmlost oder gar legitimiert“, wie der Autor anführt. Verbotserwägungen in Richtung „Rote Hilfe“ verliefen im Sande. Zwar forderte der CDU-Bundestagsabgeordnete Armin Schuster 2018 vom Bundesinnenminister Horst Seehofer die Prüfung eines Verbots, doch geschehen ist danach nichts.

Weniger heimlich, sondern ganz offensichtlich ist die linke und linksextreme Dominanz in meinungsprägenden Bereichen unserer Massenmedien, vor allem bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunk-

anstalten. Darauf geht Jung in mehreren Kapiteln ein und veranschaulicht seine Thesen und Fakten an der Berichterstattung über die von Linksextremisten inszenierten bürgerkriegsähnlichen Zustände in Hamburg während des G20-Gipfels 2017. Die konnten zwar in der medialen Wahrnehmung wegen der unübersehbaren Gewalt nicht übergangen werden, aber: Wäre sie von „Rechts“ gekommen, hätte sie eine vergleichsweise monatelange und überdimensionale Form angenommen.

Jung zitiert den Münchener Publizisten Oliver Bendixen, der die Unverhältnismäßigkeit medialer Resonanzen am Beispiel extremistischer Gewalt-Logistik hervorhebt: „Stellen wir es uns umgekehrt vor. Es gäbe in München ein von Neonazis besetztes autonomes Zentrum, von dem aus permanent solche Aktionen ausgehen. So ein rechtes Zentrum, das bestünde keine zwei Tage“.

Mobilisierungsräume linksextremer Gewalt, üppig gefördert durch öffentliche Mittel, existieren aber vielfältig in der Bundesrepublik Deutschland munter weiter. Bei Kenntnis der vom Autor umfassend dargestellten Hintergründe erübrigt sich dann die Frage: Cui bono?



Christian Jung: „Staats-ANTIFA. Die heimliche Machtergreifung der Linksextremisten“, Kopp-Verlag, Rottenburg 2020, gebunden, 285 Seiten, 19,99 Euro

● **AUFGESCHNAPPT**

Susanne Hennig-Wellsow, neue Co-Vorsitzende der Linken, wurde letztes Jahr durch ihre Umgangsformen bekannt, als sie dem damaligen Ministerpräsidenten von Thüringen, Thomas Kemmerich, trotzig einen Blumenstrauß vor die Füße warf. Nun hat sie dem im Internet abrufbaren Format „Jung & Naiv“ ein langes Interview gegeben, welches weitere Defizite offenbart. Ihre Vorliebe zum Deftigen ist unverändert, so erfährt man, wer ihr „in der Disko schon mal vor die Füße gekotzt hat“. Bezüglich der Bundeswehr herrscht Unkenntnis (siehe Seite 12), politischer Realismus ist wenig ausgeprägt. Für „offene Grenzen“ sei sie, „der Mensch, der den ersten Zaun gebaut hat, gehört heute noch bestraft“. Dass dies eine Anleihe bei Rousseau ist, ist ihr wohl kaum bewusst. Der Mindestlohn solle bei „14, 15 Euro“ liegen. Wegweisende Sätze wie „Never mit den Nazis oder der AfD“ folgen. Auf die Frage des Moderators, ob sie eine Vision habe, entfährt der durchweg unsicheren Parteichefin zunächst lediglich die Reaktion: „Für was?“ *E.L.*

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Der Berliner Strafrichter Pieter Schleiter hat privat Verfassungsbeschwerde gegen die Corona-Maßnahmen eingereicht. Der „Welt“ (12. März) erklärt er, warum:

„Es gibt eben nicht das Supergrundrecht Leben. Es muss eine Güterabwägung stattfinden bei widerstreitenden Grundrechtsinteressen. Ich möchte meine Familie sehen, ich möchte mein Geschäft öffnen – auch das sind Grundrechte. Die Frage, ob eine Maßnahme verfassungsmäßig ist, kann man nicht einseitig an ein oder zwei Grundrechten festmachen.“

Ein erfahrener Polizist aus Nordrhein-Westfalen schilderte gegenüber der „Bild“-Zeitung (15. März) seine Eindrücke von der Anti-Lockdown-Demo in Dresden vergangenes Wochenende:

„Die Demonstranten sind zu 80 Prozent ganz normale Menschen, die du morgens beim Bäcker triffst, mit denen du im Urlaub sogar auch ein Bier trinken würdest ... Da entwickelt sich eine Situation, die einem Pulverfass gleicht. Da stehen in Dresden Rentnerinnen und Familien mit Kindern vor mir, die plötzlich auf uns einschlagen. Mit Tränen der Verzweiflung im Gesicht.“

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ (12. März) ergreift Chefredakteur Eric Gujer im SPD-internen Streit um „Identitätspolitik“ Partei für Wolfgang Thierse (siehe PAZ 10/2021):

„Der traditionelle Linke Thierse verteidigt die Errungenschaften der Moderne, des Liberalismus und des Individualismus gegen eine Haltung, die sich für noch linker und progressiver hält. In Wirklichkeit aber ist sie antimodern und ziemlich reaktionär.“

Der schwarze Linguistik-Professor an der New Yorker Columbia-Universität John Whorter nennt Ideologien wie die der angeblich antirassistischen „Woke“-Bewegung eine Droge der Intellektuellen und warnt im „Spiegel“ (13. März) vor den Folgen:

„Vor allem stecken die Weißen in einer Zwickmühle: Was sie auch machen, es ist falsch ... Wenn Weiße sich aus schwarzen Wohnvierteln zurückziehen, wird das als ‚White Flight‘ (Weiße Flucht) geächtet. Wenn Weiße in schwarze Wohnviertel ziehen, heißt es, sie trügen zur Gentrifizierung bei. Mit einer Bewegung, die derart widersprüchlich ist, kann etwas nicht stimmen. Sie ist so damit beschäftigt, den Rassismus der Weißen bloßzustellen, dass die Logik dabei völlig auf der Strecke bleibt.“

● **WORT DER WOCHE**

„Wer sie im Parlament mit Annalena Baerbock ‚hyggen‘ sieht (wie man das in Dänemark sagt), ist sich nicht einmal sicher, wem die Kanzlerin am 26. September ihre Stimme gibt.“

Ulf Poschardt, „Welt“-Chefredakteur, sieht die CDU unter der Kanzlerin zugrundegelegen und fordert am 16. März: „Merkel muss gehen“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Die Konkubine kann gehen

Warum die „Dienste“ der Union nicht mehr benötigt werden, und wie wir die FDP zur Strecke bringen

VON HANS HECKEL

Das ist überraschend: Normalerweise sind Spitzenpolitiker doch manisch ehrgeizig – sonst wären sie ja gar nicht an die Spitze gelangt. Demzufolge können sie es gar nicht abwarten, noch eine Stufe höher zu klettern, und sehnen daher das große Armdrücken feberhaft herbei, bei dem sich entscheidet, wer den Pokal holt.

Beim Ringen um den Posten des Kanzlerkandidaten der Union scheint jedoch alles anders zu laufen, weshalb man von „Ringen“ gar nicht sprechen mag. Vielmehr umschleichen die beiden Anwärter die vermeintliche Traumposition wie eine giftige Pflanze, die einem Superkräfte verleiht, aber auch genauso gut einen grausigen Tod bringen kann. Wobei die Aussicht auf den Tod nach den beiden Landtagswahlen deutlich plastischer erscheint als noch vergangene Woche. „Zwischen Ostern und Pfingsten“ falle die Entscheidung, sagt Armin Laschet, aber eher kurz nach Ostern als erst am Pfingstsonntag ... oder so.

Wovor haben die beiden bloß so eine Angst? Vor Merkel natürlich. „Es sind blasse, weiche Figuren, die in der Merkel-CDU ihren Weg gemacht haben“, resümiert „Welt“-Chefredakteur Ulf Poschardt. Das heißt: Wer weder blass noch weich genug ist, läuft Gefahr, von der Immer-noch-Regierungschefin zertrampelt zu werden. Wer auch immer als Kanzlerkandidat für die Union antritt, hat also nur die Wahl, entweder als blasser, weicher Schatten der Amtsinhaberin durchs Gebüsch zu schleichen oder mitten im Wahlkampf den Groll der grünen Kanzlerin im schwarzen Gewand auf sich zu ziehen. Die lässt sich bestimmt was einfallen, und die grün-roten Medien werden ihr gerne dabei zur Seite stehen.

Das Leben kann so was von ungerecht sein: Spätestens seit der abrupten Energie-wende vor zehn Jahren (die nötig wurde, weil uns schlagartig zu Bewusstsein gekommen war, wie sehr die Tsunami-Gefahr Deutschland bedroht) hebt die CDU ihren Rock vor der grünen Ideologie wie eine willige Mätresse. Wie oft hat sie sich hingegeben, denken wir nur an die „No Borders, No Nation“-Grenzöffnung von 2015! Grüner, ja linksradikaler kann Politik gar nicht sein.

Und jetzt wollen die Grünlinken die CDU einfach vom Hof verbannen, wie eine in die Jahre gekommene Konkubine, deren „Dien-

te“ nicht länger benötigt werden, weil man was Besseres in Aussicht hat – nämlich die Traumliaison Grün-Rot-Dunkelrot.

Mit den Kommunisten? Schreckt das nicht die Wähler ab? Ach was, auch in dieser Hinsicht hat die schwarze Konkubine gute Vorarbeit geleistet. Schleswig-Holsteins CDU-Ministerpräsident Daniel Günther warb bereits 2018 dafür, sich gegenüber Koalitionen mit der Linkspartei offen zu zeigen und die „Scheuklappen“ abzulegen. In Wahrheit meinte er allerdings nicht „abzulegen“, sondern „anzulegen“, damit jene Scheuklappen der CDU den Blick auf den blutroten Rand der kommunistischen Bewegung ersparen, während sie glasigen Auges ihrem eigenen Untergang entgegen eselt.

Wenn die Union also nun vor einer grün-links-ultralinken Front warnt, müssen die anderen nur „Günther“ flöten oder daran erinnern, wer Bodo Ramelow in Thüringen zur Macht verholfen hat, schon ist die Luft raus. Aber womit soll die Union denn dann bloß werben? Man könnte sich auf das klassische Profil der deutschen Christdemokraten besinnen und hervorkehren, wie verlässlich und bodenständig man doch immer gehandelt habe. Und wie wichtig dies gerade in dieser schweren, stürmischen Zeit sei.

Sicher, klingt erst mal gut. Allerdings: Wenn jemand, der seit einer kleinen Ewigkeit seinen eigentlichen Gegnern nach dem Mund geredet hat, auf einmal mit seiner „Verlässlichkeit“ wirbt, könnte das die helleren Köpfe in der Wählerschaft zu derben Antworten animieren.

Zumindest scheint es angezeigt, dass man in der Union die eigenen Reihen schließt, sonst kann man die Sache gleich vergessen. Das Dumme ist nur, dass Opportunisten alles Mögliche drauf haben, nur eines zählt ausgerechnet nicht zu ihren Stärken: Loyalität. Erst diese Woche hat Markus Söder Rücktrittsfordern gegen Gesundheitsminister Jens Spahn mit den Worten zurückgewiesen: „Das würde jetzt nicht helfen.“

Tiefer konnte er den Dolch in den Rücken seines Unionskollegen kaum rammen. Er hätte auch sagen können: „Ich wäre den Deppen ja selbst gern los. Aber im Moment passt das irgendwie nicht in die Schlachtordnung. Also müssen wir mit der Knalltüte leider noch eine Weile leben.“

Das Schauspiel der Union sorgt im linken Lager verständlicherweise für ausgelassene Hochstimmung. Nur die derzeitigen Umfra-

—
Warum nicht mit der Linkspartei? Selbst Daniel Günther hat doch schon empfohlen, die „Scheuklappen“ abzulegen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

gen trüben die Euphorie. Nach denen reicht es nämlich noch nicht für Grün-Rot-Dunkelrot im Bund. Da muss man sich also noch Mühe geben. Erstes Mittel der Wahl wäre ein publikumsträchtiger Skandal, gut terminiert kurz vor der Bundestagswahl.

So was wie der jüngste „Maskenskandal“ wäre hilfreich. Wer weiß, vielleicht haben sie da ja schon längst was im Magazin, womit nicht nur jenes Magazin an der Hamburger Ericusspitze gemeint ist. Solche Skandale verwahren deren Aufdecker oft monatelang in der Schublade, um sie erst im wirkungsvollsten Augenblick hervorzuziehen. Kurz vor einem Urnengang beispielsweise. Wir dürfen freudig gespannt sein, was man uns im September serviert, um die Wahlchancen des Linksbündnisses in letzter Minute noch zu optimieren.

Als Ärgernis erweist sich die FDP. Die sollte für den Plan B bereitstehen, die Ampel aus Grünen, SPD und Liberalen, falls der Pakt mit den Kommunisten nicht für die Mehrheit reicht. Im Grunde war man sich sicher, dass die Freidemokraten auch gar keine andere Wahl hätten und um jeden Preis ampeln würden, wenn man sie dazu einlud. In so einer Koalition könnte man die (eigentlich bei den Linken ganz besonders verhasste) „Kapitalistentruppe“ Schritt für Schritt ihrer Inhalte entkleiden, bis sie genauso nackt dasteht wie heute die Union.

Das scheint Parteichef Christian Lindner indes zu wittern und spielt nicht recht mit. Überdies vom eigenen Wählerzuwachs im Südwesten beflügelt macht der freche Wicht auf „eigenständig“ und lässt die Ampelträume vorerst an sich abperlen. Wir wollen hoffen, dass in den Schubladen der Skandal-Aufkocher auch noch etwas gegen die Liberalen vor sich hin reift, das man denen zu gegebener Zeit ins Gesicht schleudern kann. So etwas dürfte sie bescheidener werden lassen.

Nachdem man mithilfe von CDU und FDP zuerst die AfD an die Wand gedrückt hat, um danach die CDU in den Graben zu schupsen, wäre die Strecke der erlegten bürgerlichen Parteien schließlich nicht vollständig, bevor nicht auch die Freidemokraten im Orkus gelandet sind. Ein kleiner Parteispender-Krimi vielleicht? Die alten Hits sind doch immer noch die besten! Oder ein FDP-Mann, der mit einem AfD-Funktionär essen war? Oder der einen kennt, der mit einem AfD-Funktionär ...? Egal. Genossen, wir verlassen uns auf euch!